

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10. Wahlperiode: 1979/80

12.11.1980 - Plenarprotokoll - 28. Sitzung

28. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. November 1980

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 1980
 Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 1980
 Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . 1980

Fragestunde

1. **Verminderung der Belastung des Wasserwassers mit ölhaltigen Rückständen**
 Anfrage der Abgeordneten Gassdorf, Neumann und Fraktion der CDU vom 14. Oktober 1980
 (Drucksache 10/354/1) 1980
2. **Hafenprospekt „Freie Hansestadt Bremen — die Häfen“, Neudruck 1980**
 Anfrage der Abgeordneten Gassdorf, Neumann und Fraktion der CDU vom 21. Oktober 1980
 (Drucksache 10/354/2) 1982
3. **Schutz vor Diebstahl in der Universitätsbibliothek**
 Anfrage der Abgeordneten Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP vom 23. Oktober 1980
 (Drucksache 10/354/3) 1984
4. **Fischereipolitik des Senats**
 Anfrage der Abgeordneten Wilhelms, Neumann und Fraktion der CDU vom 5. November 1980
 (Drucksache 10/354/4) 1984

5. **Kulturelle und religiöse türkische Organisationen im Lande Bremen**
 Anfrage der Abgeordneten Gerhard Fischer, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 6. November 1980
 (Drucksache 10/354/5) 1985
6. **Aktion der „Notgemeinschaft für eine freie Universität“**
 Anfrage der Abgeordneten Kröning, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 6. November 1980
 (Drucksache 10/354/6) 1986
7. **Vereinbarung bei Verstößen gegen das Lebensmittelgesetz**
 Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 6. November 1980
 (Drucksache 10/354/7) 1986
8. **Gefährdung der Trinkwasserversorgung durch Salzstöcke**
 Anfrage der Abgeordneten Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP vom 6. November 1980
 (Drucksache 10/354/8) 1989
9. **Kühltürme für das Kernkraftwerk Unterweser**
 Anfrage der Abgeordneten Werner Fischer, Neumann und Fraktion der CDU vom 6. November 1980
 (Drucksache 10/354/9) 1990

10. Koordination der Fischereipolitik zwischen den norddeutschen Küstenländern

Anfrage der Abgeordneten Wilhelms, Neumann und Fraktion der CDU vom 6. November 1980
(Drucksache 10/354/10) 1995

Aktuelle Stunde 1996

Lage der deutschen Seeleute

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 10. Juli 1980
(Drucksache 10/271)

- Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr
Brinkmann 1996
Abg. Ostendorff (FDP) 2001
Abg. Georg Schumacher (CDU) 2004
Abg. Jettka (SPD) 2006
Abg. Gassdorf (CDU) 2010
Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr
Brinkmann 2015
Abg. Töpfer (SPD) 2016
Abg. Ostendorff (FDP) 2019
Abg. Dinné (BGL) 2020

Gesetz über die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Antrag der Fraktion der SPD vom 10. November 1980
(Drucksache 10/355)
1. Lesung

Maßnahmen zum Abbau der beruflichen Nachteile für Frauen

Antrag der Fraktion der FDP vom 11. November 1980
(Drucksache 10/359)

D a z u

Änderungsantrag der Gruppe der BGL vom 12. November 1980

(Drucksache 10/364)

s o w i e

Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Antrag (Entschließung) der Gruppe der BGL vom 12. November 1980
(Drucksache 10/365)

- Abg. Klatt (SPD) 2023
Abg. Gisela Hüller (FDP) 2027
Abg. Adamietz (BGL) 2030
Abg. Ingeborg Förster (CDU) 2036
Abg. Josette Delphine Brox (BGL) 2038
Abg. Hede Lütjen (SPD) 2039
Abg. Dr. Monnerjahn (SPD) 2042
Abg. Neumann (CDU) 2043
Abg. Gisela Hüller (FDP) 2045
Abg. Klatt (SPD) 2045
Abg. Kunick (SPD) 2046
Abg. Neumann (CDU) 2047
Abg. Adamietz (BGL) 2048
Abg. Ostendorff (FDP) 2049
Abstimmung 2049

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Wedemeier.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Ehlers

Schriftführerin Helene Knorr

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Kapust** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)

Präsident Dr. Klähf

Schriftführer Helmut Koser

Vizepräsident Hubert

Sektor für Hohen, Schlichtung und Verkehr (Hohen) (SPD)

Sektor für Inneres (SPD)

Sektor für Hochschulen und Berufsbildung (SPD)

Sektor für Wirtschaft und Außenbeziehungen (SPD)

Sektor für Gesundheit und Umweltschutz (SPD)

Sektor für Wissenschaft und Kunst (SPD)

Ständehelfer Dr. Eiler (Sektor für Gesundheit und Umweltschutz)

Ständehelfer Dr. Kappel (Sektor für Hohen, Schlichtung und Verkehr)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 28. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Realschule Hemelinger Straße, eine Klasse des Schulzentrums Bördestraße und eine Klasse des Schulzentrums Schaumburger Straße.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Verbesserung der Wohnraumsituation der Studenten, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 6. November 1980, Drucksache 10/353.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung des Antrags fassen.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag in der Beratung mit den Tagesordnungspunkten 12 und 18 verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

2. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Fraktionsstärke), Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 11. November 1980, Drucksache 10/356.

Ich rufe gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrags auf.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 7 zu verhandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes (Erwerbsausfall), Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 11. November 1980, Drucksache 10/357, 1. Lesung.

Ich rufe zunächst zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags auf.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 9 beraten.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

4. Verklappen von Dünnsäure, Klärschlamm sowie Verbrennen von hochgiftigem Chemiemüll auf der Nordsee, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 11. November 1980, Drucksache 10/358.

Ich lasse zunächst wiederum einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags fassen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(D) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag zusammen mit den Tagesordnungspunkten 8, 11 und 17, die nach einer interfraktionellen Vereinbarung gemeinsam beraten werden sollen, verhandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

5. Maßnahmen zum Abbau der beruflichen Nachteile für Frauen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 11. November 1980, Drucksache 10/359.

Ich rufe zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrags auf.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

(A) Ich schlage vor, daß wir den Antrag in der Beratung mit Tagesordnungspunkt 4 verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

6. Überschreiten der Kompetenzen des bolivianischen Honorarkonsuls in Bremen, Antrag (Entschiebung) der Gruppe der BGL vom 12. November 1980, Drucksache 10/361.

Dieser Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, daß ich die Entschließung als Punkt 21 der Tagesordnung zur Verhandlung stelle.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

7. Schichtarbeit bei der Deutschen Bundespost, Antrag (Entschiebung) der Gruppe der BGL vom 12. November 1980, Drucksache 10/362.

Ich schlage Ihnen vor, daß ich diesen Entschließungsantrag, der gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich gilt, als Tagesordnungspunkt 22 aufrufe.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann wird entsprechend verfahren.

8. Verstöße gegen das Lebensmittelrecht, Dringlichkeitsantrag der Gruppe der BGL vom 12. November 1980, Drucksache 10/363.

(B) Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß zunächst ein Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags herbeigeführt werden.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags Drucksache 10/363 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag als Punkt 23 beraten.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Bericht des Datenschutzausschusses zum 2. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. 3. 1980 (Drs. 10/150) und zur Stellungnahme des Senats vom 23. 6. 1980 (Drs. 10/240) vom 4. November 1980 (Drucksache 10/351)
Der Bericht kommt auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.
2. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1979
Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 1980 (Drucksache 10/338)
Die Mitteilung des Senats ist dem Rechnungsprüfungsausschuß zur Beratung und Berichterstattung übermittelt worden.

3. Wohnungsbau im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der SPD vom 11. November 1980 (Drucksache 10/360)

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung

1. Radioaktive Abfälle der Nuklearmedizin
Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, CDU und FDP vom 14. Oktober 1980 (Drucksache 10/346)

D a z u

Antwort des Senats vom 27. Oktober 1980

2. Staatsprüfungen im Fach Geschichte an der Universität Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 5. November 1980

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Schreiben von Herrn Prof. Zoltan Szankay zum Besuch der Libertad in Bremen

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde außerdem vereinbart, die Tagesordnungspunkte 12 und 18 — Lage der Studenten — in der Beratung miteinander zu verbinden.

Wer mit dieser Verbindung von Tagesordnungspunkten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind zehn Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit der **Verminderung der Belastung des Weserwassers mit ölhaltigen Rückständen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Gassdorf, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Gassdorf, seine Anfrage vorzutragen!

Abg. Gassdorf (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist dem Senat bekannt, daß die drei Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen eine Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe gebildet haben und seit Juli 1980 mit Hilfe des neuen Spezialschiffes Entölerdienst Elbe den Schiffen einen kostenlosen Altölsammelservice bieten?

Was hat der Senat bisher unternommen, um gemeinsam mit Niedersachsen auch einen kostenlosen

- (A) Altölsammeldienst zur Reinhaltung der Weser anzubieten?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Meyer, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu erteilen? — Bitte sehr!

Senator für das Bauwesen Meyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfragen wie folgt:

Zu eins: Dem Senat ist bekannt, daß die drei Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen eine Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe gebildet haben und seit Juli 1980 mit Hilfe des neuen Spezialschiffes Entölerdienst Elbe an Schiffen einen kostenlosen Altölservice bieten. Vorbild sowohl für den Zusammenschluß der Länder zur Arge Elbe als auch für die Einrichtung eines Altölsammelservice war unter anderem die Arbeitsgemeinschaft Weser der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen und auch der von der Arge Weser eingerichtete Altölsammelservice.

Zu zwei: Im Rahmen der Zusammenarbeit in der Arge Weser wird bereits seit Juni 1972 auf der Weser der kostenlose Altölsammeldienst mit großem Erfolg angeboten. Der Senator für das Bauwesen Bremen ist im Auftrag der Arge Weser federführend für die Durchführung dieses Altölsammeldienstes.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

(B)

Abg. Gassdorf (CDU): Mehrere! Herr Senator, soll ich Sie im Ernst so verstehen, daß Sie uns glauben machen wollen, die Unterweser reinige sich im Bereich der niedersächsischen Unterweserhäfen von selbst, im übrigen sei das von Bremen angebotene Minischiff gleichzeitig einsetzbar und verfügbar auf Ober- und Unterweser, so daß hier tatsächlich alles zum besten sein sollte?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Herr Abgeordneter Gassdorf, wir haben in Bremen, wie bereits ausgeführt, seit 1972 einen Altölservice eingerichtet, der hervorragend funktioniert und in dem die Binnenschiffe auf Anforderung ihr Altöl abliefern können. Dieser Altölservice läuft nach unseren Erfahrungen so hervorragend, daß es eigentlich Ihrer Frage überhaupt nicht bedurft hätte.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

Abg. Gassdorf (CDU): Herr Senator, soll ich Sie so verstehen, daß Sie beziehungsweise der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr im Ernst behaupten wollen, keine Kenntnis von einer Korrespondenz betreffend Abgabe ölhaltigen Wassers in den bremischen Häfen zu haben, die eine in Bremen ansässige Firma seit Jahren mit der Behörde Häfen, Schifffahrt und Verkehr führt, in der darauf hinge-

wiesen wird, daß a) Binnenschifftankverkehr abgewandert ist zum Elbeseitenkanal und b) Schiffsreparaturen zum Beispiel in Emden oder in Hamburg ausgeführt werden müssen, weil man dort direkt an der Werft beziehungsweise am Löschplatz ölhaltiges Ballastwasser abgeben kann, was hier nicht der Fall ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Dieser Briefwechsel ist mir nicht bekannt! Ich will noch einmal ausführen, daß wir die Altölrückstände abliefern können bei dem Schiff C. F. Plump I, wie Sie doch wohl wissen sollten aus Ihrer langjährigen Tätigkeit. Deswegen können wir uns hier meinetwegen, Herr Abgeordneter, noch stundenlang im Kreis drehen, und Sie können Fragen stellen wie Sie wollen, aber das dreht sich doch immer wieder darum, ob wir einen Altölservice haben oder nicht haben. Das haben Sie gefragt, und ich habe gesagt, wir haben den bereits seit 1972.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen?

Abg. Gassdorf (CDU): Natürlich!

(Senator Meyer: Noch ein Briefwechsel womöglich!)

Herr Senator, würden Sie mir bestätigen, daß darin ein Unterschied besteht, ob ein Lkw Altöl anliefern oder abliefern will oder ob ein Schiff Ballastwasser von mehreren hundert Tonnen abzugeben hat, und daß dafür in Bremen überhaupt keine Kapazitäten vorgehalten werden?

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

Das wird auch nicht anders, wenn Sie das immer wiederholen!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Wir haben seit 1972, sehr geehrter Herr Abgeordneter, einen Altölservice auf der Weser. Im Rechnungsjahr 1978 sind auf der Weser 843 Binnenschiffe mit 291 Tonnen Altöl entölt worden. Ich weiß gar nicht, was diese Fragerei immer soll! Sie fragen nach Lkw-Ablieferung und so weiter, wir haben seit 1972 einen Altölservice auf der Weser, und Sie fragen immer dasselbe, ich verstehe das überhaupt nicht! Ich komme mir vor wie zu Hause bei meiner vierjährigen Tochter, die fragt sich auch in die Welt hinein!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber machen Sie nur weiter, bei meiner Tochter muß ich ja auch viel Geduld haben, Herr Abgeordneter!

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen?

Abg. Gassdorf (CDU): Ja, nur eine Zusatzfrage an den Senator persönlich! Glauben Sie, daß Sie

(C)

(D)

(A) heute in bester Verfassung sind, daß Sie auf ein so niedriges Niveau heruntersteigen müssen?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Ich werde ja überhaupt nicht müde, Ihnen meinetwegen noch bis zum Ende der Fragestunde immer wieder zu erklären — ich mache das jetzt zum vierten Male, Herr Präsident, ich bitte, das zu entschuldigen! —: Wir haben seit 1972 einen, jetzt will ich einmal andere Fachwörter bringen, einen Bilgenölsammeldienst auf der Weser,

(Zuruf des Abg. Gassdorf [CDU] —
Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das hat mit
billig nichts zu tun!)

gut, und dieser Öldienst hat mehrere hundert Tonnen an Altöl pro Jahr auf der Weser übernommen. Insofern entzieht es sich wirklich unserem Verständnis, wenn Sie immer fragen, wann wir endlich auf der Weser einen Altdienst einrichten wollen, denn den haben wir nun seit acht Jahren. Vielleicht können Sie das ja noch einmal erklären, Herr Abgeordneter.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

(B) Abg. Gassdorf (CDU): Im Rahmen der Fragestunde ist ja bekanntlich der Fragesteller sehr im Nachteil, weil er nur Fragen vortragen darf und der Senator permanent neben der Sache etwas antworten kann,

(Beifall bei der CDU)

von daher, Herr Senator, sind Sie dann bereit, zur Kenntnis zu nehmen, da Sie offenbar Schwierigkeiten haben, meine im einzelnen hier differenziert zur Sache vorgetragenen Fragen zu beantworten,

(Heiterkeit bei der SPD)

daß wir dann im Rahmen eines Sachantrages zu einer späteren Zeit darauf zurückkommen müssen, weil ich hier nicht in der Lage bin, Ihnen klarzumachen, worum es geht und was der Unterschied ist im Vergleich zu Hamburg, die das bekanntlich anders machen als wir?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Das können Sie natürlich gern tun. Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß die Fragestellung von Ihnen von unserer Seite aus eindeutig beantwortet worden ist dahingehend, daß das, was auf der Elbe jetzt eingerichtet worden ist zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein, auf der Weser bereits seit acht Jahren besteht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die erste Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Meyer für die erteilten Auskünfte.

(C) Die zweite Anfrage befaßt sich mit dem **Hafenprospekt „Freie Hansestadt Bremen, die Häfen“, Neudruck 1980**. Die Anfrage ist ebenfalls unterzeichnet von den Abgeordneten Gassdorf, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Gassdorf, seine Anfrage vorzutragen! — Bitte sehr!

Abg. Gassdorf (CDU): Wir fragen den Senat:

Weshalb sind im neuen Hafenprospekt 1980 folgende Kriterien unberücksichtigt geblieben: erstens, Industriehäfen — Neubau / Kapazitätserweiterung Schleuse Oslebshausen —; zweitens, Containerterminal Bremerhaven — Verlängerung nach Norden —?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brinkmann!

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Es entspräche nicht seriöser bremischer Hafenpolitik, mit Hafenzulagen zu werben, die noch gar nicht vorhanden sind. Der vorliegende Hafenprospekt stellt die bremischen Häfen richtigerweise so dar, wie ihr Leistungsangebot heute ist.

Zweitens: Hafenprospekte dieser Art wirken primär durch die optische Darstellung und sollen — wie bisher auch — immer nur einen allgemeinen Überblick über die bremischen Häfen vermitteln und Akquisitionsgespräche nicht ersetzen. Durch die Einbeziehung noch nicht fertiggestellter Hafenanlagen veraltet ein solcher Prospekt doch sehr schnell. Detailfragen, die auch über den weiteren Ausbau der bremischen Häfen Auskunft geben, beantworten Informationsmappen und -dienste, die fachlich Interessierten zur Verfügung stehen und auch ständig übergeben werden.

Andererseits werden Hafenprospekte dieser Art alle zwei bis drei Jahre herausgegeben. Damit ist gewährleistet, daß neue Anlagen wie die Kapazitätserweiterung der Oslebshausener Schleuse oder die nördliche Erweiterung des Containerterminals Bremerhaven — Wilhelm Kaisen im neu aufzulegenden Hafenprospekt 1982/1983 berücksichtigt werden. Außerdem werden Veränderungen auch schon jetzt bei Nachauflagen berücksichtigt.

Im übrigen wird auch im jetzt vorliegenden Hafenprospekt zum Containerterminal Bremerhaven — Wilhelm Kaisen unter anderem darauf hingewiesen, daß — ich zitiere wörtlich — „bereits 1983 der Containerterminal in Bremerhaven sich in nahezu doppelter Größe präsentieren wird“.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Gassdorf!

Abg. Gassdorf (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß die bremische Hafenvertretung, deren Präsident Sie ja sind, den Hafenprospekt 1980 in

(A) einem Begleitbrief unter anderem wie folgt darstellt, ich zitiere: „Die Konzeption dieser neuen Broschüre, die als allgemeiner Basisprospekt anzusehen ist, hat ihren Schwerpunkt auf die Darstellung der bremischen Häfen gelegt unter Aussparung der Vielfalt der hiesigen Industrie und des Themas Unternehmensansiedlung.“?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Den Begleitbrief, den der Geschäftsführer der bremischen Hafenvertretung herausgegeben hat, habe ich sicherlich nicht gelesen. Präsident der bremischen Hafenvertretung bin ich. Der Hafenprospekt, Herr Gassdorf, wird erstellt vom Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, von der bremischen Hafenvertretung, vom Büro Bremen-Werbung und von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Gassdorf!

Abg. Gassdorf (CDU): Herr Senator, stimmen Sie mir zu, daß sich dieses Parlament im Ernst fragen muß, weshalb in dem neuen Prospekt verschwiegen wird, daß dieses Parlament einstimmig schon vor einem Jahr das größte Investitionsvolumen aller Zeiten genehmigt hat, nämlich in einem Umfang von beinahe 500 Millionen DM, ohne daß das einen Niederschlag gefunden hat in diesem Prospekt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Brinkmann:** In einem Werbeprospekt für die bremischen Häfen werden wir keine Abstimmung des Parlamentes wiedergeben, sondern, ich habe es ja erklärt, dieser Hafenprospekt soll eine optische Darstellung der bremischen Häfen bringen und eine Werbung für die bremischen Häfen sein. Auch in der Vergangenheit ist in dem Prospekt nie zum Ausdruck gebracht worden, wie im Parlament zu einzelnen Vorhaben Abstimmungen durchgeführt worden sind.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Gassdorf!

Abg. Gassdorf (CDU): Wäre es nicht sinnvoller gewesen, bezogen auf das Projekt nördliche Verlängerung vom Containerterminal Bremerhaven, a) ein aktuelleres Foto zu nehmen, auf dem zu sehen ist der Baubeginn, b) daß der Leuchtturm gar nicht mehr steht, wie er jetzt auf dem Foto zu sehen ist, und c) anstatt des allgemeinen Textes, den Sie verlesen haben, da hineinzuschreiben — ich zitiere —: „Nach dem jetzigen Stand der Planung werden der erste Liegeplatz Anfang bis Mitte 1982 und der zweite Liegeplatz Ende 1983 fertiggestellt sein. Der Containerterminal Bremerhaven — Wilhelm Kaisen wird dann mit einer Kajenlänge an der Außenweser von 2,2 Kilometern und einer Aufstellungs- und Verkehrsfläche von 1,2 Millionen Quadratmetern die größte geschlossene Containeranlage Europas sein.“?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Herr Gassdorf, das kann ich Ihnen heute nicht beantworten, wie wir später in den Gremien den Text formulieren werden und wie die Fachleute das herausarbeiten werden. Nur, ich meine, wenn wir bei jedem Bild soviel Text bringen würden, dann würde dieser Prospekt seine Wirkung verfehlen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Gassdorf!

Abg. Gassdorf (CDU): Falls Sie tatsächlich in Überlegungen eintreten sollten, was ich mir sehr wünschen würde im Interesse der bremischen Häfen, diesen Prospekt noch einmal zu überarbeiten oder eine weitere Verbeiterung nicht mehr anzustreben, würde ich mich freuen, wenn Sie dann auch in Ihre Überlegungen einbeziehen würden, ob nicht ein neues Bild des Containerterminals im Hafenprospekt gebracht werden kann, der ja bekanntlich seit 1. August 1980 den Namen Wilhelm Kaisen trägt. Aber in diesem Prospekt ist auch davon nicht die Rede. Oder war das auch beabsichtigt? Dann hätten Sie ihn aber auch nicht umbenennen sollen!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Herr Gassdorf, Sie haben vorhin wahrscheinlich nicht richtig zugehört. Ich weiß nicht, woran das liegt. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß dieser Hafenprospekt Anfang des Jahres 1980 aufgelegt worden ist. Da waren die Dinge, die Sie eben gefragt haben, noch gar nicht entschieden. Folglich konnte der Prospekt nicht anders aussehen. Ich habe aber auch zum Ausdruck gebracht, ich zitiere noch einmal, und damit hören Sie es zum zweiten Mal: „Außerdem werden Veränderungen auch schon jetzt bei Nachauflagen berücksichtigt werden.“ Reicht Ihnen das aus, Herr Gassdorf? Sonst wäre ich auch für Fragen in der Deputation jederzeit bereit.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Ostendorff!

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Senator, waren und sind Sie ernsthaft der Meinung, wie Sie es anfangs ausführten, daß durch die Aufnahme von in Bau befindlichen Anlagen ein Prospekt veraltet?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Das habe ich nicht gesagt!

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Barsuhn!

Abg. Barsuhn (SPD): Herr Senator, sind Sie bereit, diesen Hafenprospekt den Deputierten der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr zuzuschicken?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(C)

(D)

(A) **Senator Brinkmann:** Aber gern, Herr Barsuhn! Das will ich gern machen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die zweite Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brinkmann für die erteilten Auskünfte.

Die dritte Anfrage bezieht sich auf einen **Schutz vor Diebstahl in der Universitätsbibliothek**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage zu stellen!

Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Wir fragen den Senat:

Wie werden die in der Universitätsbibliothek Bremen vorhandenen seltenen Bücher, das heißt Seltenes, sehr Seltenes und Einzigartiges, vor Diebstahl geschützt, und wie ist der entsprechende Schutz bei Entleih- und Benutzungsvorgängen gewährleistet?

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte, daß wir gemeinsam bei Fragestellungen zuhören, nicht nur die Fraktion, die gerade die Anfrage stellt!

Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat antworte ich wie folgt:

(B)

Alle vor 1850 erschienenen Bücher dürfen grundsätzlich nicht entliehen werden. Die Bibliothek der Universität zieht hier eine Grenze, die über der anderer Hochschulbibliotheken liegt. Die daraus erwachsenden Nachteile für Benutzer weniger wertvoller Bestände, denn nicht jedes vor diesem Stichtag erschienene Buch ist ein Rarum, werden zugunsten eines größeren Schutzes der Bestände in Kauf genommen. Handschriften, Inkunabeln und andere seltene Bücher, die vor 1930 erworben worden sind, werden in einem verschlossenen Magazinbereich aufbewahrt und dürfen nur im Handschriftenlesesaal oder in der Nähe des Aufsichtsplatzes der Ebene vier benutzt werden.

In dem nach 1930 erworbenen und noch nicht nach der neuen Systematik eingearbeiteten Bestand gibt es vereinzelt noch seltene Bücher, die nicht besonders gekennzeichnet sind. Der Senat geht aber davon aus, daß Bibliothekare in der Lage sind, wertvolle Bücher als solche zu erkennen und ihre Benutzung entsprechend zu beaufsichtigen.

Im übrigen wird der für 1982 geplante Umbau des Eingangs- beziehungsweise Ausgangsbereichs, der auch ein akustisches Alarmsystem vorsieht, die Entfernung nicht verbuchter Bestände aus der Bibliothek drastisch einschränken. Daß es fanatischen Bibliophilen auch dann noch gelingen könnte, seltene Bücher oder einzelne Teile davon unrechtmäßig in ihren Besitz zu bringen, vermag der Senat leider nicht mit absoluter Sicherheit zu verhindern,

weil solche Vorkommnisse selbst in hochgesicherten Instituten in aller Welt nicht völlig auszuschließen sind.

(C)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Professor Dr. Holl!

Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Herr Senator, sind bereits Diebstähle vorgekommen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Diebstähle aus diesem Bereich sind mir, Herr Abgeordneter Dr. Holl, nicht in diesem Zusammenhang gemeldet worden, aber ich will gern noch einmal dezidiert nachfragen und Ihnen das Ergebnis mitteilen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Professor Dr. Holl!

Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Ich hätte gern noch eine Frage gestellt! Herr Senator, wie handhabt die Bibliothek Bremen das eigentlich beim Entleihen von seltenen Büchern aus anderen Bibliotheken, die ja eigentlich denselben Schutzbestimmungen unterworfen sein müßten wie die bremischen Bücher?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Sie meinen also über den Leihverkehr?

(Abg. Professor Dr. Holl [FDP]: Ja!)

Diese Bücher werden meines Wissens genauso hier in der Bibliothek behandelt, als wenn sie aus den Beständen der Universitätsbibliothek stammten.

(D)

(Abg. Professor Dr. Holl [FDP]: Ich meine damit diese seltenen Bücher!)

Ja!

(Abg. Professor Dr. Holl [FDP]: Auch!)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfragen? — Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

Die vierte Anfrage in der Fragestunde betrifft die **Fischereipolitik des Senats**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Wilhelms, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Wilhelms, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Wilhelms (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Gründe haben den Senator für Wirtschaft und Außenhandel bewogen, mit Schreiben vom 20. 10. 1980 an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie die zuständigen Fachminister in den norddeutschen Küstenländern die Zustimmung zu einer Quotenverteilung in 1981 für die deutsche Hochsee- und Kutterfischerei zu empfehlen, die zirka 24 000 Tonnen unter der Min-

(A) destmenge liegt, die mit 170 000 Tonnen von allen Beteiligten, unter anderen auch der Notgemeinschaft Fisch in ihrer Resolution vom 12. 9. 1980, empfohlen wird?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Willms.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die von Ihnen gestellte Anfrage wie folgt:

Die in der Fragestellung enthaltene Rechnung geht offensichtlich davon aus, daß der in dem Quotenvorschlag der EG-Kommission enthaltene Anteil für die Bundesrepublik in Höhe von rund 126 000 Tonnen eine über alle Fischarten geltende Zahl darstellt. Es handelt sich hierbei jedoch um eine in Kabeljauäquivalenten ausgedrückte Fangmenge, die die Fischarten Kabeljau, Schellfisch, Seelachs, Wittling, Scholle und Rotbarsch umfaßt. Während für den Kabeljau der Wert eines angenommen wurde, liegen alle übrigen genannten Fischarten unter eins, so daß die tatsächliche Fangmenge größer ist als die im Quotenvorschlag enthaltenen 126 000 Tonnen.

Im gleichen Sinne ist die in dem angeführten Schreiben an Bundesminister Ertl und an die Fachminister der Küstenländer genannte Menge von 20 000 Tonnen verstanden worden. Hieraus ergibt sich, daß die geforderte Mindestmenge von 146 000 Tonnen, in Kabeljauäquivalenten ausgedrückt, bezogen auf die klassischen obengenannten Arten eine Mindestmenge ausmacht, die in etwa der generell geforderten Mindestfangmenge von 170 000 Tonnen entspricht.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Wilhelms!

Abg. Wilhelms (CDU): Herr Senator, wenn ich unterstelle, daß die Ausführungen richtig sind, das will ich im Augenblick einmal tun, sind Sie dann nicht mit mir der Meinung, daß in Ihrem Schreiben diese Ausführungen so hätten präzisiert werden müssen, damit sie auch in Bonn und Brüssel richtig verstanden werden, daß nicht auf der letzten Sitzung der Notgemeinschaft Fisch keiner der dort anwesenden Experten mit diesem Ihrem Brief bezogen auf diese Quotenfrage das richtig verstanden hat, weder die Arbeitnehmervertreter noch die Verbände und andere, die dort anwesend waren?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Willms: Herr Wilhelms, wenn ich einen Fachmann als Gesprächspartner habe — und ich beurteile die Partner auf der Seite des Bundes als solche —, dann kann ich davon ausgehen, daß sie auch in der Lage sind, die gleichen Berechnungsgrundsätze, die sie ihren Angaben zugrunde legen, meinen anzulegen und die gleichen Berechnungsgrundsätze auch dort gelten lassen. Das war im Grunde genommen eine Diskussion unter Fachleu-

ten, und ich habe keinerlei Mißverständnis aus dieser Ecke erwartet. Bis zum heutigen Tag ist mir auch keinerlei Hinweis dieser Art von Bonn zugegangen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Wilhelms!

Abg. Wilhelms (CDU): Herr Senator, was gedenken Sie in Zukunft zu tun, um solche Schreiben so klar zu formulieren, daß die dort und auch woanders aufgetretenen Mißverständnisse im Interesse der deutschen Fischwirtschaft vermieden werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Willms: Herr Wilhelms, ich gebe Ihnen in Zukunft einen Kommentar.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die vierte Anfrage ebenfalls erledigt.

Ich rufe die fünfte Anfrage auf. Sie hat **kulturelle und religiöse türkische Organisationen im Land Bremen** zum Gegenstand. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Gerhard Fischer, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Abgeordneten Fischer, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Gerhard Fischer (SPD): Wir fragen den Senat:

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Gassdorf, wir haben vorhin Ihre Fragen erledigt, jetzt wollen wir andere Fragen auch in Ruhe anhören!

(Beifall bei der SPD)

Abg. Gerhard Fischer (SPD): Sind dem Senat auch im Land Bremen Entwicklungen bekannt, daß sich unter dem Deckmantel der Pflege kultureller und religiöser Traditionen einige türkische Gruppentarnen, die in Wahrheit extremistische und gewalttätige Ziele verfolgen?

a) Sieht der Senat die Notwendigkeit zu prüfen, ob solche Gruppen mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung vereinbar sind und ob die Voraussetzungen für ein Verbot vorliegen?

b) Teilt der Senat die Auffassung, daß sich hinter diesen kulturellen und religiösen Organisationen zum Teil politische Extremisten tarnen, die auf diese Weise gutgläubige Landsleute verführen und zugleich die große Mehrheit der türkischen Arbeitnehmer, die sich korrekt verhält, in Mißkredit bringt?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Fröhlich.

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

(C)

(D)

(A) Dem Senat liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor, daß sich im Land Bremen extremistische und gewalttätige türkische Gruppen mit dem Deckmantel der Pflege kultureller und religiöser Traditionen tarnen. Der Senat teilt jedoch die Sorge der Fragesteller, daß zunehmend Gewalttätigkeiten türkischer Extremisten sowohl rechter als auch linker Gruppierungen festzustellen sind. Es sind in den vergangenen drei Monaten allein fünf Verfahren wegen verschiedener Straftaten gegen Einzelpersonen eingeleitet worden.

Der Senat beobachtet sorgfältig die aus der Türkei ausgehende Polarisierung und Gewaltbereitschaft, die durch eine politisierende Hinwendung zum Islam und ein gesteigertes Nationalbewußtsein verstärkt wird und zu einer zunehmenden Gefährdung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland führen kann. Deshalb werden die Entwicklung und die Aktivitäten der in Frage kommenden Organisationen von den zuständigen Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. Sollten die Aktivitäten derartiger Gruppen gegen das Grundgesetz und die Landesverfassung verstoßen, wird der Senat alle rechtlich möglichen Mittel einsetzen und, wenn erforderlich, auch bundesweite Maßnahmen anregen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(B) (Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Danke, nein!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch diese Anfrage erledigt.

Die sechste Anfrage befaßt sich mit einer Aktion der **Notgemeinschaft für eine freie Universität**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kröning, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Abgeordneten Kröning, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Kröning (SPD): Wir fragen den Senat:

Trifft die Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 25. Oktober 1980 zu, wonach die extrem rechts stehende Notgemeinschaft für eine freie Universität eine „Schwarze Liste“ mit 1 700 Namen angeblicher Verfassungsfeinde bundesweit, darunter auch an alle Landesregierungen und zahlreiche öffentliche und private Stellen in den Ländern, verteilt hat, um — wie es in dem Begleittext heißt — durch diesen „privaten Verfassungsschutz“ zu erreichen, daß die Betroffenen bei Bewerbungen „sorgfältig geprüft“ werden?

Wie beurteilt der Senat eine solche Aktion?

Ist der Senat bereit, die Liste und eventuell beigefügtes Material, falls sie ihm und ihm nachgeordneten Stellen zugegangen sind, für seinen Bereich vernichten zu lassen?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Fröhlich.

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Nach den Feststellungen des Senats hat die Notgemeinschaft für eine freie Universität mit Sitz in Berlin eine weitgestreute Broschüre herausgegeben, die auch an Behörden der Freien Hansestadt Bremen unangefordert versandt worden ist. In dieser Broschüre sind zirka 1 700 Namen aufgeführt, die zur Aktionsgemeinschaft von Sozialisten und Demokraten — ASD — und zur Sozialistischen Einheitspartei Westberlin — SEW — in Beziehung gesetzt werden. Der Senat mißbilligt scharf, daß derartige Listen von Privaten erstellt und bundesweit verteilt werden.

(Beifall bei der SPD)

Für die Feststellung des Erfordernisses der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst im Land Bremen sind allein die 1977 erlassenen Verfahrensrichtlinien maßgebend, und auf der Grundlage dieser Richtlinien bestimmt der Senat seinen Maßstab für die Beurteilung von Bewerbern. Die Tätigkeit eines privaten Verfassungsschutzes widerspricht unserem Rechtsstaat und ist deshalb abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat wird Listen denunziatorischer Art vernichten lassen. Dies gilt auch für die hier in Rede stehende Broschüre.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. Kröning [SPD]: Nein, danke!)

Damit ist auch die sechste Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Fröhlich für die erteilten Auskünfte.

Meine Damen und Herren, es wäre hilfreich, wenn Gespräche außerhalb des Plenarsaals geführt würden. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie doch hinaus!

Die siebte Anfrage hat eine **angebliche Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern bei Verstößen gegen das Lebensmittelgesetz** zum Inhalt. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karin Tuczek, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Tuczek, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Karin Tuczek (SPD): Wir fragen den Senat:

Treffen Presseberichte zu, daß es zwischen der Bundesregierung und den Ländern eine Vereinbarung gibt, die beinhaltet, daß bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr die Öffentlichkeit so schnell informiert werden soll?

Wenn ja, aus welchen Gründen hat der Senat diese Vereinbarung getroffen?

(C)

(D)

(A) Welchen Stellenwert mißt der Senat der Aufklärung und Information der Bevölkerung bei möglichen gesundheitlichen Gefährdungen durch Lebensmittel bei?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Brückner, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern, die beinhaltet, daß bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr die Öffentlichkeit so schnell informiert werden sollte, gibt es nicht. Anderslautende Presseberichte treffen nicht zu.

Die Durchführung lebensmittelrechtlicher Vorschriften fällt in die alleinige Zuständigkeit der Länder. Sie haben daher auch allein über die im Einzelfall zu treffenden Maßnahmen — dazu gehört auch die Information der Öffentlichkeit — zu entscheiden. Dies ist in einer Besprechung am 22. 10. 1980 im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit mit Vertretern der für die Lebensmittelüberwachung zuständigen obersten Landesbehörden noch einmal ausdrücklich bekräftigt worden.

Der Senat mißt der Aufklärung und Information der Bevölkerung bei möglichen gesundheitlichen Gefährdungen durch Lebensmittel einen hohen Stellenwert zu; das gilt insbesondere für das schwierige Gebiet des Vorkommens von Rückständen an Stoffen mit pharmakologischer Wirkung in Lebensmitteln. Da unser Wissen hierüber vielfach noch sehr lückenhaft ist und eine sichere Beurteilung der gesundheitlichen Gefährdung durch solche Rückstände nicht immer möglich ist, kann dieses schwierige Problem durch administrative Maßnahmen allein nicht gelöst werden. Es bedarf vielmehr in verstärktem Maß der Information und Aufklärung der Verbraucher darüber, bei welchen Lebensmitteln besonders mit derartigen Rückständen zu rechnen ist und welche Lebensmittel keine oder nach dem Stand unseres Wissens Rückstände in gesundheitlich unbedenklichen Restmengen enthalten.

Nach wie vor wird der Senat bei Verstößen gegen das Lebensmittelgesetz, wie zum Beispiel bei den Östrogenvorfällen, die Öffentlichkeit umgehend informieren. Dies ist eine Aufgabe im Sinne einer vorbeugenden Gesundheitspolitik und eines umfassenden Verbraucherschutzes. Der mündige Bürger hat ein Recht auf umfassende frühzeitige Information und öffentliche Diskussion schon bei einem Verdacht auf gesundheitliche Gefährdung durch Lebensmittel ohne Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Interessen der Hersteller und Unternehmer.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Tuczek, haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Karin Tuczek (SPD): Der Verbraucher hat auf Berichte über Kälbermast mit dem Hormon Östrogen derart reagiert, daß der Verbrauch im Bundesgebiet um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen ist. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß die Europäische Gemeinschaft beschlossen hat, das nicht verkaufte Kalbfleisch für zirka drei bis fünf Monate einzulagern und dafür pro Tonne zwischen 1 425 und 1 625 DM zu bezahlen? Anschließend wird dieses Fleisch dem Verbraucher wieder angeboten.

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Brückner: Ja, Frau Tuczek, ich will es kurz sagen, ich halte das für einen politischen Skandal

(Beifall bei SPD und BGL)

und für die Pervertierung einer Agrarpolitik, die im Ansatz ja einmal ganz vernünftig war. Völlig unabhängig davon, ob östrogenhaltiges Fleisch, bei dem, was gelagert wird, dabei ist, ist es aus wirtschaftlichen, aus marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten völlig falsch, was getan wird. Wenn der Verbraucher sich vernünftig verhält und sagt, das kaufe ich nicht mehr, dann ist es unvernünftig, daß es dann aus Steuermitteln aufgekauft und gelagert wird für einen späteren Zeitpunkt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. Karin Tuczek [SPD]: Nein, danke!)

Bitte sehr, Herr Willers!

Abg. Willers (BGL): Herr Senator, können Sie mir bitte sagen, ob nach dem Bekanntwerden des sogenannten Östrogenskandals durch die Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg auch in Bremen entsprechende Konsequenzen durch die Verstärkung von Stichproben gezogen worden sind, und was haben gegebenenfalls Stichprobenuntersuchungen ergeben, und welche Konsequenzen sind daraus gezogen worden?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Brückner: Herr Willers, das kann ich Ihnen sagen. Wir haben verstärkt Stichproben gezogen und haben diese untersuchen lassen. Ich habe heute morgen die ersten Ergebnisse darüber bekommen. Wir haben 23 Proben eingeschickt in die Untersuchungsanstalt nach Oldenburg, zwölf Proben sind bisher untersucht worden, und alle waren negativ. Auch die anderen in Oldenburg untersuchten Proben hatten einen negativen Befund.

(Abg. Kunicke [SPD]: Also kein Befund!)

Negativ heißt kein Östrogen, ein positiver Befund wäre mit Östrogen. Ich merke schon an Ihrem Schweigen, daß Sie nachdenken. Also, keine Befunde bei den Proben hier in Bremen!

(C)

(D)

(A) Wir haben, das will ich hinzufügen, vorwiegend und als erstes untersucht Proben aus Kinder- und Babynahrung, um hier besonders sicherzugehen. Ich will aber auch hinzufügen, daß Gegenuntersuchungen, die in Oldenburg durchgeführt wurden, von Fleischproben aus Krefeld, die als erste die östrogenhaltigen Rückstände nachwiesen, den gleichen Befund hatten wie in Krefeld, so daß auch hier, was ja immer noch in der Diskussion ist, ob die Befunde in Krefeld exakt waren, durch Gegenuntersuchungen — zum Beispiel in Oldenburg — die Exaktheit dieser Befunde festgestellt werden kann.

Die damals festgestellten Befunde in den Kinder- und Babynahrungen, das muß man auch wohl hinzufügen, haben dazu geführt, daß inzwischen nicht nur die Chargen und Gruppen von Babynahrung, in denen etwas gefunden wurde, vom Markt zurückgezogen wurden, sondern zur Zeit von allen Babyherstellern keine kalbfleischhaltigen Produkte —

(Heiterkeit)

Babynahrungsherstellern! Daß die Männer sich hier gleich angesprochen fühlen! Alle Babynahrungshersteller bringen zur Zeit kein kalbfleischhaltiges Produkt auf den Markt, schon allein aus Sicherheitsgründen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

(B) **Abg. Willers (BGL):** Herr Senator, halten Sie es angesichts des jetzt erst bekanntgewordenen Umfangs des Problems für ausreichend, daß, ausschließlich, wie Sie sagen, aus Babynahrung 23 Proben gezogen wurden, oder meinen Sie nicht, daß es auch notwendig wäre, zum Beispiel Kalbfleisch in Bremen zu untersuchen?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, bitte sehr!

Senator Brückner: Das hatte ich schon gesagt, Herr Willers, in der letzten Sitzung und eben auch, 23 Proben haben wir hingegeben, davon waren zwölf Proben Babynahrungsproben. Diese sind untersucht worden ohne Befund. Die anderen elf Proben stammten von normalen Produkten, die im Fleischhandel zu kaufen sind, diese sind sehr viel schwieriger zu untersuchen, und deren Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. Willers (BGL): Und die Zahl der untersuchten Proben halten Sie für ausreichend?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator Brückner!

Senator Brückner: Für den Augenblick ja, im Grundsatz nicht! Wir haben nach den Befunden in Baden-Württemberg, die ja sehr viel höhere östrogenhaltige Ergebnisse gezeitigt haben, zum Beispiel im Putenfleisch, und auch nach den Befunden im Saarland in den letzten Tagen schon auf der letzten

(C) Umweltministerkonferenz überlegt, und meine Mitarbeiter arbeiten daran, wie wir sozusagen eine verbesserte Kontrolle durch eine größere Probenahme als bisher einführen können. Die bisherige Anzahl der Stichproben reicht dazu nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Willers (BGL): Eine letzte Zusatzfrage! Herr Senator, werden nach dem Bekanntwerden dieses Skandals im Senat möglicherweise neue Überlegungen angestellt, wie die Aufsicht des Senats über diesen Bereich Lebensmittel verstärkt werden kann?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ich würde einmal sagen, Herr Willers, weitere neue! Sie werden sich vielleicht erinnern, daß wir in Bremen die Lebensmittelüberwachung vor zwei Jahren völlig neu geordnet haben, um eine bessere Sicherheit für den Verbraucher hier zu schaffen. Wir werden in bestimmten Bereichen, das deutete ich eben schon an, zusätzliche Untersuchungen benötigen. Das bedeutet eine größere personelle und apparative Kapazität. Das ist eins der Probleme.

Wir sind bei dem, was wir neu in Bremen gemacht haben, organisatorisch neu geordnet haben, personell und apparativ an der Kapazitätsgrenze angelangt. Dann müßten wir die Sach- und Personalausstattung erweitern. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß wir diese Punkte ja in der letzten Sitzung in der Aktuellen Stunde in der Stadtbürgerschaft schon ausführlich diskutiert haben und ich deshalb nicht weiter inhaltlich darauf eingehe.

(D) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Willers (BGL): Finden diese Erkenntnisse der Notwendigkeit der Verstärkung, personell und apparativ, Niederschlag in den nächsten Haushaltsplänen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Brückner: Wir haben, wenn Sie sich den Haushaltsplan ansehen, in den Stellen der Laborausstattung der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt, da ist der Hauptteil, zusätzliche Mittel eingeplant für die Anschaffung neuer Geräte. Darüber hinaus haben wir gerade umgebaut das Veterinäruntersuchungsamt in Bremen, um auch hier eigene Untersuchungen, die wir bisher woanders durchführen mußten, mit neuen Methoden durchführen zu können. Wir stellen sozusagen ständig und im Augenblick besonders zusätzliche Kapazitäten her, um mehr als bisher zu untersuchen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Hede Lütjen (SPD): Herr Senator, wir werden die Frage möglicherweise im Rahmen des vor-

(A) liegenden Antrags noch weiter diskutieren. Könnten Sie vielleicht bis dahin Informationen darüber einholen, ob es im Raum Bremen bereits Einlagerungen von Kalbfleisch gibt, die dann eventuell durch EG-Zuschüsse subventioniert werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ja, ich will versuchen, bis dahin Informationen zu bekommen. Dieser Dringlichkeitspunkt wird ja wohl erst morgen nachmittag behandelt werden. Ich hoffe, daß auch dieser Befund negativ sein wird!

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zusatzfrage der Abgeordnete Wilhelms, bitte sehr!

Abg. Wilhelms (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, diesem Haus zu bestätigen, daß auch das von uns als Skandal angesehene Unterlaufen des Verbrauchers durch die Subventionierung in Brüssel unter anderem durch die starke Mitwirkung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten möglich geworden ist?

(Unruhe)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ja, das ist richtig, das ist auch gar nicht zu leugnen, und ich hoffe sehr, daß das Kabinett das Verhalten von Herrn Kollegen Ertl nicht bestätigt, sondern wieder korrigiert.

(B)

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Wilhelms (CDU): Was gedenkt der Senat zu tun, um zu verhindern, daß sich weitere Einlagerungen zu Lasten der Steuerzahler in Brüssel wiederholen, denn damit ist wohl zu rechnen, daß sich der Verbraucher weiterhin zurückhält, solange das nicht endgültig geklärt ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr!

Senator Brückner: Ich hoffe, daß der Verbraucher weiter so vernünftig ist wie bisher. Ich weiß noch nicht, ob wir von Bremen auf die Bundesregierung zusätzliche Einflußmöglichkeiten haben. Wir werden, je nachdem, wie die Kabinettsentscheidung in Bonn heute ausgeht, in der kommenden Woche im Senat beraten, ob es notwendig ist, noch Zusätzliches zu tun.

Darüber hinaus würde ich es sehr begrüßen, wenn hier auch die Parlamentarier in der EG eine solche Sache im parlamentarischen Bereich behandeln, um auch von dieser Seite her Einfluß zu nehmen auf das Verhalten der Agrarminister der EG. Das ist ja nicht nur Herr Ertl, sondern die anderen haben das auch gern so gemacht.

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zusatzfrage Herr von Schönfeldt, bitte sehr!

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Senator, sind Sie bereit, im Sinne dieser letzten Bemerkung auch dem Haus zu bestätigen, daß die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft und auch die Entscheidung des Bundeskabinetts Maßstab sind für das Handeln eines Landwirtschaftsministers und nicht etwa seine persönlichen Ambitionen?

(C)

(Abg. Neumann [CDU]: Sollten!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Erstens: Herr von Schönfeldt, über die Auslegung der Richtlinien der Agrarminister gibt es ja gerade den Streit. Umstritten ist, ob sie überhaupt berechtigt waren, dieses auf der Grundlage des Paragraphen, ich glaube, 87, ich weiß es nicht genau, zu regeln.

Zweitens: Die dafür erforderliche Bescheinigung des Bundesgesundheitsministers, daß eine solche Einlagerung aus gesundheitlichen Gründen unbedenklich oder eine andere Bescheinigung dieser Art erforderlich sei, ist nicht erteilt worden. Das müssen Sie auch sehen. Im Kabinett gibt es darüber noch keine Entscheidung, das war wohl ein Alleingang von Herrn Ertl.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die siebte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brückner für die erteilten Auskünfte.

(D)

Die achte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit einer **möglichen Gefährdung der Trinkwasserversorgung durch Salzstöcke**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Professor Dr. Holl, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Professor Dr. Holl, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, daß der Stadt Kassel Probleme mit der Trinkwasserversorgung entstanden sind, weil man dort bei der Grundwasserförderung in salzführende Schichten geraten ist, mit der Folge, daß der Salzgehalt des Trinkwassers ständig steigt?

Zweitens: Können sich nach der Auffassung des Senats für die Trinkwasserversorgung des Landes Bremen ähnliche Probleme ergeben, und was gedenkt der Senat in diesem Fall zu tun?

Drittens: Wie betrachtet der Senat angesichts der Probleme in Kassel die Notwendigkeit der von der Fraktion der FDP in ihrem Antrag zur Sicherung der Trinkwasserversorgung, Drucksache 10/283, geforderten Maßnahmen?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Meyer, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

(A) **Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu erstens: Dem Senat ist bekannt, daß bei der Trinkwasserversorgung der Stadt Kassel gewisse Probleme mit Salzgehalt im Rohwasser seit einiger Zeit vorhanden sind. Nach Auskunft des zuständigen Ministeriums in Hessen ist dadurch die Trinkwasserversorgung der Stadt Kassel in keiner Weise gefährdet.

Zu zweitens: Der Senat wird der Bürgerschaft über die Sicherung der Trinkwasserversorgung berichten. Dazu ist er von der Bürgerschaft aufgrund der Drucksache 10/283 der FDP-Fraktion beziehungsweise 10/319 der SPD-Fraktion aufgefordert worden.

Zu drittens: Die in der Drucksache 10/283 von der FDP-Fraktion geforderten Maßnahmen werden im Rahmen des angekündigten Berichts berücksichtigt werden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Professor Dr. Holl** (FDP): Können wir Sie so verstehen, Herr Senator Meyer, daß Sie der Bürgerschaft alsbald berichten werden, wenn Vorkommnisse auftreten sollten, wie sie in Kassel aufgetreten sind?

(B) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Dies ist vollkommen richtig, Herr Abgeordneter, wobei wir aufgrund unserer geologischen Struktur davon ausgehen, daß wir nur Trinkwasser ziehen in Gebieten, wo derartige Salzstöcke nicht vorhanden sind, so daß wir im Augenblick davon ausgehen können, daß wir derartige Gefährdungen nicht zu verzeichnen haben. Wir werden allerdings das Thema der Trinkwasserversorgung generell in dem angekündigten beziehungsweise vom Hause geforderten Bericht ausführlich darstellen.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Professor Dr. Holl** (FDP): Wirft ein solcher Vorgang nicht überhaupt die Frage auf, ob es nicht sinnvoll ist, über die grundsätzliche Problematik von Entnahme von Trinkwasser aus Grundwasservorräten in solch erheblichem Umfang nachzudenken?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Auch diese Frage, Herr Abgeordneter Dr. Holl, sollten wir, glaube ich, diskutieren, wenn wir seitens des Senats den ausführlichen Bericht vorlegen werden, erstens, woher wir unsere Trinkwasservorräte bekommen, und zweitens, welche Folgerungen wir aufgrund der geologischen Strukturen in Norddeutschland ziehen müssen.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Schröder. (C)

Abg. **Schröder** (FDP): Herr Senator Meyer, ist dem Senat die Präsenz von Salzstöcken in der norddeutschen Tiefebene bekannt, vor allem in den Bereichen des Sondereinzugsgebietes Verden und Ristedt bei Syke?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Dem Senat ist bekannt aufgrund intensiver geologischer Untersuchungen, daß in den von Ihnen soeben zitierten Bereichen, die ja Hauptreservoir unserer Trinkwasservorräte hier in Bremen mit sind, keine derartigen Salzstöcke vorhanden sind.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Schröder** (FDP): Ist dem Senat bekannt, Herr Senator Meyer, daß selbstverständlich die Salzstöcke und auch das Grundwasser miteinander verbunden sind, daß also durchaus vorstellbar ist, daß Grundwasser, das in Norwegen unter der Erde gefunden wird, Verbindung hat mit dem Grundwasser in Kassel und umgekehrt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Diese Gefahren, wie Sie sie hier aufzeigen, werden natürlich dadurch beseitigt, daß permanente Untersuchungen unter anderem über Salzgehalte beim Ziehen von Trinkwasser vorgenommen werden, so daß wir natürlich sehr schnell erfahren, wo die Gefährdung in bezug auf Salzgehalt im Trinkwasserreservoir besteht. (D)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Meyer.

Die neunte Anfrage betrifft **Kühltürme für das Kernkraftwerk Unterweser**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Werner Fischer, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Fischer, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Werner Fischer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat Äußerungen des Vorsitzenden der niedersächsischen SPD und Oppositionsführers im Landtag, Ravens, nach denen er die Notwendigkeit des Baues von Kühltürmen für das Kernkraftwerk Unterweser in Zweifel zieht?

Ist der Senat nach wie vor mit der CDU-Fraktion der Meinung, daß der Bau von Kühltürmen erforderlich ist, um die Belastung der Weser möglichst gering zu halten?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brückner.

(A) **Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet Ihre Anfrage wie folgt:

Dem Senat ist eine betreffende Zeitungsmeldung aus dem „Weser-Kurier“ vom 30. 10. 1980 bekannt. Nach Auffassung des Senats hat sich der Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag mit der inzwischen entstandenen Lage auseinandergesetzt, die dadurch entstanden ist, daß der Landkreis Wesermarsch sich weigert, den Kühlturmbau zu genehmigen. Der Senat geht jedoch weiter davon aus, daß die schriftlichen Zusagen von Herrn Ministerpräsidenten Albrecht an Herrn Bürgermeister Koschnick vom 18. 11. 1977 und vom 30. 11. 1977 über den Bau von Kühltürmen innerhalb von fünf Jahren nach Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Unterweser eingehalten werden. Auch der niedersächsische Sozialminister, als der für das Kernkraftwerk Unterweser zuständige Fachminister, hat dem Senat weder mündlich noch schriftlich bisher mitgeteilt, daß er sich etwa an die gegebenen Zusagen nicht mehr gebunden fühle.

Die Haltung des Senats zum Bau der Kühltürme hat sich nicht geändert. Dies hat der Senat zuletzt in der Bürgerschaftssitzung am 18. September hier erklärt.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

(B) Abg. Werner **Fischer** (CDU): Wäre es denn möglich, Herr Senator, daß Sie die SPD im Landtag Niedersachsen daraufhin informieren können, sich einmal auf die Linie Ihrer Fraktion oder der Bremischen Bürgerschaft zu stellen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ich vermute, daß sich die SPD Niedersachsen mit dem dortigen Ministerpräsidenten dahingehend auseinandersetzen wird, wie er die Bremen gegenüber gegebenen Zusagen auf der Grundlage der neu entstandenen Lage, daß sein Landkreis das ablehnt, einzuhalten gedenkt. Da bin ich ganz sicher!

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, darf ich Sie fragen, was eintreten wird, wenn der Bremer Senat von dem Ausgehen der Zusage durch den Ministerpräsidenten Dr. Albrecht sich getäuscht sieht und die Kühltürme nicht gebaut werden, was der Senat dann Realistisches und Handgreifliches unternehmen wird, um die Zusage dennoch durchzusetzen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ich kann Ihnen sagen, Herr Dinné, daß ich diese Frage erst beantworten kann nach Beratung im Senat, weil Sie hier eine Antwort des Senats auf etwas wünschen, was noch nicht eingetreten ist.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

(C)

Abg. **Dinné** (BGL): Ich möchte deshalb die Frage einschränken und Sie fragen, ob Sie denn bereit sind, etwas Realistisches dem Senat vorzuschlagen, wenn Sie sich in der Zusage von Herrn Albrecht getäuscht sehen sollten.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Es wird, wenn eine solche Situation eintritt, darum gehen, Sicherheiten zu erlangen, daß die in der zweiten Teilgenehmigung festgelegten Auflagen in bezug auf die Erwärmung der Weser auf jeden Fall eingehalten werden. Das beste und sicherste Maß ist der Bau von Kühltürmen. Davon gehen wir, solange es nicht notwendig ist, nicht ab und haben dafür eine entsprechende Zusage. Diese Zusage ist um so wichtiger, als wir andere rechtliche Möglichkeiten auf die Einhaltung der Auflagen der Genehmigung vermutlich nicht haben werden.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, ist Ihnen denn bekannt, daß das Verwaltungsgericht Oldenburg seinerzeit, als der Senat schon mit den gleichen Ausweicherklärungen ankam, daß auch andere Kühlsysteme denkbar seien, gesagt hat, andere Kühlsysteme würden nicht die gleiche Wirkungskraft erzielen, und deshalb seien diese abzulehnen, und wenn etwas anderes vorgeschlagen werde, gelte der Prozeß als für die Betreiber verloren? Ist Ihnen das bekannt?

(D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Als guter Kenner der Materie müßten Sie es besser wissen, Herr Dinné! Nicht der Senat hat eingebracht, daß auch andere Kühlsysteme möglich wären, sondern das Land Niedersachsen hat es eingebracht.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Es ist klar, es ist nicht so, daß Niedersachsen das eingebracht hat, sondern Sie haben sich mit Niedersachsen geeinigt, und es ist gemeinsam vorgeschlagen worden, aber das ist jetzt nicht die Frage.

Die nächste Frage ist: Ist Ihnen eigentlich bekannt, daß der Gemeinderat von Stadland, in dem auch eine SPD-Mehrheit sitzt, den Bau der Kühltürme verhindert und daß der Kreisdirektor des Landkreises Wesermarsch entsprechend meint, diesen Gemeinderat nicht übergehen zu können, und darauf die ganze Misere beruht? Ich würde das jetzt nicht alles auf Herrn Albrecht abschieben, obwohl ich ihm natürlich auch nicht traue.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Brückner:** Herr Dinné, ich kenne nicht die Ortsvereinsbeschlüsse aller Ortsvereine,

(Abg. Dinné [BGL]: Der Gemeinderat Stadland, das ist doch nicht identisch mit dem Ortsverein!)

und auch die Beschlüsse des Gemeinderates Stadland kenne ich nicht, aber sie sind ja offensichtlich identisch mit denen des Landkreises Wesermarsch, der den Bau von Kühltürmen einfach ablehnt und sagt, wir halten das nicht für notwendig. Außerdem sagt er weiter, sie verschandelten die Landschaft.

Das ist die neu entstandene Lage, die hier der Grund war zu der Anfrage, und ich muß mich an denjenigen halten, der dem Senat gegenüber die Zusage gegeben hat, daß Kühltürme gebaut werden. Die Auflage, Kühltürme zu bauen, ist erfolgt, und die Durchschrift davon ist uns mitgeschickt worden. Daran hat sich für uns, vom Zusager her, von der Regierung in Niedersachsen, bisher nichts geändert.

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? — Bitte sehr!

Abg. Dinné (BGL): Herr Senator, weil Sie meinen, der Beschluß des Gemeinderates Stadland sei identisch mit der Maßnahme des Landkreises Wesermarsch, frage ich Sie, ob Ihnen bekannt ist, daß chronologisch ganz eindeutig zuerst der Gemeinderat Stadland, ausdrücklich noch von Sozialdemokraten in seiner Mehrheit beherrscht, zunächst diesen Beschluß gefaßt hat und dann der Kreisdirektor vom Landkreis Wesermarsch gemeint hat, diesen Beschluß nicht umgehen zu dürfen. So ist es formell abgelaufen.

(B)

Was dahinter durchgesteckt worden ist zwischen den Sozialdemokraten, kann sich jeder denken. Nur, Sie können jetzt nicht sagen, daß der Landkreis Wesermarsch identisch mit dem Gemeinderat Stadland gewesen sei, sondern die rechtliche Schrittfolge ist ganz eindeutig anders gewesen. Ist Ihnen das bekannt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Nein, das ist mir nicht bekannt, aber ich glaube Ihnen, wenn Sie sagen, daß die Reihenfolge so gewesen ist. Deshalb traue ich trotzdem den Unterstellungen und Vermutungen, die Sie damit verbinden, natürlich nicht.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Kerstein!

(Abg. Ursula Kerstein [SPD]: Nein, das hat sich erübrigt!)

Dann Herr Adamietz! Bitte sehr!

Abg. Adamietz (BGL): Herr Senator, können Sie mich darüber aufklären, von welcher Vorstellung Sie ausgehen, wie lange der Bau von Kühltürmen dauert und wann sie in Betrieb genommen werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ganz genau kann ich Ihnen das nicht sagen, aber ich bin sicher, daß es eine mehrjährige Bauphase sein wird. (C)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Adamietz!

Abg. Adamietz (BGL): Mehrjährig darf ich doch so verstehen, mindestens zwei Jahre?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ich vermute, ja.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Adamietz!

Abg. Adamietz (BGL): Herr Senator, habe ich dann Ihre Angaben richtig verstanden, daß im Jahr 1977 eine entsprechende Zusage erteilt wurde, die auf fünf Jahre bemessen war bis zur Inbetriebnahme von Kühltürmen und wir jetzt das Jahr 1980 schreiben?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Nein, das ist nicht ganz korrekt, Herr Abgeordneter, sondern fünf Jahre nach Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes sollen die Kühltürme in Betrieb gehen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Adamietz (BGL): Für wann rechnen Sie denn damit, daß spätestens mit dem Bau solcher Kühltürme begonnen werden muß, damit diese Zusage auch eingehalten werden kann? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Nach meiner Meinung hätte schon längst mit dem Bau der Kühltürme begonnen werden müssen.

(Abg. Dinné [BGL]: Und was tut der Senat nun?)

Die Situation ist, daß der Betreiber, der die Auflage hat, die NWK, sagt, natürlich werde ich die Auflage erfüllen, aber was soll ich denn tun, wenn der Landkreis das ablehnt. Diese Situation ist zu klären zwischen dem Landkreis Wesermarsch und dem Lande Niedersachsen. Die Landesregierung hat diese Auflage gemacht, deshalb habe ich Herrn Fischer gegenüber schon angedeutet, daß ich erwarte und sicher bin, daß die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die dortige Landesregierung auf die Pflicht der Einhaltung der uns gegebenen Zusagen hinweist.

Ich bin sicher, daß zu gegebener Zeit der Senat in dieser Angelegenheit mit der niedersächsischen Landesregierung wird reden müssen, aber ich bitte um Verständnis. Derjenige, der uns Zusagen gemacht hat, wird sich, wenn er sie nicht einhalten kann, an uns wenden. Solange er das nicht tut und es keine gegenteilige Äußerung, weder vom niedersächsischen Ministerpräsidenten noch vom zuständigen

(A) Sozialminister gibt, können wir davon ausgehen, daß die Kühltürme gemäß der uns gegebenen Zusage gebaut werden. Zur Zeit kann ich angesichts der uns gegebenen Zusagen keine andere Meinung vertreten.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Senator, habe ich das auch richtig verstanden, daß Sie sich damals einmal mit einer Zusage haben abspeisen lassen, von der Sie heute selbst sagen, daß dann, wenn diese Zusage nicht erfüllt würde, Sie wahrscheinlich rechtlich gar keine Möglichkeit hätten, diese sogenannten Zusagen durchzusetzen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Davon können Sie nicht ausgehen, auch wenn Sie das sehr kompliziert gefragt haben. Es war kein Abspeisen, sondern die Zusage eines Ministerpräsidenten eines Landes an den Bürgermeister unserer Stadt mit der beigefügten Auflage der Genehmigungsbehörde an den Betreiber. Daß so etwas eingehalten wird, davon kann man unter Politikern und auch nach den rechtlichen Möglichkeiten desjenigen, der die Auflage erteilt, ausgehen. Die niedersächsische Landesregierung ist in der Lage, über den Landkreis Wesermarsch hinweg, dessen Ablehnung mißachtend sozusagen, den Bau der Kühltürme durchzusetzen. Dazu ist sie in der Lage. Ich gehe davon aus, daß sie von ihren rechtlichen Möglichkeiten entsprechend Gebrauch macht.

(B)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Die Frage von Herrn Dinné zielte aber gerade darauf ab zu klären, was dann ist, wenn die niedersächsische Regierung ihre Zusage nicht erfüllen kann.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Dann, Herr Adamietz, fragen Sie oder andere wieder, oder ich sage Ihnen auch, ohne daß Sie gefragt haben, was der Senat dann zu tun gedenkt.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Heute können Sie dazu noch nichts sagen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Nein, das werden Sie doch verstehen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Aber Ihre Ausführung vorhin mußte ich doch so verstehen, daß dann wahrscheinlich — so habe ich es im Kopf — es nicht durchsetzbar sei. So haben Sie sich vorhin ausgedrückt.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Was wird nicht durchzusetzen sein? (C)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Adamietz!

Abg. **Adamietz** (BGL): Diese Zusage!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Das haben Sie nicht richtig verstanden. Wenn die Zusage von Niedersachsen nicht mehr gelten würde, sondern nur die Auflage in der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung —

(Abg. **Dinné** [BGL]: In der ersten!)

Oder war es in der ersten? Auf die Einhaltung nur dieser Teilerrichtungsgenehmigung haben wir rechtlich relativ wenig Einfluß. Deshalb haben wir ja uns von der niedersächsischen Landesregierung diese Zusage geben lassen, und diese hat inzwischen diese Auflage dem Betreiber gemacht. Das ist die höhere Zusage, als wenn wir uns nur auf die Teilerrichtungsgenehmigung beziehen könnten.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Abgeordneter Kudella, bitte sehr!

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Senator, da Sie nach meiner Meinung den ersten Teil unserer Frage nicht beantwortet haben, möchte ich das noch einmal präzisieren. Wie beurteilen Sie persönlich die Aussagen des SPD-Vorsitzenden Ravens in Niedersachsen, daß man auf den Bau der Kühltürme gegebenenfalls verzichten könne? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ich kenne eine solche Aussage von Herrn Ravens nicht. Ich habe Ihnen den Zeitungsartikel genannt, und ich denke, Sie kennen ihn auch, weil er doch Anlaß Ihrer Frage war. Da steht so etwas nicht.

(Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Er fragt aber ja jetzt danach!)

Ja, darin steht so etwas nicht. Ich kann Ihnen vorlesen, was Herr Ravens gesagt hat, denn dann werden Sie möglicherweise Ihre Frage zurückziehen. Er hat gesagt, daß die niedersächsische Landesregierung und der Bremer Senat über die Kühltürme noch einmal verhandeln müßten, weil ihm im Kraftwerk erklärt worden sei, daß die zulässigen Wärmewerte auch ohne Türme, nämlich durch Drosselung der Produktion, einzuhalten seien. Außerdem hat er davon gesprochen, daß es nur ein Kuriosum sei, daß die eine Behörde, sprich Landesregierung, sagt, baut Kühltürme, und die andere Behörde, sprich Wesermarsch, sagt, wir genehmigen euch keinen. So hat Herr Ravens sich geäußert.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Kudella** (CDU): Wenn die Lage so klar ist zwischen Niedersachsen und Bremen, dann möchte ich Sie fragen, was es dann da noch zu verhandeln gibt.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Für den Fall, daß eine Auseinandersetzung entsteht zwischen dem Landkreis Wesermarsch und der niedersächsischen Landesregierung, die so ausgeht, wie es möglicherweise verschiedene Personen vermuten, auch die Fragesteller hier, nämlich daß die niedersächsische Landesregierung keine Kühltürme errichten würde, gehe ich davon aus, daß sie sich zunächst an uns, an die bremische Landesregierung, wendet, weil sie uns gegenüber diese Zusage gemacht hat.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Kudella** (CDU): Glauben Sie denn, Herr Senator, daß solche Äußerungen von Herrn Ravens für unsere Position hilfreich sind, wenn er schon unterstellt, daß neu verhandelt werden muß?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Ich finde es außerordentlich hilfreich, daß Herr Ravens diese Situation in die Öffentlichkeit gebracht hat, daß hier die Auflagen der niedersächsischen Landesregierung durch den Landkreis nicht erfüllt werden.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Herr Dinné, bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß die Kontroverse zwischen dem Landkreis Wesermarsch und der niedersächsischen Landesregierung nicht in der Sache auf einer gleichen Basis beruht, sondern daß sie darauf beruht, daß die niedersächsische Landesregierung sehr wohl sieht, daß dort ein Kühlproblem vorliegt, während der Landkreis Wesermarsch meint, dort würden landschaftsbildnerische Probleme durch die Kühltürme entstehen? Andere Fragen haben den Landkreis Wesermarsch, so wie ich die Materie kenne, sowieso noch nie interessiert.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Wie ich die Materie kenne, be ruft sich der Landkreis Wesermarsch auch auf die Erklärungen der NWK, daß die Kühltürme an sich nicht notwendig seien, weil eine andere Möglichkeit, die Wärmegrenzen einzuhalten, ihrer Meinung nach gegeben sei, nämlich Betriebsdrosselung, Abschaltung und so weiter. Meines Wissens ist das so.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß die NWK, Nordwestdeutsche Kraftwerke, ein eminentes materielles Interesse an der Sache haben und hier nicht einfach so als objektive Beratungsbehörde hingestellt werden können?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Das ist mir klar, Ihnen klar, und ich bin sicher, allen, die hier sitzen, ist das klar, daß hier der Betreiber ein entschiedenes materielles Interesse an einem möglichst ständig ausgelasteten Kraftwerk hat. So naiv ist keiner, daß er ihm das nicht unterstellt. (C)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Ich komme noch einmal zurück, Herr Senator, auf die Erklärung von Ihnen vorhin, als Sie gemeint haben, daß die Zusage des Landes Niedersachsen an Sie eventuell nicht anders realisierbar sei als durch neue Verhandlungen und dann vielleicht andere Kühlsysteme — —.

(Senator Brückner: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Gut, ich will aber trotzdem meine Frage in der Hinsicht stellen. Seinerzeit haben Sie einen Prozeß begonnen, den Sie dann haben ruhen lassen, ich meine nicht Sie persönlich, sondern den Senat des Landes Bremen, und der Senat hat diesen Prozeß abgebrochen und requiriert aufgrund dieser Zusage. Wenn jetzt klar wird, und nach Ihren Worten ist ja klar geworden, daß zur Erfüllung der Zusage mit dem Bau längst hätte begonnen werden müssen, wenn aber klar wird, daß die Zusage nicht eingehalten wird, ist dann zumindest der Umweltschutzsenator geneigt, dem Senat den Vorschlag zu machen, den Prozeß in irgendeiner geeigneten Weise wieder zu beginnen, um die Zusage durchzudrücken? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: So hatten Sie schon einmal hier gefragt in der letzten oder vorletzten Sitzung, Herr Dinné, und ich wiederhole deshalb meine Antwort.

(Abg. Dinné [BGL]: Das fragen wir so oft, bis das klar ist!)

Es gibt zwischenzeitlich Urteile, die ich Ihnen damals auch hier genannt habe, weil ich sie dabei hatte, daß die rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten eines Bundeslandes mit der Erklärung der Betroffenheit seiner Bürger in einem anderen Bundesland auf einen Betreiber eines Kraftwerkes oder eines anderen Betriebes mit umweltbelastenden Faktoren außerordentlich gering sind, wenn nicht sogar aussichtslos. Mit dieser neuen Situation müssen wir uns neu auseinandersetzen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Ich stelle dann auch die gleiche Frage wie damals: Herr Senator, wenn Sie wissen, daß das Verbandsklagerecht sehr eingeschränkt ist bei uns, würden Sie auch unterstützen, daß sogenannte Musterkläger — ich habe seinerzeit an die Privatperson Herrn Lenz gedacht, der im Namen seiner Landeskinder in Bremerhaven, die nur in sechs Kilometer Entfernung von dem Kraftwerk wohnen, also erstklassig legitimiert wäre — eine Klage im

- (A) Interesse des Landes Bremens, sogar der Landeskinder, führen könnten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brückner: Herr Dinné, wie damals antworte ich Ihnen, daß eine solche Frage zu entscheiden erst dann notwendig ist, wenn sich herausstellen sollte, daß die Kühltürme nicht gebaut würden.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die neunte Anfrage erledigt.

Meine Damen und Herren, die Fragestunde mit 60 Minuten ist vorbei. Wir haben noch eine zehnte und damit letzte Anfrage. Frage: Soll sie schriftlich beantwortet werden, oder wollen wir sie noch abhandeln?

(Abg. K u n i c k [SPD]: Schriftlich!)

Wer dafür ist, daß wir die Fragestunde für diese Anfrage verlängern, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest, daß — —.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Die Mehrheit ist dafür!)

- (B) Wird bezweifelt, daß — —. Ich habe den Eindruck, die Mehrheit lehnt es ab!

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen, für Verlängerung!

(Dafür CDU, FDP, BGL, Abg. S t ä c k e r [SPD] und Abg. M a r l i s S t u c h l i k [SPD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Das Präsidium ist der Meinung, das erste war die Mehrheit.

Wir setzen die Fragestunde fort.

Die zehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf die **Koordination der Fischereipolitik zwischen den norddeutschen Küstenländern**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Wilhelms, Neumann und der Fraktion der CDU.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Fragestunde fortsetzen, nicht die Diskussion untereinander!

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Wir fragen den Senat:

Warum hat der Senator für Wirtschaft und Außenhandel in einem Zusatzantrag zum gemeinsamen

Antrag der Küstenländer für die Sitzung des Agrarausschusses des Bundesrates am 29./30. Oktober 1980 die Forderung erhoben, a) daß Beihilfen bis zur endgültigen Stilllegung von Fahrzeugen der großen Hochseefischerei in die Fischwirtschaft reinvestiert werden müssen und b) daß die Förderung der Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Fischereunternehmen nicht eingeführt werden sollte?

(C)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Beantwortung erhält Herr Senator Willms.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zur Frage a): Ansatzpunkt für den bremischen Antrag ist die Überlegung, daß nach dem über mehrere Jahre durchgeführten Sofortprogramm des Bundes jede weitere Schrumpfung der Flotte die Existenz der großen Hochseefischerei sowie die Versorgung der nachgeordneten Bereiche und der Seefischmärkte gefährdet. Mit dem Antrag soll vermieden werden, daß eine generelle Aufgabe der fischwirtschaftlichen Aktivitäten unter Zuhilfenahme von Subventionen erfolgt. Abwrackprämien in der großen Hochseefischerei sollten zumindest für Ersatzinvestitionen in anderen Bereichen der Fischwirtschaft verwandt werden.

Zur Frage b): Während die Förderung von Forschungsprogrammen der Fischerei vor Drittländern vom Senat unterstützt wird, da damit eine Kostenreduzierung bei hiesigen Firmen verbunden ist, bestehen Bedenken gegen eine Investitionsförderung gemeinsamer Unternehmen in Drittländern. Dies ist nicht mehr Sache der nationalen Fischereipolitik, sondern eine Angelegenheit der Drittländer selbst.

(D)

Vorteile, zum Beispiel durch Ausflaggungen, werden weder für den hiesigen Markt noch für den hiesigen Verbraucher gesehen. Zusätzlich: Die in beiden Antworten dargestellte Auffassung wird von den zuständigen Gewerkschaften geteilt.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Wilhelms!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Senator, wäre es nicht besser, wenn man versucht, diese Ansinnen als gemeinsame Ansinnen wie auch alle anderen Fragen der Fischerei gezielter in solchen Küstenländern abzustimmen und nicht als Alleingang von Bremen?

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Senator!

Senator Willms: Ich bin nicht unbedingt der Meinung, daß diese Auffassung, die hier von uns geäußert wurde, auch von allen Seiten geteilt wird, und deshalb wäre ein solcher Versuch möglicherweise fehlgeschlagen. Aber es ist trotzdem eine anerkennenswerte Richtung, glaube ich, die wir hier vertreten, und deshalb haben wir sie auch so antragsmäßig vertreten.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfragen liegen nicht mehr vor. Dann ist auch die zehnte und damit letzte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Willms für die erteilten Auskünfte.

Meine Damen und Herren, dann ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen und von der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Lage der deutschen Seeleute

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 10. Juli 1980
(Drucksache 10/271)

Die Große Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 10/271 ist unterschrieben von den Abgeordneten Ostendorff, Lahmann und Fraktion der FDP.

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Lage der deutschen Seeleute und ihre Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren? Welches sind die Ursachen dieser Entwicklung?

(B)

2.1 Welche Auswirkungen auf die deutschen und insbesondere bremischen Seeleute auf deutschen Schiffen haben Ausflagung, kürzere Liegezeiten und Verminderung des Personalbestandes?

2.2 Erfolgte der Abbau des Büropersonals in gleichem Umfang wie der des Personals auf See? Entwickelten sich die Gehälter der Seeleute in gleichem Umfang wie die des Büropersonals? Falls nein, worin liegen die Unterschiede, und wie beurteilt der Senat diese Entwicklung?

3. Hält der Senat eine Novellierung der Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung (SBAO) für notwendig? Falls ja, mit welchem Ziel?

4.1 Wie beurteilt der Senat die Situation der deutschen und insbesondere der bremischen Seeleute auf dem Gebiet

- der Information und Weiterbildung,
- der kulturellen Betreuung,
- der schulischen Betreuung der Kinder,
- des Sports und
- der Freizeitgestaltung?

4.2 Welche Institutionen (Tarifpartner, Sozialwerk, Seemannsmissionen, Hafenbehörden, Seemannsheime usw.) nehmen in welchem Umfang diese Aufgaben wahr? Welche Angebote können nur im Hafen, welche auch an Bord wahrgenommen werden?

4.3 Hält der Senat die Angebote für ausreichend? Falls nein, welche Verbesserungen hält er für notwendig?

5. Wie haben sich die Arbeitsbedingungen der Seeleute in den vergangenen zehn Jahren verändert?

5.1 Wie beurteilt der Senat die Entwicklung der Heuern, der Arbeitszeiten und der sozialen Versorgung der deutschen Seeleute?

5.2 Wie beurteilt der Senat dies für die deutschen Seeleute, die unter ausländischer Flagge fahren?

6. Welche Hilfen können die Familien ortsabwesender Seeleute im Lande Bremen in Anspruch nehmen? Hält der Senat diese Angebote für ausreichend? Falls nein, welche Verbesserungen sind nach Meinung des Senats erforderlich?

(C)

Herr Senator Brinkmann, sind Sie bereit, die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zu geben?

Das Wort zur Beantwortung erhält Herr Senator Brinkmann.

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich diese Fragen wie folgt:

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Die Antwort des Senats zur Frage 1: Die Situation der deutschen Seeleute ist im Rahmen einer technisch hochentwickelten leistungsfähigen deutschen Handelsflotte gekennzeichnet durch einen qualifizierten und funktionsgerechten Ausbildungsstand der Schiffsbesatzungen, aber auch durch einen Abbau von Arbeitsplätzen, der zu einem sozial- und arbeitsmarktpolitisch bedauerlichen Rückgang des Personalbestandes geführt hat.

Die Verringerung der Arbeitsplätze steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung der deutschen Handelsflotte, die hinsichtlich der Anzahl der Seeschiffe erheblich zurückgegangen ist. Ursachen für diese Entwicklung sind vor allem die unbefriedigende Ertragslage und der ausgeprägte Strukturwandel in der internationalen Seeschifffahrt. Dies hat die deutschen Reeder veranlaßt, in größerem Umfang veraltete Schiffe durch eine geringere Anzahl moderner, leistungsfähigerer und größerer Einheiten zu ersetzen und eine große Anzahl von Schiffen aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unter Flaggen offener Register zu verbringen. Hierfür sind insbesondere maßgebend: das verlangsamte Wachstum des Weltseeverkehrs, der Flaggenprotektionismus, der Kursverfall des US-Dollars, die ständig steigenden Bunkerkosten und die im Vergleich zu anderen Schifffahrtsnationen hohen Personalkosten.

(D)

Der Senat beobachtet diese Entwicklung mit Sorge. Er unterstützt deshalb die Bundesregierung nachdrücklich in ihrem Bemühen, die bestehenden Wettbewerbsnachteile der deutschen Flotte durch erhebliche finanzielle Hilfen zu mildern, so geförderte Schiffe an die deutsche Flagge zu binden und damit zugleich die notwendigen Arbeitsplätze in der deutschen Seeschifffahrt zu erhalten.

Zur Frage 2.1: Das Ausflaggen von Schiffen führt in der Regel zum Verlust der Arbeitsplätze, zumindest für einen Teil der bisher an Bord beschäftigten Seeleute. Lediglich die Schiffsführung und einige leitende Positionen bleiben überwiegend mit deutschen Patentinhabern besetzt. Eine Verhinderung der Ausflagung ist rechtlich nicht möglich, es sei

(A) denn, das Schiff wurde durch Bundeshilfen gefördert und unterliegt der Flaggenbindung.

Bareboat-Vercharterungen, die nach deutschem Flaggenrecht für einen befristeten Flaggenwechsel zulässig sind, und Schiffsverkäufe ins Ausland führen ebenfalls zum Verlust von Arbeitsplätzen deutscher Seeleute. Eine weitere Verringerung der Arbeitsplätze ist auf den Einsatz moderner Schiffe und dadurch bedingte schnellere Schiffsumläufe sowie auf die kürzeren Abfertigungszeiten in den Häfen zurückzuführen.

Der durch diese Entwicklung zu verzeichnende erhebliche Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze hat sich insbesondere im Mannschaftsbereich negativ ausgewirkt. Dennoch ist es bisher nicht zu größerer Arbeitslosigkeit bei Seeleuten gekommen, weil auch heute noch von einer durchschnittlichen Verweildauer in der Seeschifffahrt von acht bis zehn Jahren ausgegangen werden kann und danach in der Regel eine Landstellung angestrebt wird. Qualifizierte Seeleute sind auch heute noch ohne wesentliche Schwierigkeiten auf deutschen Schiffen unterzubringen.

Aus einer vom Bundesminister für Verkehr geführten Statistik ergibt sich, daß die deutsche Handelsflotte — die Zahlen beziehen sich auf Schiffe ab 100 BRT — am 31. 12. 1969 2 567 Schiffe und am 31. 12. 1979 1 540 Schiffe umfaßte. Die Tonnage ist bei 7,468 Millionen BRT im Jahr 1969 und 7,866 Millionen BRT im Jahr 1979 nahezu konstant geblieben.

(B) Die Zahl der ausgeflaggten Schiffe hat sich nach einer Erfassung des Verbandes Deutscher Reeder, die allerdings nur Schiffe über 1 000 BRT einbezieht, ständig erhöht. Sie betrug am 1. 1. 1980 328 Schiffe mit 3,911 Millionen BRT. Das entspricht rund einem Drittel der von deutschen Seeschiffahrtsunternehmen insgesamt disponierten Tonnage. Einzelheiten über die Entwicklung der deutschen Handelsflotte sowie über die Ausflaggung ergeben sich aus der Ihnen vorliegenden Anlage eins. Ich gehe davon aus, daß die Anlagen verteilt worden sind.

Der Personalbestand in der deutschen Seeschifffahrt — nur Handelsschiffe ohne Fischerei — hat sich in der gleichen Zeit von 46 585 Beschäftigten, darunter 8 262 Ausländer, auf 28 344 Beschäftigte, darunter 6 207 Ausländer, vermindert.

Über die Zahl der auf ausländischen Schiffen beschäftigten deutschen Seeleute liegen keine Unterlagen vor. Erfasst werden lediglich Seeleute auf ausländischen Schiffen, die der deutschen Seesozialversicherung unterliegen. Nach den Unterlagen der Seebereifungsgenossenschaft waren am 1. 7. 1980 509 Seeleute auf ausländischen Schiffen in die deutsche Sozialversicherung einbezogen. Am 1. 7. 1970 waren es 1 182 Seeleute. Es kann davon ausgegangen werden, daß eine erheblich höhere Anzahl deutscher Seeleute, die nicht von der deutschen Sozialversicherung erfasst werden, auf ausländischen Schiffen Dienst verrichtet.

Spezielle Aussagen und Zahlenangaben hinsichtlich der bremischen Seeleute sind nicht möglich, da hierüber keine besonderen Aufzeichnungen geführt werden. Der Begriff „bremische Seeleute“ läßt mehrere unterschiedliche Definitionen zu, so zum Beispiel in Bremen wohnhafte Seeleute, auf einem in Bremen beheimateten Schiff tätige Seeleute oder auch in Bremen vermittelte Seeleute.

Nach einer seit 1973 geführten Statistik des Bundesministers für Verkehr betrug der Anteil der in Bremen beheimateten Schiffe an der deutschen Handelsflotte am 31. 12. 1973 253 Schiffe mit 1,959 Millionen BRT, das entspricht 12,3 Prozent nach Schiffen und 24,9 Prozent nach BRT; am 31. 12. 1979 183 Schiffe mit 1,198 Millionen BRT, das entspricht 10,6 Prozent nach Schiffen und 15,2 Prozent nach BRT.

Auf Schiffen Bremer Reedereien waren nach den Unterlagen der Seebereifungsgenossenschaft am 1. 7. 1970 12 958 und am 1. 7. 1980 5 983 Seeleute einschließlich Ausländer beschäftigt. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von 1970 bis 1980 können Sie der Ihnen vorliegenden Anlage zwei entnehmen.

Zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung von Seeleuten hat die Bundesanstalt für Arbeit diese Aufgabe aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes übernommen. Damit kommen die vielfältigen Dienstleistungen und Förderungsmöglichkeiten der Bundesanstalt grundsätzlich auch den Seeleuten zugute. Hierzu zählen die Arbeitsberatung, der überbezirkliche Vermittlungsausgleich, die Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme, die Förderung der beruflichen Bildung und anderes mehr. Im Rahmen des Möglichen wird hierbei den besonderen Belangen der Seeleute und der Seeschifffahrt Rechnung getragen.

Zur Frage 2.2: Zahlen über die Entwicklung des Büropersonals bei den Reedereien liegen nicht vor, so daß diese Frage nicht konkret beantwortet werden kann. Im Hinblick darauf, daß die deutschen Seeschiffahrtsunternehmen gezwungen sind, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendige Rationalisierungen vorzunehmen, ist davon auszugehen, daß auch im Bürobereich ein Abbau des Personals zu verzeichnen ist. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß Reedereien mit ausgeflaggten Schiffen diese weiterhin in eigener Regie einsetzen und insoweit eine dem Borddienst vergleichbare Reduzierung des Büropersonals kaum erfolgt sein dürfte.

Zur Entwicklung der Gehälter der Seeleute im Verhältnis zum Büropersonal ist keine Aussage möglich, da nur für den Bereich Seeschifffahrt, das heißt Borddienst, zwischen den Tarifpartnern der Seeschifffahrt vereinbarte Tarifverträge bestehen. Auf die Entwicklung der Heuern für Seeleute wird unter Frage 5.1 näher eingegangen.

Zur Frage 3: Der Senat hält eine Novellierung der Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung für dringend notwendig. Ziel der Novellierung muß die Anpassung der Ausbildungs- und Besetzungsvorschriften an die durch die fortschreitende Entwicklung

(C)

(D)

(A) geänderten Bedürfnisse der Seeschifffahrt unter Berücksichtigung der Schiffssicherheit und des Schutzes der Seeleute sein. Zugleich wird eine Bereinigung und Vereinfachung im Sinne einer besseren Überschaubarkeit der vielfältigen Befugnisse sowie die Legalisierung einer Vielzahl bisher als notwendig erachteter Ausnahmeregelungen für erforderlich gehalten.

Die Struktur des Seefahrtbildungswesens sollte im Interesse der Seeleute der Struktur der Studien- und Bildungsgänge im Bereich der beruflichen Bildung so weit angeglichen werden, wie die Besonderheiten der Seeschifffahrt dies zulassen.

Aufgrund der vielfältigen Stellungnahmen zu einem vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Entwurf einer Neufassung der SBAO hat der Seeverkehrsbeirat inzwischen eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums eingesetzt, die sich aus Vertretern der Sozialpartner zusammensetzt und noch in diesem Jahr die Ergebnisse ihrer Arbeit dem Seeverkehrsbeirat vorlegen soll.

Zu Frage 4.1 und Frage 4.2: Wegen des engen Sachzusammenhangs werden diese beiden Fragen gemeinsam beantwortet.

Der sozialen Betreuung der Seeleute an Bord deutscher Schiffe und an Land kommt im Hinblick auf die Entwicklung in der Seeschifffahrt in zunehmendem Maß große Bedeutung zu. Die immer moderner und automatisierter werdenden Schiffe und die damit im Zusammenhang stehenden immer kürzeren Liegezeiten in den Häfen führen zur Isolation der Seeleute und zu Freizeitproblemen für die Schiffsbesatzungen mit negativen Konflikt- und Streßsituationen. Es ist daher ein besonderes Anliegen des Senats, die auf dem Gebiet der Seemannsbetreuung tätigen nichtöffentlichen Institutionen nach Kräften zu unterstützen.

Im Hinblick auf die Information und die kulturelle Betreuung der Besatzungen deutscher Seeschiffe sind einige erfolgversprechende Ansätze erkennbar. So werden deutsche Schiffe ständig insbesondere vom Sozialwerk für Seeleute und den Seemannsmissionen mit Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Ton- und Videobändern sowie Filmen versorgt.

Der Weiterbildung dienendes Informationsmaterial wird von den Reedern, den Verbänden und den Gewerkschaften an Bord gegeben. Die Reeder schaffen vielfach die technischen Voraussetzungen für Weiterbildungsmaßnahmen an Bord. Auf größeren Schiffen bestehen auch während der Fahrt Möglichkeiten, Sport zu treiben. Zur Freizeitgestaltung sind teilweise Hobbyräume an Bord eingerichtet.

Bezüglich der schulischen Betreuung der Kinder von Seeleuten sind Probleme bisher nicht bekanntgeworden.

Neben der Betreuung der Seeleute an Bord steht den Seeleuten an Land eine Vielzahl von Seemannsheimen und Seemannsklubs zur Verfügung.

(C) Die deutsche Seemannsmission e. V. unterhält in 33 ausländischen und neun Häfen der Bundesrepublik Seemanns- oder Seemannsfrauenheime oder Begegnungsstätten mit Klubcharakter für Seeleute. In fast allen diesen Einrichtungen werden den Seeleuten neben berufsbezogener Beratung und Hilfe sowie Seelsorge im persönlichen und familiären Bereich auch Möglichkeiten zu kultureller und sportlicher Betätigung sowie sonstige Freizeitgestaltungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Bibliothekbenutzung, Kino, Basteln, Spielen, Wandern und so weiter geboten.

In Bremen unterhält die Bremer Seemannsmission am Jippen 1 — Ecke Faulenstraße — ein Seemannsheim, das zur Zeit modernisiert und den heutigen Erfordernissen durch Errichtung eines Freizeitbereichs angepaßt wird. Neben Übernachtung, Verpflegung, Seelsorge, Beratung der Seeleute und vielfältigen Freizeitangeboten im Seemannsheim werden Besuche an Bord von in den Häfen liegenden Schiffen mit Verteilung von Zeitungen, Ausgabe und Tausch von Bücherkisten und Filmen durchgeführt. Zu den Kosten der Modernisierung des Seemannsheims hat der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr aus seinem Haushalt einen einmaligen Zuschuß in Höhe von rund 320 000 DM zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus unterhält die Seemannsmission der katholischen Kirche in Bremen ein weiteres Seemannsheim, in dem im wesentlichen die seelsorgliche Betreuung und Beratung von Seeleuten erfolgt.

Das Seemannsheim der deutschen Seemannsmission Bremerhaven in Bremerhaven befindet sich zur Zeit in einem Erweiterungs- und Modernisierungsprozeß. Verbunden damit soll in Kürze ein internationaler Seemannsklub entstehen, der außer den bereits vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten als Zentrum der Begegnung, Unterhaltung, Freizeitbeschäftigung und Besinnung dienen soll. Auch zu den Kosten für dieses Vorhaben hat Bremen einen einmaligen Zuschuß in Höhe von rund 300 000 DM in Aussicht gestellt. Darüber hinaus unterhält die Seemannsmission Bremerhaven die sogenannte Gute Stube am Containerterminal als Begegnungs- und Freizeitstätte für alle Seeleute. Sie dient gleichzeitig als Basis für Schiffsbesuche mit eigener kostenloser Bordbücherei und Tausch von Filmen und Videobändern.

(D) Das von den Tarifpartnern der deutschen Seeschifffahrt getragene und von den Reedern und Seeleuten finanzierte Sozialwerk für Seeleute e. V. hat sich bisher neben einem in Hamburg betriebenen Seemannsklub in erster Linie um die Betreuung der Seeleute an Bord verdient gemacht. Außer der Versorgung der Besatzungen mit Informationsmaterial, Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Tonbändern, Filmen und Videobändern und ständigem Austausch dieser Materialien in teilweise festem Turnus hat das Sozialwerk sportliche Veranstaltungen für See-

(A) leute organisiert und maßgeblich bei den inzwischen international anerkannten Seeleute-Sportwochen mitgewirkt. Die vom Sozialwerk geleistete Arbeit verdient große Anerkennung, insbesondere auch deshalb, weil es bisher ausschließlich mit Beiträgen auskommen mußte, die sich an der Beschäftigtenzahl in der deutschen Seeschifffahrt orientieren.

Bei der rückläufigen Zahl der auf deutschen Schiffen tätigen Seeleute ist ein weiteres Tätigwerden des Sozialwerks für Seeleute wegen des geringen Beitragsaufkommens in Frage gestellt. Da auf die weitere wertvolle Tätigkeit des Sozialwerks auf keinen Fall verzichtet werden kann, hat sich der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr beim Bundesverkehrsminister nachdrücklich dafür eingesetzt, daß auch der Bund in Zukunft einen finanziellen Beitrag zur Betreuung der Seeleute in Form eines Zuschusses an das Sozialwerk leistet.

Die Bremische Bürgerschaft hat am 18. 9. dieses Jahres einer finanziellen Unterstützung des Sozialwerks seitens Bremens zugestimmt und beschlossen, entsprechende Mittel im Landeshaushalt 1981 zu veranschlagen. Hamburg hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich an einer finanziellen Unterstützung angemessen zu beteiligen. Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich ablehnend verhalten.

Um doch noch zu einer gemeinsamen Haltung der Küstenländer zu kommen, hat Bremen eine Erörterung des Problems auf der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister der Küstenländer und Berlins am 10. 10. 1980 in Hamburg veranlaßt. Eine Einigung kam leider nicht zustande. Die Konferenz faßte statt dessen folgenden Beschluß:

Erstens: Die Tarifpartner der deutschen Seeschifffahrt werden aufgefordert, durch Änderung des allgemeinverbindlichen Tarifvertrags eine Erhöhung der Beitragssätze an das Sozialwerk herbeizuführen, um die notwendige finanzielle Ausstattung des Sozialwerks sicherzustellen.

Hier darf ich einschließen, daß ich mündlich unterrichtet worden bin, daß in der letzten Woche, am 6. November, im Vorstand des Sozialwerks die beiden Reederverbände ihre Bereitschaft erklärt haben, ihre Beiträge zu erhöhen, daß die beiden Seeleutegewerkschaften ebenfalls ihre Bereitschaft erklärt haben, die Beiträge zu erhöhen, wobei die Gewerkschaft OTV darum gebeten hat, eine Erklärungsfrist bis Anfang Dezember zu erhalten. Das hängt nach meinen Informationen damit zusammen, daß der zuständige Abteilungsvorstand noch seine Zustimmung geben soll.

Zweitens hat die Konferenz am 10. Oktober beschlossen: Für den Fall, daß dies nicht gelingt, wird der Bund unter Hinweis auf seine Zuständigkeit in Fragen der Seeschifffahrt gebeten, ausreichende finanzielle Mittel für das Sozialwerk zur Verfügung zu stellen.

Drittens: Sollten beide Möglichkeiten nicht zum Erfolg führen, sind die Küstenländer nach Darlegung

der finanziellen Situation durch das Sozialwerk bereit, sich erneut mit der Frage einer Zuschußgewährung zu befassen. Ich habe über den Gesamtinhalt vor kurzem ein Gespräch geführt mit dem Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Becker, Mitglied der DAG.

Nun zur Frage 4.3! Der Senat hält die vielfältigen vorhandenen Angebote zwar für durchaus beachtlich, aber dennoch nicht für ausreichend. Er wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß die von den vorhandenen Institutionen geleistete Arbeit weiter intensiviert wird, und hofft, dies durch die angestrebte finanzielle Beteiligung von Bund und Ländern zu erreichen.

Frage 5: Infolge der Entwicklung in der Seeschifffahrt und insbesondere durch den Einsatz moderner hochtechnisierter Schiffe haben sich auch die Arbeitsbedingungen der Seeleute an Bord geändert. Den notwendigen höheren Anforderungen an die Besatzungen wurde durch verbesserte Aus- und Fortbildung Rechnung getragen, so daß der deutsche Seemann heute zu den qualifiziertesten Fachkräften in der Seeschifffahrt gehört.

Der Sicherheit am Arbeitsplatz wird durch umfangreiche Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften, die den heutigen Gegebenheiten an Bord angemessen sind und die teilweise erheblich über die Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation und über den internationalen Standard hinausgehen, besondere Bedeutung beigemessen. Genannt seien hier nur die Schiffssicherheitsverordnung in der Fassung vom 5. 7. 1977, die Unfallverhütungsvorschriften für Kauffahrteischiffe der Seerberufsgenossenschaft in der Fassung vom 1. 3. 1979, das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. 12. 1973, das für die Seeschifffahrt voll Anwendung findet, die Verordnung über die Seediensttauglichkeit vom 19. 8. 1970 und die Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen vom 25. 4. 1972.

Die Verordnung über die Unterbringung der Besatzungsmitglieder an Bord von Kauffahrteischiffen vom 8. 2. 1973 enthält die an die Unterkunftsräume der Besatzungsmitglieder hinsichtlich Größe, Einrichtung und Ausstattung zu stellenden Anforderungen sowie Vorschriften über Messen, Küchen, Vorratsräume, Erholungsräume und sanitäre Einrichtungen an Bord. Aufgrund dieser Verordnung, die durch von einem eigens dazu eingesetzten Fachausschuß ständig der Entwicklung angepaßte technische Regeln für Bau und Ausrüstung von Unterkunftsräumen von Seeschiffen ergänzt wird, werden für die Seeleute auf deutschen Schiffen Bedingungen geschaffen, die den Gegebenheiten an Land weitestgehend nahe kommen. Oberstes Ziel dieser Bestimmungen ist es, das Wohlbefinden der Seeleute an Bord sicherzustellen und zu fördern.

Durch das Betriebsverfassungsgesetz vom 15. 1. 1972 wurde den Besatzungsmitgliedern deutscher

(B)

(C)

(D)

- (A) Schiffe die Möglichkeit eingeräumt, in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten mitzuwirken und ihre Rechte wie die Arbeitnehmer an Land durch ihre gewählten Vertreter wahrzunehmen.

Tarifvertraglich abgesicherte Urlaubsregelungen, die je nach Dienstjahren in der deutschen Seeschiffahrt einen Urlaubsanspruch von 11,5 bis 13,5 Kalendertagen je Monat Bordzeit vorsehen und weitgehend regelmäßige Urlaubsablösungen, schaffen einen Ausgleich für die besonderen mit der Seeschiffahrt verbundenen Erschwernisse. Hinzu kommt, daß seitens der Reeder in steigendem Maß Mitfahrmöglichkeiten für Ehefrauen von an Bord tätigen Seeleuten geboten werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Arbeitsbedingungen der Seeleute nach wie vor besonderen Erschwernissen unterliegen. Sie wurden jedoch in den letzten Jahren ständig verbessert und werden soweit möglich weiter verbessert. Zur Zeit laufen mehrere gemeinsam vom Bundesminister für Forschung und Technologie, Bundesminister für Arbeit und Bundesminister für Verkehr in Auftrag gegebene Forschungsvorhaben über Schiffssicherheit, Rettungsmittel und Arbeitsschutz.

Zur Frage 5.1:

(Unruhe — Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Senator, bevor Sie die nächste Frage beantworten, möchte ich das Haus insgesamt um etwas mehr Ruhe bitten!

(B)

(Beifall)

Senator Brinkmann: Die Heuern der deutschen Seeleute sind Dank der tarifvertraglichen Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien der Seeschiffahrt, ebenso wie in den Landberufen, jährlich erhöht worden. Seit 1979 wird zudem eine Seefahrtszulage, die Bestandteil des Tarifvertrags ist, gezahlt. Auf der Grundlage der von der Seeberufsgenossenschaft bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge ermittelten Durchschnittsheuern ist festzustellen, daß sich die Heuern seit 1969 im Mannschaftsbereich verdreifacht und bei den Schiffsoffizieren um 275 Prozent verbessert haben. Einzelangaben sind aus der Ihnen vorliegenden Anlage drei ersichtlich.

Bzüglich der Arbeitszeiten ist seit 1978 durch Einführung der 40-Stunden-Woche eine Gleichstellung mit an Land Beschäftigten festzustellen.

Zur Frage der sozialen Versorgung der deutschen Seeleute ist zu bemerken, daß die Seeleute an Bord deutscher Schiffe der Sozialversicherungspflicht unterliegen und somit uneingeschränkt am allgemeinen Ausbau der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik teilgenommen haben.

Darüber hinaus ist mit der ab 1. 1. 1974 geschaffenen Seemannskasse die soziale Sicherheit zusätzlich ausgebaut worden. Die Seemannskasse gewährt Überbrückungsgelder auf Zeit und Dauer.

Überbrückungsgelder auf Dauer in Höhe der Anwartschaft auf Altersruhegeld in der gesetzlichen Rentenversicherung wurden vom 1. 1. 1974 bis 30. 6. 1979 von Vollendung des achtundfünfzigsten Lebensjahres und werden ab 1. 7. 1979 von Vollendung des fünfundfünfzigsten Lebensjahres an gezahlt. Die Seeleute erhalten damit praktisch dem Altersruhegeld entsprechende Leistungen vom fünfundfünfzigsten Lebensjahr an, wenn sie aus der Seeschiffahrt ausgeschieden sind. Das Überbrückungsgeld auf Zeit wird für längstens drei Jahre bei einem Ausscheiden aus der Seeschiffahrt zwischen dem vierzigsten und dem fünfundfünfzigsten Lebensjahr gezahlt. Es soll dazu dienen, ausscheidenden Seeleuten den Übergang in Landberufe finanziell zu erleichtern.

(C)

Zur Frage 5.2: Für deutsche Seeleute, die auf Schiffen unter ausländischer Flagge fahren, gelten die Rechtsnormen des Flaggenstaates. Weder der Senat noch die Bundesregierung hat Einfluß darauf, daß deutsche Seeleute auf Schiffen unter fremder Flagge zu Bedingungen beschäftigt werden, die dem sozialen Stand in der Bundesrepublik entsprechen.

Deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen unterliegen grundsätzlich nicht der deutschen Sozialversicherung, es sei denn, daß mit dem ausländischen Reeder eine Versicherungsvereinbarung abgeschlossen wurde. Im übrigen ist nur eine freiwillige Versicherung in der Kranken- und Rentenversicherung möglich. Die Seemannskasse kennt eine freiwillige Versicherung nicht, auch in der gesetzlichen Unfallversicherung besteht keine freiwillige Versicherungsmöglichkeit.

(D)

Allerdings können deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen, nachdem sie aus der Seefahrt ausgeschieden sind, Ansprüche gegenüber der Seemannskasse haben. Dies hängt davon ab, ob sie im Zeitpunkt des Ausscheidens noch die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Leistungen der Seemannskasse erfüllen, was nach längeren Fahrzeiten auf ausländischen Schiffen vielfach nicht der Fall sein dürfte.

Zur Frage 6: Für Familien ortsabwesender Seeleute steht im Land Bremen grundsätzlich das gesamte Hilfsinstrumentarium der Jugend- und Familienhilfe zur Verfügung. Da ein spezieller weitergehender Bedarf bisher nicht erkennbar geworden ist, hält der Senat dieses Angebot für ausreichend. — Vielen Dank!

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Ehlers: Ich danke Ihnen, Herr Senator Brinkmann, für die Antwort auf die Große Anfrage!

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich eine weitere Schulklasse unter unseren Zuhörern begrüßen, näm-

- (A) lich eine Klasse des Schulzentrums an der Delme-
straße.

(Beifall)

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage das Haus, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. — Das ist der Fall.

Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Schifffahrt muß sein, denn ohne die Fracht über See gäbe es heute kaum einen Marktplatz auf dieser Welt. Der Kaffee am Morgen, der Tee zum Five o'clock, das Papier für die Zeitung, Gewürze für ein schmackhaftes Mahl, das Obst exotischer Plantagen, Konsumartikel, Investitionsgüter, Industrieprodukte — ohne Schifffahrt machte das Leben nur halb soviel Spaß.

In dem Parlament einer Hafen- und Handelsstadt ist es durchaus nötig, von Zeit zu Zeit etwas umfassender auf die Grundlagen dieser beiden Städte hinzuweisen.

(Beifall bei FDP und SPD — Unruhe —
Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Meine Damen und Herren, ich bitte sowohl die Kollegen im Plenarsaal als auch die Zuhörer um Ruhe!

(B)

Abg. **Ostendorff** (FDP): Nun ist es zweifelsohne so, daß häufig an die Investitionen, an die Kais, an die Kräne gedacht wird, daß auch noch an die Hafendarbeiter gedacht wird, aber an diejenigen, die nur ab und zu und dann für einen großen Teil der Bevölkerung kaum sichtbar diesen Handel betreiben, an die Seeleute, wird häufig nicht gedacht. Dies wieder einmal in die Erinnerung zurückzurufen war mit ein Anliegen unserer Großen Anfrage.

Die Romantik der Seeschifffahrt, falls es diese überhaupt jemals gegeben hat, wird ja auch heute wieder in Liedern besungen. Ich könnte nun, um die Aufmerksamkeit des Hauses noch mehr zu fesseln, anfangen zu singen und müßte, um wenigstens zwanzig Prozent des Parlaments gleich auf meiner Seite zu haben, mit „Hein Mück aus Bremerhaven“ anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte dann, um die anderen Herren zu animieren, von Lale Andersen und ihren Liedern schwärmen

(Abg. **K a u f f m a n n** [CDU]: Gott schütze
uns!)

und zum Schluß „Aloa, ohe“ und „Rolling home“, natürlich bei Sonnenuntergang und bei leicht rollendem Horizont als wirkungsvollem Abschluß, natürlich unter Tränen der Zuschauer bringen.

(C) Ich sage das deshalb, meine Damen und Herren, weil die eine Seite der Seeschifffahrt, die es wahrscheinlich in dieser Weise gar nicht gibt, viel stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen ist als die andere Seite.

Ich darf nun auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion von Mitte Juli 1980 über die Lage der deutschen Seeleute heute zurückkommen! Ich bin anfänglich freundschaftlich gescholten worden wegen dieser Anfrage, weil die Freien Demokraten und auch ich damit die Verwaltung mit Arbeit unnütz belasten, zumal doch auch der Seeverkehrsbeirat beim Bundesverkehrsministerium zum Ende dieses Jahres einen Bericht herauszugeben gedenkt.

Nun, ich hatte mich schon bei der Vorbereitung für die vorige Bürgerschaftssitzung — dieser Tagesordnungspunkt ist ja zweimal verschoben worden — fast damit abgefunden, mit dieser Schelte leben zu müssen, da lese ich doch in den Mitteilungen der Pressestelle des Senats vom 13. 10. 1980, daß der Hafensenator diese parlamentarischen Initiativen ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei der FDP)

Nun fühle ich mich und mit mir die ganze FDP-Fraktion wieder wesentlich besser. Wir fühlen uns vom Hafensenator begrüßt. Herzlichen Dank dafür!

Trotzdem noch ein Wort nun nicht mehr der Entschuldigung, wie ich es vor zwei Monaten und vor einem Monat vorhatte, sondern der Erklärung!

(D)

Zum ersten: Die Stellungnahme des Seeverkehrsbeirats wird zwangsläufig die allgemeine Situation in Deutschland behandeln und nicht die spezifische in Bremen.

Zum zweiten: Auch die Bürgerschaft in Hamburg hat in der Drucksache 9/1834 sich mit einem ähnlichen Problem befaßt, das sich aber speziell auf die Betreuung bezieht. Die Zeit wird es nicht gestatten, Sie mit diesen Hamburger Erkenntnissen bekanntzumachen. Ich empfehle aber den Interessierten dringlich die Durchsicht dieser hamburgischen Drucksache, die vom Berichterstatter Mairose der Hamburgischen Bürgerschaft vorgelegt wurde.

Zum dritten: Der dankenswerterweise von der SPD-Fraktion in diesem Haus im Juni eingebrachte Antrag betraf gezielt die Unterstützung des deutschen Sozialwerks. Er wurde ja auch im Prinzip positiv entschieden. Ich darf hierbei Herrn Senator Brinkmann für die Mitteilung dankbar sein, daß sich nach den letzten Gesprächen im Oktober und November nun hier eine Klärung auch auf anderer Seite deutlich abzeichnet.

Zum vierten: Daß nun die Große Anfrage zur Lage der deutschen und der bremischen Seeleute gerade von der FDP kommt, braucht bitte nicht als erschwerendes Moment von den anderen Fraktionen dieses Hauses betrachtet zu werden.

Die Zahl der Arbeitsplätze an Bord hat sich bei den Schiffen Bremer Reedereien von 1970 mit fast

(A) 13 000 Arbeitsplätzen bis 1980 mit knapp 6 000 Arbeitsplätzen, also in elf Jahren, mehr als halbiert. Senator Brinkmann hat in seinen Ausführungen schon zum Ausdruck gebracht, daß das Verhältnis in Deutschland allgemein etwas günstiger ist, aber auch da gibt es heute weniger als 30 000 Arbeitsplätze an Bord, während es vor zehn Jahren noch mehr als 50 000 waren. Ich kenne keine andere Branche, wenn dieses Wort erlaubt ist, die in zehn Jahren eine solche Personalentwicklung hat verkraften müssen.

Nun darf man bitte daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Eine Zahl von weniger als 30 000 Seeleuten darf nicht eine nicht mehr interessierende Zahl, eine Quantité négligeable sein, sondern es muß eine Zahl sein, die uns aufmerksam werden läßt, weil hier eine Grundlage für den Handel und die Schifffahrt in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven berührt wird. Ich habe deshalb auch wohlüberlegt mit den Worten begonnen, Schifffahrt muß sein, weil es an den Lebensnerv dieser beiden Städte rühren würde, wenn es sie nicht gäbe.

Herr Präsident, darf ich höflich fragen, ob ich einen Schluck Wasser haben kann?

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Salzwasser! —

Abg. N e u m a n n [CDU]: Seeleute trinken kein Wasser!)

(B) Mein einziges Anliegen und das Anliegen der Freien Demokraten war, mit dieser Anfrage auf die Situation der deutschen Seeleute, auf gut deutsch, auf die Lage der Seeleute aufmerksam zu machen und auch in Kreisen, die nicht ständig damit zu tun haben, die Bedeutung hervorzuheben. Dabei und dafür brauchen wir — und das ging auch aus den Ausführungen von Herrn Senator Brinkmann hervor — gar nicht einmal so sehr das Geld, sondern wir brauchen viel, viel mehr Verständnis, und einzig darum soll es mir bei meinen Ausführungen hier gehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben soeben die Antwort des Senats gehört, eine umfassende und sorgfältige Stellungnahme zu unseren Fragen. Dafür vielen Dank! Ich habe manches dazugelernt, so auch, daß der von uns verwendete Begriff „bremische Seeleute“ nicht verwendbar, weil nicht greifbar ist. Ich gebe zu, bei der Formulierung dieser Anfrage hätten wir mehr darüber nachdenken müssen, insofern auch für die Belehrung, daß wir einen falschen Begriff gewählt haben, Dank, und ich bitte zugleich um Entschuldigung.

Es ergeben sich also drei Problemkreise, die sich überschneiden und ineinander verzahnt von uns hier zu betrachten sind: a) die Verringerung der Arbeitsplätze bei größer gewordenen Schiffen; b) die kürzeren Liegezeiten bei schneller gewordenem Verkehr; c) die Ausfluggung deutscher Schiffe, die sozialen Schwierigkeiten beim Zusammenbruch einer Reederei und die schwerwiegende Krise der deut-

schon Hochseefischerei bei unzureichenden Fangquoten. (C)

Wir werden in der heutigen Debatte, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, nicht so sehr in der Lage sein, diese drei Problemkreise auseinanderzuhaken oder gar lösen zu können. Wir können und müssen aber darauf hinweisen, und wir müssen das Unsere tun, um, wo wir nur irgend können, die Situation der deutschen Seeleute zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Gerade rechtzeitig zu dieser Debatte ist von der Angestelltenkammer Bremen unter dem 1. August 1980 in der Schriftenreihe der Kammer „Der Seemann 1980“ geboren worden, ich will sagen, herausgegeben worden, eine dankenswerte Zusammenstellung der Seemannsvorschriften, deren Lektüre auch nicht damit befaßten Parlamentariern empfohlen wird. Es ist immer wieder erfreulich, daß bei allen diesen Verfügungen nahezu an erster Stelle das schöne Wort „Kaufahrteischiffe“ steht. Ich kenne keine anderen Gesetze, in denen so schöne Formulierungen am Anfang des sonst sehr trockenen Textes stehen.

Des weiteren hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft in ihrem Tätigkeitsbericht zum Schifffahrtstag 1979 eine Zusammenstellung allen Interessierten zur Hand gegeben, die — weil sehr gut — ebenfalls der Kenntnisnahme auch nicht mit der Seeschifffahrt Befußten empfohlen wird.

Ich möchte, stellvertretend für viele mögliche Zitate, aus dieser Zusammenstellung nur eines bringen, ein für einen Liberalen sehr provozierendes Zitat. In dieser Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft steht auf Seite fünf:

„Nach marktwirtschaftlichen Prinzipien haben die Flotten in sozial entwickelten Staaten aufgrund der höheren Personalkosten sowie der zahlreichen sicherheitstechnischen und administrativen Bestimmungen, die von den Reedern als Wettbewerb erschwerend herausgestellt werden, eigentlich keine Überlebenschance.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, ich habe absichtlich ein Zitat genommen, das für einen liberalen Sprecher, der fest an die Marktwirtschaft glaubt, provozierend sein muß. Wir können aber nicht die Augen davor verschließen, daß in diesem Fall eine andere, weitere Betrachtungsweise nötig ist. Wenn ich sage weitere, müssen Sie wissen, daß wir dieses Gebiet nicht ausschließlich im Rahmen der Bundesrepublik sehen können.

Bei vollem Eintreten für die sozialverpflichtete deutsche Marktwirtschaft muß bedacht und eingesehen werden, daß beim Zusammentreffen mit Staatshandelsflotten und bei dem von außen kommenden verzerrten Wettbewerb die oben erwähnten Prinzipien der sozialverpflichteten Marktwirtschaft nicht starr gehandhabt werden dürfen. Wir sind froh und als Liberale auch ein klein wenig stolz

(D)

(A) darauf, daß dieser Punkt bei den Koalitionsgesprächen in Bonn nicht umstritten war, daß die weitere Förderung des Bundes kein Streitpunkt war.

Die Entwicklung der Zahl der Schiffe der deutschen Handelsflotte zeigt ein nachdenkliches Bild. Nach einer Statistik des Bundesverkehrsministeriums gab es 1970 rund 2 600 Schiffe, 1979 nur noch 1 540 Schiffe. Stören Sie sich bitte nicht daran, daß die Zahlen etwas anders sind! Der Senator hatte, glaube ich, von 1969 an gerechnet, und ich habe von 1970 gerechnet. Da kommen andere Zahlen heraus. Ich werde auch sagen, warum Sie in einem Fall von 1969 an gerechnet haben.

Im gleichen Zeitraum sank die Bruttoregister-tonnenzahl von 8,4 Millionen Tonnen auf 7,8 Millionen Tonnen. Hier ist das Absinken wesentlich geringer, aber gesunken ist sie auch. In der Eile konnte ich das nicht mehr vergleichen, Sie gehen aber von einer Zahl aus, die auch bei sieben Millionen Tonnen liegt, das war aber das Jahr 1969. Im Jahr 1970 war die Zahl höher. Insofern komme ich zu einem größeren Absinken als der Senator. Nur damit beim Vergleich der Zahlen das deutlich wird! Im gleichen Zeitraum von 1970 bis 1979 stiegen die Heuern der Matrosen von 100 Prozent auf 275 Prozent, die der Offiziere von 100 Prozent auf rund 240 Prozent. Auch hier habe ich einen kürzeren Zeitraum gewählt als der Senator. Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand.

(B) Ohne in irgendeinen Tarifstreit sich einmischen zu wollen, muß man sagen, die Bezahlung der Matrosen und Offiziere auf den deutschen Seeschiffen kann heute nicht mein Problem hier sein. Das Problem muß aber sein die Betreuung oder, um es ganz simpel zu sagen, daß man sich darum kümmert. Ein sehr kluger Mann hat einmal gesagt, er kenne keine Probleme, er suche nur nach Lösungen. Ich glaube, er hat das sogar noch schärfer formuliert und hat gesagt, für ihn gibt es keine Probleme, es gibt nur Lösungen. Nun, die Lösung, um ein Beispiel nur zu nehmen, der Urlaubsfrage bei Seeleuten ist noch nicht gefunden.

Herr Senator Brinkmann hat schon darauf hingewiesen, daß der Seemann pro Monat etwa 13 Urlaubstage hat, die er haben muß bei der Arbeit. Gar kein Zweifel! Weiter ist in den einschlägigen Vereinbarungen festgelegt, daß er nach Möglichkeit diese Urlaubstage gesammelt alle sechs Monate nehmen soll. Das sind 78 freie Tage. Das ist für eine Seemannsfamilie kein Problem, sondern erfreulich, sofern ein eigenes Häuschen, Garten und die anderen Möglichkeiten da sind. Ein Problem wird es für den, der in einer Mietwohnung beengt wohnt, für den, der keine Familie hat und nun, ehrlich gesagt, nicht so recht weiß, wie er und was er mit der Zeit anfangen soll. Nun, diese Erkenntnis stammt nicht von mir.

Ich muß zugeben, daß meine persönliche Beziehung zur Seeschifffahrt keine sehr große ist, aber im politischen Raum kommt es ja vor, daß auch Leute,

die nicht mit einem Sachgebiet unmittelbar befaßt sind, darüber sprechen müssen. Ich habe mich also informiert, habe sogar Mitarbeiter bitten müssen, sich zu informieren.

In der Seemannsmission nimmt die Seemannsfamilienarbeit einen immer größeren Raum ein, und, was das Erfeuliche ist, sie wird auch immer mehr in Anspruch genommen. Ich kann es nur in Stichworten hier erwähnen. Die Seemannsmission unterhält zum Beispiel ein Kinderhotel in Lübeck. Die Seemannsmission in Bremerhaven hat sich sehr verdient gemacht mit ihren Einrichtungen, und in Bremen wird am 28. November — ich darf den Termin nachtragen, Herr Senator — das erweiterte Seemannsheim am Jippen eingeweiht, und wir werden da auch diese Arbeit dann in neuen, besseren Räumen sehen können.

Die Betreuung der Seeleute, das Sich-darum-Kümmern, das ihnen vermittelt wird — die andere Bevölkerung kennt ihre Probleme und möchte, soweit sie es kann, da mithelfen —, dieses Sich-darum-Kümmern, meine Damen und Herren — die Kunst der Propaganda liegt in der Wiederholung —, dieses Sich-darum-Kümmern war letzten Endes das einzige Anliegen des FDP-Antrags.

Es ist auch noch nicht die Lösung gefunden zu der Frage des Alleinseins an Bord. Bei immer größeren Schiffsgefäßen, bei immer weniger Menschen, bei immer weniger Handarbeit, die man gemeinsam machen muß — übrigens eine Frage, die es auch in anderen Zweigen in Deutschland gibt und die nicht nur die Schifffahrt berührt —, braucht man den Nebenmann, man braucht Nachbarn. Ich will sogar so weit gehen zu sagen, daß man ihn notfalls nur dazu braucht, um sich über ihn zu ärgern.

(Beifall bei der FDP)

Man braucht den Kontakt zu einem Menschen, und eine inhumane Arbeit ist zweifelsohne die Arbeit, die man ganz allein, ohne den Nebenmann, ohne den Nachbarn, ohne den Kollegen durchführen muß. In der Seeschifffahrt ist das in vielen Situationen jetzt schon der Fall.

Wenn Sie sich überlegen, daß es nicht ganz kleine Schiffe gibt, die nach Vorstellungen, die irgendwann wohl realisiert werden, mit 18 Mann Personal gefahren werden, können Sie sich ausrechnen, da sie Tag und Nacht fahren, wie viele da gleichzeitig arbeiten und an welchen Stellen sie arbeiten. Dies ist ein Problem, für das wir die Lösung noch nicht gefunden haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen der Redezeit zum Abschluß nur noch eine große Bitte zur Großen Anfrage der Freien Demokraten! Wir wären sehr froh, wenn diese Große Anfrage sowohl hier im Haus wie in der Öffentlichkeit nun nicht mit der guten Antwort des Senats ihre Erledigung finden würde. Wir haben die Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, und wir haben die Bitte an die Öffentlichkeit, daß Sie diese Frage der

(C)

(D)

(A) Seeleute, dieses Sich-darum-Kümmern, dieses Im-Auge-Haben, nicht mit dem Abheften der Antwort des Senats als erledigt betrachten, sondern daß Sie weiterhin dessen eingedenk bleiben: Schifffahrt muß sein, wenn Bremerhaven und Bremen leben wollen. Zur Schifffahrt gehört der Seemann. Danken wir ihm nicht nur, sondern denken wir auch an ihn!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ehlers: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Georg Schumacher.

Abg. Georg Schumacher (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich besonders, heute hier zu diesem Thema sprechen zu können. Es ist durchaus richtig, daß wir hier einmal über die Lage der Seeleute diskutieren, nachdem in diesem Haus so oft über die Probleme anderer Berufsgruppen debattiert wurde. Die Anfrage der FDP, meine ich, ist etwas zu lang geraten, und Sie haben sich, Herr Ostendorff, in einigen Punkten wiederholt, die man getrost hätte zusammenfassen können, ohne die Substanz zu verwässern.

(B) Ich darf es mir schenken, auf Ihre romantischen Anfangsausführungen einzugehen, Herr Ostendorff. Sie befassen sich in Ihrer Anfrage im wesentlichen mit der Vergangenheit und Gegenwart, ohne, und das gilt auch für die Antwort des Senats, auf die zukünftigen Entwicklungen und sicherlich nicht geringeren Probleme ausführlich einzugehen. Im übrigen möchte ich sagen, daß die Antwort des Senats so ausführlich ausgefallen ist, daß ich mich hier auf einige Punkte der Anfrage beschränken möchte.

Die deutschen Seeleute, meine Damen und Herren, zählten und zählen sicherlich neben einigen anderen europäischen und vielleicht den japanischen zu den qualifiziertesten Seeleuten in der Welt, und das, Herr Ostendorff, war sicherlich auch schon vor zehn Jahren der Fall. Der Senat weist in seiner Antwort unter anderem auf die im Vergleich zu anderen Schifffahrtsnationen hohen Personalkosten hin, ein Problem, das wir in Deutschland nicht nur in diesem Industriezweig kennen. Ich möchte diese Tatsache an einem Beispiel etwas illustrieren.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind authentisch, sprechen aber auch eine sehr deutliche Sprache. Während die größte deutsche Reederei 1978 für Personalkosten durchschnittlich 48 000 DM pro Arbeitsplatz oder pro Mitarbeiter aufwenden mußte, betrug diese bei einem vergleichbaren englischen Unternehmen nur zirka 21 000 DM, also weniger als die Hälfte, und bei einem holländischen nur zirka 40 000 DM, immer noch 8 000 DM unter den deutschen Kosten.

Diese hohen Kosten, der Strukturwandel in der Seeschifffahrt, die schlechte Ertragslage der letzten Jahre und die Verpflichtung deutscher Reedereien,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) mehr Leute auf vergleichbaren Schiffen zu beschäftigen als ihre unmittelbare Konkurrenz auf dem internationalen Markt, zwangen zum Verkauf alter Tonnage und in erheblichem Maß zum Ausflaggen, wodurch die Beschäftigtenzahl in den vergangenen zehn Jahren von zirka 46 000 auf zirka 28 000 zurückging, ohne allerdings, meine Damen und Herren, daß wir heute eine nennenswerte Arbeitslosigkeit in der Seeschifffahrt kennen. Der Einsatz größerer und modernerer Schiffe hat zwangsläufig auch die Arbeitsbedingungen der Seeleute an Bord verbessert.

Ich möchte auf die Probleme der Ausflagung und möglicher Alternativen etwas näher eingehen. Ende letzten Jahres waren, Herr Senator, 105 Schiffe mit zirka 1,38 Millionen Bruttoregistertonnen ausgeflaggt. Hinzu kamen 223 Schiffe mit zirka 2,54 Millionen Bruttoregistertonnen unter fremder Flagge, allerdings unter deutschem Management. Man muß hier schon klar differenzieren, Herr Senator. In der Addition komme ich dann ebenfalls wieder auf die 328 Schiffe, wie in Ihrer Anlage 1. Allerdings muß unterschieden werden zwischen ausgeflaggten Schiffen und solchen, die nur unter fremder Flagge registriert sind.

(D) Meine Damen und Herren, es ist schon beunruhigend festzustellen, daß mehr als ein Drittel der deutschen Flotte unter fremder Flagge fährt, und das nicht nur für die betroffenen Seeleute, sondern auch für die Bevölkerung und nicht zuletzt die Politiker, wobei hier natürlich in erster Linie der Bund angesprochen werden muß. Eine staatliche oder gewerkschaftliche Kontrolle, das möchte ich hier ganz klar betonen, scheidet jedoch in jedem Fall in diesem Zusammenhang für die CDU grundsätzlich aus, denn dadurch wird die Schifffahrt nicht konkurrenzfähiger.

Es muß allerdings die Frage erlaubt sein, wie weit kann und darf die Anzahl der Schiffe unter deutscher Flagge reduziert werden, wobei sowohl kommerzielle und beschäftigungspolitische als auch Sicherheitsfragen eine Rolle spielen müssen. Wenn wir vermeiden wollen, daß die Arbeitsplätze auf deutschen Schiffen eines Tages rar werden, müssen Gewerkschaften und Reeder möglichst schnell zu einer endgültigen Einigung über das sogenannte Schiff der Zukunft kommen. Hierfür wurde Anfang des Jahres ein sogenannter Definitionsplan abgeschlossen, die Ausgangsbasis für die Einigung ist also gegeben.

Hapag-Lloyd, meine Damen und Herren, hat einen ersten Anfang gemacht mit vier umgebauten Containerschiffen im Verkehr mit dem US-Golf. Diese Schiffe hätten normalerweise mit 24 Mann Besatzung fahren müssen, fahren jedoch nur mit 18, wobei einige Besatzungsmitglieder sowohl in der Maschine als auch an Deck eingesetzt werden. Die Reederei hat mit den Gewerkschaften einen fünfzehnprozentigen Heuerzuschlag vereinbart aufgrund der Reduzierung der Zahl und gewährt darüber hinaus noch zusätzliche soziale Vergünstigungen.

(A) Die Besatzung — das sollte hier vielleicht einmal ruhig gesagt werden — setzt sich zusammen aus dem Kapitän, der natürlich nach wie vor erforderlich ist, drei Nautikern, auch hier keine Abstriche, Ersten und Zweiten Ingenieur, Funker, Elektroingenieur, Lagerverwalter, Koch, zwei Stewards und eben diesen sechs weiteren Besatzungsmitgliedern, die sowohl an Deck als auch in der Maschine eingesetzt werden können. Die Reederei ist sehr zuversichtlich, daß dies nicht nur ein kurzfristiges Experiment sein wird, sondern langfristig unter Umständen richtungweisend sein wird.

Wie wichtig, meine Damen und Herren, neue Regeln für die Anzahl der Besatzung sind, sehen Sie daraus, daß die Konkurrenz nicht schläft. Ein norwegischer Reeder hat kürzlich in Japan einen Tankerneubau mit zirka 360 000 Tonnen Tragfähigkeit übernommen, auf dem nur noch 22 Besatzungsmitglieder fahren.

Wenn die deutsche Seefahrt langfristig konkurrenzfähig bleiben will und sichergestellt werden soll, daß die Anzahl der Arbeitsplätze auf Schiffen unter deutscher Flagge nicht weiterhin überproportional reduziert werden soll, meine Damen und Herren, dann muß wirklich bald etwas geschehen. Die Gewerkschaften haben bei dieser Entwicklung eine sehr verantwortliche Aufgabe zu erfüllen. Ein Festhalten an alten Positionen und traditionellen Gedankengängen hilft hier nicht mehr. Auf Neuentwicklungen und internationale Markttendenzen muß schnell und flexibel reagiert werden können. Nur so können letztlich auch die Arbeitsplätze erhalten werden. Die Seeleute selbst, meine Damen und Herren, haben durchaus Verständnis für solche Notwendigkeiten.

(B)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Herr Ostendorff, Sie fragen, ob der Abbau des Büropersonals in gleicher Zahl erfolgt ist oder ähnlich wie auf den Schiffen. Dies ist sicherlich nicht im gleichen Maß wie bei dem fahrenden Personal erfolgt, trotz Rationalisierung und Computern. Die Erfahrungen bei der „Hansa“ dürften allerdings eine unrühmliche Ausnahme bleiben, wobei auch hier festzustellen ist, daß Fachpersonal überall gesucht wird und sofort wieder beschäftigt werden kann.

Ihre Frage 4.1 ist hier im September bereits andiskutiert worden im Zusammenhang mit dem Sozialwerk für Seeleute. Die Antwort des Senats zu der Frage 4.1 ist ebenfalls wieder so ausführlich, daß man sich darauf beschränken kann festzustellen, daß die Betreuung der Seeleute insgesamt als gut bis sehr gut bezeichnet werden kann. Verbesserungsmöglichkeiten ergeben sich hier und dort natürlich immer, aber insgesamt, Herr Senator, kann ich Ihrer Beurteilung über die Notwendigkeit zum Beispiel des Sozialwerks für Seeleute nur zustimmen.

Meine Damen und Herren, hier komme ich auf meine Eingangsbemerkung zurück, daß man etwas mehr hätte zusammenfassen können. Nachdem die FDP unter Ziffer 1 nach der Lage — man könnte versucht sein, Herr Ostendorff, zu fragen, welcher Lage eigentlich — der deutschen Seeleute und ihrer Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren gefragt hat, möchte sie jetzt unter Ziffer 5 noch genau wissen, wie sich die Arbeitsbedingungen der deutschen Seeleute in den letzten zehn Jahren verändert haben.

(C)

Meine Damen und Herren, daß sich in den letzten zehn Jahren etwas verändert hat, steht ja wohl außer Frage. Das ist in allen Berufszweigen so gewesen, in der Seeschifffahrt sicherlich besonders. Aber vielleicht, Herr Ostendorff, hätten Sie diese Frage etwas differenzierter stellen können oder gar nicht zu stellen brauchen, wenn Sie vor zehn Jahren zum Beispiel persönlich etwas mehr auf Schiffen gewesen wären, um heute die Vergleichsmöglichkeiten zu haben.

Mir schien, daß es auch dem Senator in gewisser Beziehung ein bißchen schwer gefallen ist, hierauf eine passende Antwort zu finden, außer daß er im wesentlichen auf neue Gesetze, Verordnungen und Vorschriften verweist oder darauf, daß Ehefrauen im verstärkten Maß Mitfahrmöglichkeiten angeboten werden. Die allerdings, Herr Senator, gab es auch schon vor zehn Jahren, natürlich soweit der Platz vorhanden war. Sicherlich versucht man, da etwas zu verbessern.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, stellt der Senator zur Frage 5 fest, daß die Arbeitsbedingungen der Seeleute nach wie vor — und jetzt kommt es — besonderen Erschwernissen unterliegen. Meine Damen und Herren, das ist natürlich eine Binsenweisheit, denn ein Seeschiff ist nun einmal kein Mädchenpensionat oder ein sicherer Arbeitsplatz an Land. Man kann Wind und Wetter auch durch Gesetze oder Forschungsvorhaben nicht abstellen! Herr Senator, insofern wird ein Arbeitsplatz auf einem Seeschiff immer anders zu beurteilen sein als ein Arbeitsplatz an Land.

(D)

Ich möchte dennoch versuchen, Ihnen am Beispiel eines Tankers zu erklären, teilweise zumindest, wie sich dort die Arbeitsbedingungen in den letzten zehn Jahren, bedingt durch äußere Einflüsse, verändert haben. Zirka 38 Prozent der deutschen Flotte sind heute Tanker, gemessen an den Bruttoregister-tonnen, und insofern sind auch deutsche Seeleute betroffen.

1970, meine Damen und Herren, fuhren die großen Tanker von Europa zum Persischen Golf um das Kap der guten Hoffnung mit voller Geschwindigkeit. Die Rundreisedauer betrug etwa zwei Monate, und eine Rundreise wurde natürlich so schnell wie möglich durchgeführt, Reisegeschwindigkeit damals zwischen 12 und 15 Knoten. Heute fahren diese Großtanker mit nur acht Knoten oder noch weniger, um Öl zu sparen oder als Zwischenlager zu dienen. Die Folge: Eine wesentliche Verlängerung, teil-

(A) weise Verdopplung der Reisedauer und bei der Besatzung natürlich starke Langeweile mit allen Risiken für die Atmosphäre an Bord.

Diese Seeleute, meine Damen und Herren, sind heute unter Umständen ununterbrochen drei oder vier Monate unterwegs, ohne einmal an Land gehen zu können, denn in den Golfstaaten legen sie an einer Ladeplattform weit von der Küste entfernt an, und auf dem Rückweg haben sie vielleicht einmal Verbindung am Kap der guten Hoffnung mit einem Hubschrauber, der Post oder ähnliches liefert. Diese Leute, meine Damen und Herren, haben es besonders schwer.

Man kann nicht alles über einen Kamm scheren. Besatzungsmitglieder auf Küstenmotorschiffen, die alle zwei Tage in einem anderen Hafen sind, vielleicht alle zehn Tage wieder in ihrem Heimathafen, haben es naturgemäß wesentlich besser als Seeleute, die drei oder vier Monate unterwegs sind.

Auf Tankern und anderen größeren Schiffen haben sich unter anderem zum Beispiel die Funktionen eines Leitenden Ingenieurs völlig verändert. Vorgegebene Unterhaltungsprogramme für das Schiff und computergesteuerte Überwachungsgeräte erfordern mehr Administration und Organisation anstelle der früher üblichen persönlichen Überwachung der Maschinenanlagen. Denken Sie außerdem an die Veränderung durch die Satellitennavigation oder die harte Arbeit auf den Bohrinseln, zum Beispiel in der Nordsee!

(B) Ich möchte hier allerdings nicht nur die Problemfälle ansprechen, meine Damen und Herren. Psychologisch vorteilhaft hat sich auf einigen Schiffen die Anwesenheit von weiblichen Offiziersanwärtern oder Offizieren ausgewirkt, wenn es auch hiervon noch viel zuwenig gibt.

(Beifall)

Tatsache ist, daß die Anwesenheit weiblicher Besatzungsmitglieder, nicht nur als Funker, einen positiven Einfluß auf die Moral der männlichen Besatzung hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Sie sich mit diesen Fragen offenbar bisher kaum oder zuwenig befaßt haben, sonst würden Sie dem zustimmen, das ist eine alte Erfahrung! Auch dies, Herr Kollege Ostendorff, ist eine Veränderung, die wir besonders in den letzten Jahren beobachten konnten.

Zur Frage der sozialen Versorgung der Seeleute möchte ich noch kurz etwas über die Aufgaben der Seeberufsgenossenschaft sagen. Meine Damen und Herren, wir haben im September festgestellt, daß eine der Schwierigkeiten des Sozialwerks für Seeleute nicht zuletzt begründet ist durch die Reduzierung der Anzahl der deutschen Besatzungsmitglieder. Das gleiche trifft zu auf die Seeberufsgenossenschaft. Die anhaltend rückläufige Zahl von Versicherten in der Seeunfallversicherung bei rela-

(C) tiv steigenden Leistungen hat für 1981 eine Anhebung der Umlagevorschüsse von 28 Prozent erzwungen, um die Verpflichtungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung abzudecken.

Diese Kostenmehrbelastung, meine Damen und Herren, verschlechtert erneut die Wettbewerbslage der deutschen Seeschifffahrt. Der Kreislauf wird beschleunigt, weil einer sinkenden Anzahl von versicherten Seeleuten und Betrieben eine steigende Last aus den Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung gegenübersteht. Die Kostenschere für die deutsche Seeschifffahrt öffnet sich weiter. Der Bund sollte dafür sorgen, daß unter Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes der soziale Standard der Versicherten in der Seeschifffahrt gegenüber den Beschäftigten an Land erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß möchte ich hier festhalten, trotz aller Probleme, die wir hier andiskutiert haben, ist wohl unbestritten, daß der Seemannsberuf nach wie vor für interessierte junge Leute einer der schönsten Berufe ist. Wir sollten durch die Probleme, die hier diskutiert werden, nicht junge Leute abschrecken, diesen Beruf zu wählen, sondern im Gegenteil sie motivieren, auch weiterhin Interesse für diesen interessanten Beruf zu zeigen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Wir haben jetzt 12.47 Uhr. Mir wurde gesagt, daß der nächste Redner, Herr Jettka, 25 Minuten braucht. Ich würde Ihnen deswegen vorschlagen, daß wir jetzt unterbrechen, und möchte Ihre Meinung dazu hören, ob wir die Viertelstunde, die wir jetzt verschenken, früher anfangen, also um 14.15 Uhr. (D)

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Schaffen wir nicht! Zeitlich nicht zu machen!)

Dann unterbreche ich die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.48 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns in der Beratung des Tagesordnungspunktes drei, Lage der deutschen Seeleute, Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 10. Juli 1980, Drucksache 10/271.

Wir setzen die Aussprache fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jettka.

Abg. Jettka (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt, Herr Kollege Ostendorff, stimme ich mit Ihnen völlig überein: Es steht diesem Parlament gut an, einmal

(A) über Seeschifffahrt zu diskutieren. Aber dann hört es auch schon beinahe auf.

Die Große Anfrage der Fraktion der FDP zur Lage der deutschen Seeleute, die hier zur Debatte steht, muß bei dem unbedarften Zuhörer den Eindruck erwecken, als wäre sie aus Sorge um die deutschen Seeleute entstanden und besonders sachkundig formuliert.

Ich sehe das anders und will das auch deutlich machen, zumal, Kollege Ostendorff, sie ja während des Bundestagswahlkampfes eingebracht wurde. Wenn sie ehrlich gemeint wäre, warum dann acht Minuten Ausführungen ohne inhaltliche Aussage über das Angebot von Shanties oder Romantik in der Seeschifffahrt? Das war wohl nicht erforderlich!

Ich glaube, es darf festgestellt werden — und hier dürfte es keinen Widerspruch geben —, daß Seeschifffahrtspolitik mit ihren Einflüssen auf die deutschen Seeleute eine Angelegenheit des Bundes, wenn nicht gar der EG ist. So sind die Möglichkeiten der Länder in Fragen der Seeschifffahrtspolitik sehr beschränkt. Sie können nur zur Meinungsbildung beitragen, ihre Sorgen und Bedenken anmelden und den Versuch unternehmen, einen nach ihren Vorstellungen notwendigen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge zu nehmen. Ob diese Anfrage in allen Punkten dazu den notwendigen Anstoß gibt, wage ich zu bezweifeln.

(B) Zweitens: Die Anfrage ist, obwohl sie Sachkunde und Besorgnis vorgibt, dennoch sehr oberflächlich formuliert. Auch die Ausführungen des Senators zur Frage der bremischen Seeleute machen das deutlich. Mir ist das in stundenlangen Gesprächen mit einem Kapitän, der schon manches Jahr große Schiffe führt und sich im internationalen Geschäft gut auskennt, deutlich geworden. Allerdings hat diese Anfrage bewirkt, daß ein Oberbeamter des Ressorts HSV 14 Tage intensiv mit der Erstellung der Antwort des Senats beschäftigt wurde.

Wenn man nur den Punkt eins Ihrer Großen Anfrage nimmt, so stellt sich die Frage, welche Entwicklung gemeint ist: Ausbildung, Weiterbildung, Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplatzzufriedenheit, Lohnniveau, Unfälle am mobilen Arbeitsplatz, Freizeitangebot, Familienfürsorge, Einrichtungen der Hafenstädte, um knapp bemessenen Landgang zu ermöglichen und so weiter. Diese Liste kann noch beliebig erweitert werden. Sie sehen, wenn man so allgemein fragt, kann die Antwort auch nur allgemein gehalten sein, und manches, was wichtig ist, geht verloren beziehungsweise wird nicht beantwortet.

Drittens: Was die soziale Seite angeht und die angebliche Sorge um das Wohl der deutschen Seeleute — ich sage bewußt angebliche Sorge um das Wohl der deutschen Seeleute —, so ist es einfach unredlich, wenn man hier Sorge vortäuscht und nicht einmal die Zeit findet, Einrichtungen, denen seit Jahrzehnten die Betreuung der Seeleute ein besonderes Anliegen ist, einen Besuch abzustatten. Ich

meine zum Beispiel die Seemannsmission. Ich habe mich erkundigt, Herr Kollege Ostendorff, von der FDP ist dort niemand gewesen. In der ganzen Zeit nicht!

(Abg. Adamietz [BGL]: Was, da werden wir überwacht?)

Dabei können Sie ruhig den Begriff Mission umwandeln in Fürsorge für die zur See fahrenden Menschen aller Nationalitäten und Religionen. Das wird dort nämlich in vorbildlicher Weise, ohne daß der Staat sich bisher darum kümmerte, praktiziert. Dazu sagte der Bundespräsident anläßlich des Ausscheidens des langjährigen Präsidenten der Deutschen Seemannsmission, Herrn Dr. Maaß, in einem Dankschreiben, und ich darf zitieren:

„Die Menschen an Bord eines Schiffes befinden sich in einer besonderen Situation. Die Weite des Meeres, das unmittelbare Erleben der Naturgewalten, aber auch die Eintönigkeit und Einsamkeit auf den technisch hochgerüsteten Schiffen unserer Zeit lassen sie empfänglich werden für Gefühle und Gedanken, die über den Alltag hinausreichen. Die Deutsche Seemannsmission hat dies stets gewußt und durch ihre Mitarbeiter sowie mit ihren Einrichtungen den Seeleuten und ihren Familien jene Hilfe gewährt, derer sie in besonderer Weise bedürfen.“

Über diesen Teil der Großen Anfrage, das heißt über den sozialen Aspekt, wird mein Kollege Töpfer noch einiges zu sagen haben. Ich will mich auf die Probleme beschränken, die, durch die Reeder veranlaßt, die Situation der Seeleute in den letzten Jahren besonders beeinflußt haben. (D)

Vieles hat sich gewandelt. Das Schiff ist nicht mehr Heimat für den Seemann wie zu Zeiten, als Generationen einer Familie, ja eines Dorfes miteinander an Bord arbeiteten. Es ist bezahlter Arbeitsplatz mit einem mehr oder weniger guten Betriebsklima geworden. Unter diesem Gesichtspunkt will ich mich auf drei Punkte beschränken, die nach meinem Dafürhalten allerdings von entscheidender Bedeutung sind.

Erstens, die Frage der Ausflagging! Die große Ausflaggingswelle begann 1971. Was waren die Ursachen, und welche Auswirkungen entstanden für die Seeleute? Internationale Wettbewerbsverzerrungen, Dollarschwäche, damals Abwertung des englischen Pfundes, hohe Bunkerkosten, internationale Krisen sowie in jüngster Zeit kriegerische Ereignisse führten zu einer sinkenden Frachteinnahme beziehungsweise zum Wegfall ganzer Fahrtgebiete.

Natürlich versuchten die Reeder in dieser Situation, die Kosten zu senken. Leider verstanden es nur wenige Reeder, Ansätze zu finden, um mit modernen Managementmethoden und in enger Zusammenarbeit mit den Seeleuten eine auch für die deutsche Volkswirtschaft akzeptable Lösung zu finden. Die Mehrzahl der Reeder sah nur im Wege der Ausflagging die Möglichkeit, die deutschen Seeleute loszuwerden.

(A) Zunächst war die Freude über Einsparungsmöglichkeiten durch Billigflaggenschiffe groß. Man konnte ohne Rücksichtnahme auf irgendwelche Vorschriften deutsche Seeleute gegen billigere Seeleute auswechseln. Die deutsche Seeschiffahrtsbesetzungsordnung galt nicht mehr. Teilweise wurden beim Ausflaggen die Besatzungen um ein Drittel verringert.

Diese Freude war aber nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Die Internationale Transportarbeiterförderung hat immer wieder mit Arbeitskämpfmaßnahmen deutlich gemacht, daß sie das Spiel der Reeder nicht mitzumachen bereit ist. Ihr Ziel ist es nach wie vor, und wir sollten das nachhaltig unterstützen, der Ausbeutung von Seeleuten aus den ärmsten Ländern der Welt durch die Reeder der reichen Industrienationen Einhalt zu gebieten. Auf Schiffen unter sogenannten Billigflaggen werden oft Hungerlöhne gezahlt.

Daß diese Maßnahmen der ITF nicht ohne Erfolg betrieben werden, wird durch manches Beispiel auch in bremischen Häfen deutlich. Welche Auswirkungen solche Streiks haben können, zeigt das Beispiel der Solon in Wilhelmshaven. Dort wurde durch den Streik von 27 philippinischen Seeleuten in jüngster Vergangenheit die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Öl nachhaltig gestört. Es sei daran erinnert, daß die Ölleitung, über die 25 Prozent der deutschen Einfuhren laufen, für eine Woche stillgelegt werden mußte.

(B) In diesem Fall wird aber auch deutlich, in welcher Weise diese ausländischen Seeleute ausgenutzt werden. Sie erhalten eine Heuer von 350 Dollar, obwohl ihnen das Doppelte tarifmäßig zustehen würde. Das ist nicht mehr Kostensenkung der Reeder, das ist schlicht und ergreifend gesagte Ausbeutung.

Wenn einerseits seitens der Reeder für die Ausflagung als wirtschaftliches Erfordernis um Verständnis geworben wird, so kann andererseits nicht eindringlich genug auf die negativen Auswirkungen für die deutschen Seeleute hingewiesen werden. Die Schiffe unterliegen nicht dem deutschen Flaggenrecht, Sicherheitseinrichtungen können einem Minimumstandard entsprechen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Jettka, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Jettka** (SPD): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Schumacher!

Abg. Georg **Schumacher** (CDU): Herr Kollege Jettka, würden Sie mir zustimmen, daß die Beispiele, die Sie eben genannt haben, etwa die Seeleute in Wilhelmshaven, nicht auf deutsche Seeleute zutreffen?

Abg. **Jettka** (SPD): Ich habe von dem Streik der ausländischen Seeleute auf der Solon gesprochen, die zu Hungerlöhnen auf dem Schiff beschäftigt wer-

den. Ich glaube, mich da deutlich genug ausgedrückt zu haben!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Jettka, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Schumacher anzunehmen?

Abg. **Jettka** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Schumacher!

Abg. Georg **Schumacher** (CDU): Würden Sie mir zustimmen, daß die Große Anfrage der FDP eingebracht wurde zum Thema Lage der deutschen Seeleute?

Abg. **Jettka** (SPD): Auch darauf komme ich noch zu sprechen! Die ist so ähnlich. Ich habe das nur als Beispiel gebracht, wie Reeder deutsche Seeleute losgeworden sind oder loszuwerden versuchen, um mit billigen ausländischen Seeleuten zu Hungerheuern dann diese zu beschäftigen!

Die Schiffe unterliegen nicht dem deutschen Flaggenrecht. Sicherheitseinrichtungen können einem Minimumstandard entsprechen. Schiffe unter Flaggen offener Register stellten in den Jahren 1971 bis 1977 die Höchstquote an Totalverlusten. Ich darf aus der „DAG-Schiffahrtszeitung“, die ja heute schon wiederholt zitiert wurde, über hohe Tankerverluste zitieren. Dort heißt es:

„Hohe Tankerverluste, teure Schiffe in der Hand unausgebildeter Besatzungen. Die Schuld an dem dramatischen Anstieg von Explosionen und Feuer an Bord von Tankern in den letzten Jahren liegt bei ihren unausgebildeten Besatzungen und in dem Management der Reedereien, die sie beschäftigen.“ Diese Feststellung traf der Vorsitzende der britischen Sailor Association, Nile Hudson, in Piräus bei der Präsentation einer Studie über die rapide Zunahme derartiger Havarien. Zwischen Januar 1979 und April dieses Jahres seien 31 Tanker verlorengegangen oder schwer beschädigt. In den vorhergehenden fünf Jahren waren nur fünf derartige Fälle eingetreten. Die Mehrzahl dieser Schiffe habe die liberianische oder die griechische Flagge geführt, woraus die Studie ebensowenig Folgerungen zieht wie aus der Größe, dem Alter oder der Klassifikationsgesellschaft der Havaristen. Weniger als die Hälfte der verlorengegangenen oder schwer beschädigten Tanker sei mit einer Intergasanlage ausgerüstet gewesen, die, vorschriftsmäßig eingesetzt, Explosionen dann mit Sicherheit verhindert. Leider geht aus der Studie nicht hervor, wieviel davon Schiffe deutschen Ursprungs waren, die dann unter dieser Flagge von Liberia oder Griechenland fahren.“

Das deutsche Seemannsgesetz ist auf diesen Schiffen nicht mehr gültig. Die Löhne sind nicht tarifgebunden. Die soziale Sicherung ist ungewiß, es sei denn, der deutsche Seemann versichert sich freiwillig und auf eigene Kosten weiter. Der Arbeits-

(A) platz ist nur für die Vertragsdauer sicher. Die Ausflagung führt ferner zu einer verringerten Nachwuchsausbildung. Auch das sollte berücksichtigt werden.

Das Beitragsaufkommen für die Seeberufsgenossenschaften, Seekrankenkassen und Seemannskassen wird verringert. Damit entsteht eine geringere Belastbarkeit dieser Einrichtungen. Die Auswirkungen auf das Sozialwerk der deutschen Seeleute waren erst kürzlich Anlaß für Debatten und Entschließungen in diesem Hohen Hause.

Aus diesem Gesagten wird deutlich, daß das Vordringen der sogenannten Billigflaggen der Seefahrt gestoppt werden muß. Es ist daher nur zu begrüßen, daß der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Ruhnau, angekündigt hat, daß die Bundesregierung in den bevorstehenden Verhandlungen im Schiffsverkehrsausschuß der UNO-Organisation UNCTAD darauf dringen werde, daß künftig zwischen dem Eigentümer beziehungsweise Reeder eines Schiffes und dem Staat, dessen Flagge es führt, eine wirkliche Beziehung, zum Beispiel durch die Staatsbürgerschaft des Eigners, besteht.

Wenn man bedenkt, daß gegenwärtig fast ein Drittel der Welthandelsflotte in einem der Staaten mit offenem Schiffsregister eingetragen ist, also unter einer Billigflagge fährt, so wird diese Forderung um so verständlicher. Diese Staaten sind, das ist bewiesen, nicht in der Lage, die Erfüllung der Mindestbedingungen für eine Qualifikation der Schiffsbesatzungen zu garantieren.

(B) In diesem Zusammenhang nur der Hinweis, daß es für wenige Dollar möglich ist, Patente zu erwerben, die in der Bundesrepublik Deutschland eine lange Ausbildungszeit und Qualifikation mit entsprechender Prüfung erforderlich machen und dann zur Führung dieser großen Tanker berechtigen! Ganz zu schweigen ist in diesem Zusammenhang davon, daß die Billigflaggenländer nicht in der Lage oder willens sind, den sozialen und arbeitsrechtlichen Standard der Besatzungen zu sichern oder durch freie Gewerkschaften sichern zu lassen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Jettka** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Schumacher!

Abg. Georg **Schumacher** (CDU): Herr Kollege Jettka, dieses Beispiel, das Sie mit den Patenten eben brachten, bezog sich auf Veröffentlichungen über Panama.

Abg. **Jettka** (SPD): Ja!

Abg. Georg **Schumacher** (CDU): Ist Ihnen bekannt, daß die Regierung von Panama diese Praktiken bereits seit einigen Monaten untersagt hat?

Abg. **Jettka** (SPD): Herr Kollege Schumacher, das kann nicht seit einigen Monaten sein! Ich besinne mich darauf, daß ich vor vierzehn Tagen erst die letzte Nachricht darüber gelesen habe!

Präsident Dr. Klink: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schumacher?

Abg. **Jettka** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Schumacher!

Abg. Georg **Schumacher** (CDU): Gehe ich recht in der Annahme, daß Sie diese Nachricht dann aus der Presse haben und nicht von autorisierter Seite?

Abg. **Jettka** (SPD): Sie belieben sich ja sehr häufig auf die Presse zu beziehen, ich darf das auch einmal tun,

(Abg. Georg **Schumacher** [CDU]: Dem steht eigentlich nichts entgegen!)

und ich gehe davon aus, daß die Presse auch richtig berichtet.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Da fehlte das Datum vom Mai darauf, Herr Jettka!)

Nein, das fehlte nicht, Herr Kollege Gassdorf!

Welche Vorstellungen deutsche Reeder zuungunsten der deutschen Seeleute entwickeln, wurde in Presseverlautbarungen deutlich, die die Überlegungen des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Reeder, Nikolaus Schues, am 30. 6. 1979 veröffentlichten. Er schlug als Alternative zum Ausflaggen vor, künftig die deutschen Schiffe zu sechzig Prozent mit ausländischen Seeleuten zu Heimatheuern und nur noch zu vierzig Prozent mit deutschen Seeleuten zu besetzen.

Dieser Vorschlag scheiterte am Widerstand der deutschen Gewerkschaften, die darauf bestanden, daß im Geltungsbereich des Grundgesetzes alle Arbeitnehmer nach deutschen Tarifen entlohnt werden. Der Grundsatz, gleiche Arbeit, gleicher Lohn, darf auch nach meiner Meinung nicht durchbrochen werden.

Nun komme ich zu einem Begriff, der ganz neu eingebracht wird, obwohl er nicht neu ist, dem Begriff der „Einstrahlung“. Schon droht eine neue Gefahr für die Arbeit deutscher Seeleute mit der Möglichkeit, ausländische Arbeitnehmer zu Hungerheuern zu beschäftigen. Das fällt unter den Begriff der „Einstrahlung“. Wie das geschieht, wird in einem Artikel der Zeitschrift „Seefahrt, OTV-Mitteilung für Schiffsbesatzungen“ vom Mai 1980 deutlich gemacht. Ich darf zitieren:

„Die Einstrahlung ist im Paragraphen 5 des vierten Buches des Sozialgesetzbuches geregelt. Sie ermöglicht es beispielsweise Arbeitnehmern aus dem Ausland, die in ihrem Heimatland auch tatsächlich sozialversichert sind, bei einer nur vorübergehenden Versetzung in die Bundesrepublik Deutschland ihre bisherige nationale Sozialversicherung beizu-

(A) behalten. Dieser zunächst vernünftige Gedanke wird nun von einigen deutschen Reedern dazu pervertiert, um Seeleute zu deutschen Bedingungen gegen Seeleute zu asiatischen Bedingungen auszutauschen.

Um dies zu bewerkstelligen, werden zunächst mit Hilfe deutscher Reeder in Billigflaggenländern Firmen gegründet. Solche Firmen schließen dann mit Seeleuten, vorwiegend von den Philippinen oder Gilbert- und Ellice-Inseln, Heuertarife zu asiatischen Bedingungen ab. Die Seeleute werden anschließend auf deutschen Schiffen beschäftigt, der Reeder, aber auch, der die Schiffe unter deutscher Flagge betreibt, behauptet dann, er sei nicht Arbeitgeber dieser Seeleute. Er verweist auf die Einstrahlung und verweigert sowohl die Entlohnung der Seeleute nach Seemannsgesetz und deutschen Tarifen als auch die Unterstellung der Seeleute unter die deutsche Sozialversicherung. Es ist bekannt, daß die ausländischen Arbeitnehmer in der Regel im Vermittlerland nicht sozialversichert sind. Nach diesem Modell sind bereits mehrere hundert Seeleute vermittelt worden."

Das Gleiche trifft zu für deutsche Seeleute auf ausländischen, auf Billigflaggenschiffen. Solche schmutzigen Tricks dienen nach meiner Meinung nur dazu, deutsches Arbeits- und Sozialrecht zu unterlaufen. Die Meinung der ÖTV, daß eine deutsche Flotte, die für ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland, die auf Export angewiesen ist, unerlässlich ist, nur als deutsch bezeichnet werden kann, wenn die Seeleute an Bord zu in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bedingungen beschäftigt werden, kann von mir nur uneingeschränkt unterstrichen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluß! In der Länderverkehrsministerkonferenz in Bremen am 27. und 28. 9. 1972 wurden die seeschiffahrtspolitischen Vorstellungen der Küstenländer verabschiedet, die nach wie vor Gültigkeit besitzen. Dort heißt es:

„Eine deutsche Seeschifffahrt kann nur bestehen, wenn, erstens, die Arbeitsproduktivität in der Seeschifffahrt durch volle Ausnutzung des technischen Fortschritts weiter erhöht wird, zweitens, die erheblichen internationalen Wettbewerbsverzerrungen besonders und zuerst im Rahmen der EG abgebaut oder durch nationale Maßnahmen ausgeglichen werden, drittens, die deutsche Handelsflotte vor dirigistischen Eingriffen anderer Schiffahrtsnationen geschützt wird.“

Das heißt im Klartext Erhöhung der Leistungsfähigkeit der deutschen Seeschifffahrt und Herstellung gleicher Bedingungen im internationalen Wettbewerb. Das zu erreichen ist nicht leicht und bedarf vor allen Dingen des nachhaltigen Einsatzes der Bundesregierung auf allen internationalen Ebenen.

Ein Wort zum Kollegen Schumacher zum Einkommen der Seeleute und den Ausgaben der Reedereien! Kollege Schumacher, ich habe mir einmal die

Zahlen einer deutschen Großreederei besorgt. 1970 zahlte ein Großunternehmen 289 Millionen DM für Personalaufwand, 1979 waren es 530 Millionen DM. Die Reduzierung des Seepersonals betrug im gleichen Zeitraum 45 Prozent. Das durchschnittliche Mitarbeiterereinkommen inklusive Altersversicherung war 1970 zirka 24 000 DM und 1979 zirka 48 000 DM. Damit ist aber auch sehr deutlich geworden, daß die Lohnkosten nur in Ausnahmefällen wirklich zur Ausflagung führen können, denn ich meine, daß die deutschen Seeleute nicht an der Spitze der Lohnkosten ausländischer Reedereien stehen, sondern sie stehen an vierter Stelle.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Jettka, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Jettka (SPD): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Schumacher!

Abg. Georg Schumacher (CDU): Letzte Zwischenfrage, Herr Kollege Jettka: Ist Ihnen bekannt, daß der Anteil der Lohnkosten, der Heuerkosten, an den täglichen Betriebskosten eines Überseeschiffes bis zu 60 Prozent erreichen kann?

Abg. Jettka (SPD): Ich habe gesagt, in Ausnahmefällen kann das durchaus sein, aber der Durchschnitt ist 40 Prozent. Die Bunkerkosten sind heute höher.

Abg. Georg Schumacher (CDU): Herr Kollege Jettka, wenn Sie das als Ausnahme bezeichnen, müßte die gesamte deutsche Flotte, also alle Bulkcarrier, ausgeflaggt werden, denn darauf bezieht sich die Zahl!

Abg. Jettka (SPD): Herr Kollege Schumacher, es ist leicht, hier mit Zahlen zu operieren, die ich im Augenblick nicht nachvollziehen kann. Ich bin aber gern bereit, mich mit Ihnen heute darüber zu unterhalten.

Ich hoffe, daß diese Debatte deutlich gemacht hat, wohin der Weg führen muß, wenn unsere nationale Handelsflotte erhalten bleiben soll und die Arbeitsplätze der Seeleute nicht nur erhalten, sondern auch künftig sicherer werden sollen. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. Gassdorf (CDU): Herr Präsident, ich habe zunächst eine Frage an Sie und die Bitte, das Haus zu fragen. Ich könnte mich ja dreimal melden für je 15 Minuten. Ich komme wahrscheinlich mit 15 Minuten aus, es könnten 17 werden. Wäre es möglich, daß ich das im Zusammenhang vortragen kann, oder wollen wir es wieder zerhacken?

Präsident Dr. Klink: Fangen Sie an, und wir werden dann ja sehen!

(A) Abg. **Gassdorf** (CDU): Und wenn es dann am spannendsten ist, darf ich hier vorn weggehen! Das wollte ich auch nicht so gern. Ich frage nur, dann brauche ich mich nicht noch einmal zu melden!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann noch jemanden im Hause geben, der mit den Begriffen NRT und BRT und dergleichen nicht zurechtkommt. Falls es einen solchen gibt, will ich kurz erklären: Es ist eine Maßeinheit, basiert auf hundert Kubikfuß und entspricht 2,833 Kubikmetern. Es bedeutet also, daß das gesamte Schiff gemessen wird und das Ergebnis in Bruttoregistertonnen dargestellt wird. Werden nur die Passagierräume und Laderäume gemessen, mit denen der Reeder Geld einnehmen kann, bezeichnet man das als Nettoregistertonnen. Nur damit es einmal allen hier im Haus klar ist!

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, einige Bemerkungen vorweg! Kollege Ostendorff, Sie verstehen mich manchmal, wenn andere mich nicht verstanden haben. Ich habe Sie dieses Mal verstanden, weil Sie sagten, Sie wollten sich darum kümmern, und das klang so ein bißchen dünn. Ich meine, es war nicht dünn. Sie wollen das aktivieren, weiter verfolgen und nicht archivieren. Ich will Ihnen das nur zurückgeben, Sie haben mir auch schon einmal geholfen.

Kollege Jettka, Sie waren ja nun der große Zensor. Es hat sich also, und das findet Ihre Empörung, vierzehn Tage ein Oberbeamter damit beschäftigt. Ich muß sagen, das finde ich gut, daß es ein Oberbeamter war, außerdem hat er uns eine sehr umfangreiche und sehr aufschlußreiche Antwort vorgelegt. Dafür möchte ich ihm danken. Sie war wertvoll und wird sicherlich noch wieder Gegenstand weiterer Debatten sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann kommen Sie, Kollege Jettka, im Hinblick auf den Abgeordneten Ostendorff zu dem Schluß, im Punkt eins habe er nicht gewußt, was er eigentlich gefragt hätte. Er hat klar gefragt, er wolle etwas wissen über die Lage der deutschen Seeleute und die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren. Die Antwort des Senats war völlig klar, sie war so klar, daß Sie, Herr Jettka, sie anschließend übernommen und darauf Ihren Debattenbeitrag aufgebaut haben, also weiß ich nun nicht mehr, was da noch unklar ist, es sei denn, es ist Ihnen unklar.

(Abg. **Jettka** [SPD]: Das habe ich festgestellt!)

Aber Herr Jettka hat in diesem Fall nicht recht, Herr Ostendorff hat es richtig dargestellt. Nun muß ich Sie auch noch fragen, Herr Jettka, wer regiert denn eigentlich? Ich meine, hier regieren Sie, das wissen wir. Aber wenn wir nicht kompetent sind, regieren Sie denn nicht in Bonn auch? Warum denn weiter immer nur Greuelmärchen und keine klare

Linie, wann denn nun einmal diese Entwicklung eingedämmt und die Lage der deutschen Seeleute verändert werden soll in dem Sinne, wie wir es als Landes- und Bundespolitiker gern möchten? Kein Wort dazu!

(Abg. **Jettka** [SPD]: Welchen Einfluß haben wir denn darauf?)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu der Situation, wie wir sie sehen, denn wir können die Lage der deutschen Seeleute nur in einem Gesamtzusammenhang sehen mit der Lage und der Entwicklung der deutschen Seeschifffahrt.

Da ist meine erste Frage, was ist denn in den vergangenen zehn Jahren hier parlamentarisch gelaufen? Ich erinnere an die Debatte über die Ausflagung der Seeschiffe am 30. 1. 1974, die Große Anfrage der SPD. Am Schluß der Debatte gab es zwei Entschließungsanträge, einen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion — den Inhalt werde ich gleich noch zitieren, weil er einfach eingeführt werden muß in die heutige Aussprache —, und es gab natürlich, wie das immer so ist, auch einen Antrag der Sozialdemokraten. Über das Schicksal des CDU-Antrags verrate ich Ihnen auch kein Geheimnis. Obwohl er vom Inhalt her klar und eindeutig war, die Position der Bundesregierung darstellte, die Position der Länderminister darstellte, einbezogen war in die Vorstellung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, bekam dieser Antrag qua Mehrheit der Sozialdemokraten eine Beerdigung in diesem Hause zum Sozialtarif, auch klar.

(Abg. **Klein** [CDU]: Entsetzlich!)

Ich werde die beiden Anträge einmal eben kurz zitieren, weil sie einfach vom Inhalt her richtig und wichtig sind und deutlich machen, wie weit die Schere seinerzeit zwischen der Opposition, seien es Freidemokraten oder Christliche Demokraten, und den Sozialdemokraten auseinanderklaffte. Die CDU-Fraktion hatte 1974 in ihrem Antrag formuliert, ich zitiere:

„Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, daß verbesserte staatliche Förderungsmaßnahmen notwendig sind, um die Wettbewerbsverhältnisse der deutschen Schiffsunternehmen der internationalen Situation anzugleichen. Die Bürgerschaft begrüßt in diesem Zusammenhang folgende Passage aus dem Gutachten über einzel- und gesamtwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der deutschen Seeschifffahrt der Treuarbeit AG Hamburg und des Battelle-Instituts Frankfurt, das vor wenigen Tagen dem Bundesverkehrsminister überreicht wurde und auf Empfehlung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom Bundesverkehrsministerium vergeben worden war.

Wenn die Zielvorstellungen einer angemessenen, qualitativ hochwertigen und leistungsfähigen, von wirtschaftlich gesunden Unternehmen betriebener Handelsflotte durchgesetzt werden sollen, bedarf es

(C)

(D)

(A) einer Verbesserung der finanzpolitischen Förderungsmaßnahmen zur Angleichung der Wettbewerbsverhältnisse der deutschen Seeschifffahrt an internationale Verhältnisse. Anderenfalls müßte mit einer Fortsetzung der Tendenz, Schiffe unter ausländische Flagge zu bringen, und einem allmählich weiteren Schrumpfen der Handelsflotte unter deutscher Flagge sowie mit einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Schiffsunternehmen gerechnet werden. Darüber darf auch ein zeitweise konjunkturell hoher Frachtenstand nicht hinwegtäuschen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Schifffahrt die Wettbewerbsnachteile der deutschen Reeder zu beseitigen, und wird entsprechende Bemühungen des Senats unterstützen."

Dieser Antrag, wie gesagt, fand keine Mehrheit in diesem Hause. Statt dessen kamen die Sozialdemokraten mit einer Gegenposition, auch die verlese ich:

„Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, daß die ständige Subventionierung der deutschen Seeschifffahrt die Reeder zu besonders sozialem Verhalten verpflichtet. Die Bürgerschaft erwartet, daß die Arbeitsmarktsituation in der deutschen Seeschifffahrt überprüft wird und vom sozialen Verhalten der Reeder die Weiterentwicklung der Subventionspolitik abhängig gemacht wird. Die Möglichkeit zum Ausflaggen von Seeschiffen ist unter sozialen Kriterien zu überprüfen.“ Soweit die beiden Anträge, meine Damen und Herren!

(B) Kollege Kunick, Sie werden mir recht geben, so haben Sie das damals gesehen. Ich räume ein, eine gewisse Perspektive lag darin, es so zu sehen, nur, bei objektiver Betrachtung, Auswertung und Würdigung der Antwort des Senats heute muß ich sagen, im nachhinein bescheinigt der Senat dem Verband Deutscher Reeder, daß er soziales Verhalten gezeigt hat. So jedenfalls habe ich die Antwort des Senats verstanden.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Darüber beschweren Sie sich jetzt!)

Die zweite Frage: Was hatte die Konferenz der Verkehrsminister und -senatoren in Bremen am 27. 9. 1972 im Wege einer Entschließung verabschiedet zum Thema Maßnahmen zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsflotte?

Einen Teil hat Kollege Jettka zitiert, das brauche ich nicht mehr. Ich möchte nur noch zwei Punkte ansprechen neben den vielen anderen, wo es a) heißt: Modifikation der Wechselkursversicherung und des Bardepotgesetzes und b) Anpassung der Schiffsbesetzung und Besatzung an veränderte Verhältnisse. Insbesondere heißt es in diesem Punkt:

„Im Hinblick auf die durch unterschiedliche staatliche Regelung bedingte Personalkostenbelastung und um die technischen Möglichkeiten voll aus-

(C) schöpfen zu können, bitten die Verkehrsminister und -senatoren der Länder den Bundesminister für Verkehr, die seit längerem angekündigte Neuregelung der Besatzung und Ausbildung nunmehr vorzulegen.“

Meine Damen und Herren, das war 1972.

(Abg. J e t t k a [SPD]: Da kann man einmal sehen, wie lange das dauert!)

1974 haben wir kontrovers debattiert, und heute debattieren wir es erneut dank der Anfrage der Freien Demokraten. Das macht für mich folgendes deutlich: Erstens — und das wollte ich den 62 neuen Mitgliedern in diesem Parlament sagen, ich habe das einmal nachgezählt, die 1974 nicht dabei waren —, daß das hier kein neues Thema ist und daß wir das schon, leider, muß ich sagen, sehr kontrovers debattiert haben.

Ich wollte zweitens deutlich machen, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen, auch wenn die Kompetenz beim Bund liegt, und da liegt sie: Seit 1969, ich glaube, sogar schon länger, ist das Bundesministerium besetzt von einem Sozialdemokraten, nichts gegen ihn, aber wenn er Minister im Bundesministerium ist, ist es an ihm, hier zu handeln

(Beifall bei CDU und FDP)

(D) und nicht ständig zu bedauern, anzukündigen und noch einmal zu bedauern.

Ich muß Sie ferner daran erinnern, diese kontroverse Debatte 1974 über das Ausflaggen hier, in der die Christlichen Demokraten und die Freien Demokraten die Position der Bundesregierung übernahmen, was von der Mehrheit der SPD hier im Hause abgelehnt wurde, und in der die Sozialdemokraten einfach meinten, die Subventionierung deutscher Schiffe würde vom sozialen Verhalten der deutschen Reeder abhängig gemacht, ist natürlich auch in Bonn nicht verborgen geblieben. Sie haben sich dort die Haare gerauft, und selbst der Hafensenator — —. Aber beim Hafensenator meine ich die Haare nicht, Entschuldigung! Der Hafensenator war damals im höchsten Maße unglücklich darüber. Verzeihung, es sollte so nicht verstanden werden, wie es mir herausrutschte mit den Haaren. Auch im Hause des Hafensensors war man damals im höchsten Maße unglücklich über das Ergebnis dieser Debatte.

Die vierte Frage, meine Damen und Herren: Haben sich die Seeleute nun eigentlich selbst in die heutige Lage gebracht, oder waren es andere, sprich, haben Politiker die Seeleute in die jetzige Lage gebracht? Die Antwort der Fraktion der CDU ist ganz einfach. Das Standardargument der Sozialdemokraten, Weltwirtschaftskrise und außenwirtschaftliche Einflüsse und was da noch alles ist, klingt gut, auch wenn es langsam weniger gut klingt.

(A) Aber es ändert nichts daran, meine Damen und Herren von der SPD, Sie können sich in Bonn und in Bremen nicht aus der politischen Verantwortung herausmogeln. Seit 1972, spätestens seit 1974 ist klar, wohin die deutsche Flagge im Wege der Änderung von Vorschriften hätte gebracht werden müssen. Heute, 1980, meine Damen und Herren, müssen Sie sich sagen lassen, Sie haben in Bonn und flankierend auch in Bremen die Karre seit 1972 laufen lassen, was falsch war, denn wir stehen heute in der Bundesrepublik, das ist jedenfalls unsere Auffassung, vor einem schiffahrtspolitischen Scherbenhaufen auf Kosten der Arbeitnehmer, den wir nicht wollten.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß den Sozialdemokraten das nicht schmeckt, aber Sie beschäftigen sich ja permanent mit der Vergangenheit der CDU, dann werde ich Sie sicherlich daran erinnern dürfen, daß auch die Sozialdemokraten in diesem Fall allerdings eine schwärzliche Vergangenheit haben. Aber auch für Sie beginnt es irgendwo in der Vergangenheit und nicht immer wieder neu, wie heute nach Ihrem Wunsch am Tage der Bürgerschaftssitzung, am 12. 11. 1980. So einfach ist das nicht!

(B) Nun konkret noch fünf Anmerkungen zu den Aussagen des Senats und der Antwort des Senats auf die Große Anfrage! Erstens: Im Punkt eins stellte der Senat die Ursachen der Entwicklung für den Abbau der Arbeitsplätze und für diesen Problembereich dar. Ich muß Ihnen sagen, die Gewichtung oder die Aufreihung der Schwerpunkte teile ich nicht. Ich will mir noch einmal rasch zur Hand nehmen, wie es da denn heißt.

Da steht, „das verlangsamte Wachstum des Weltseeverkehrs“. Das muß aber erst seit kurzem sein. Wir lesen doch jedes Jahr in den Statistiken der Umschlagzahlen in den Häfen, das wird da immer besser. Wie soll sich das denn verlangsamt haben? Also, die Schwerpunktzuordnung sehe ich nicht.

Flaggenprotektionismus, den gab es 1969 auch schon. Der hat damals niemanden gestört, der stört heute niemanden. Das ist im Wege von Schifffahrtskonferenzen ziemlich geregelt, auch zur Zufriedenheit der deutschen Reeder.

Kursverfall des US-Dollars! Das verstehe ich nun gar nicht. Zweimal haben wir die Deutsche Mark aufgewertet, einmal mußte das der Bundeskanzler Kiesinger 1969 tun, als er noch im Amt war, aber an sich schon nichts mehr zu sagen hatte nach der Wahl. Jetzt höre ich immer, wenn wir Wahlkampf haben, wie der Bundeskanzler sagt, wir hätten die härteste Währung. Also, einmal ist der Dollar schwach, ein anderes Mal haben wir die härteste Währung! Wir müssen uns einigen, ist das Glas nun halb voll oder ist es halb leer!

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber es muß ja einmal eine gemeinsame Ebene kommen.

(C) Auflagen der Seeberufsgenossenschaft und des Amtes für Arbeitsschutz, das haken wir ab. Aber was ist und bleibt und immer war, ist die Problematik der Personalkosten auf den Frachtschiffen, die auch uns in unseren Häfen interessieren. Die sind plus Zinsen plus Kapitaldienst im Verhältnis zu anderen Reedereien und anderen Ländern einfach zu hoch. Das wußte man 1970 schon, das weiß man auch heute noch, aber man ignoriert offensichtlich die Entwicklung, für die man eigentlich nicht verantwortlich sein möchte, weil das so unangenehm ist, aber die Sozialdemokraten sind es, das muß ich noch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat beobachtet diese Entwicklung mit Sorge. Meine Damen und Herren, es klingt polemisch, aber wenn ich in der Regierung bin, kann ich nicht nur mit Sorge beobachten, das muß die Opposition schon tun,

(Abg. Klein [CDU]: Handeln!)

und das fällt uns schwer, aber der Senat kann das nicht auch noch machen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Zweitens: „Qualifizierte Seeleute können auch heute noch ohne große Schwierigkeiten vermittelt werden“, so die Aussage des Senats. Das begrüße ich, frage aber den Senat und quasi auch stellvertretend das Bundesverkehrsministerium: Wissen Sie eigentlich, daß heute MPC fehlen, das sind Multi Purpose Crew-Members, die man für viele Zwecke einsetzen kann?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Allzweckwaffe! — Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Ja, von Fisch verstehe ich nicht soviel wie Sie, Herr Beckmeyer, aber dies englisch aussprechen, das kann ich noch!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich will das deshalb ansprechen, weil das ein Problembereich ist, meine Damen und Herren. Das sind heutzutage in der Schifffahrt die wichtigsten Männer. Reiniger zum Beispiel werden an Bord nicht mehr benötigt, die gibt es da auch nicht mehr, aber die MPC wohl.

Nun muß ich fragen, warum wurden die Voraussetzungen eigentlich nicht geschaffen, daß zum Beispiel ein türkischer Gastarbeiter, der leider nicht deutsch schreiben kann, aber zehn Jahre zur See fährt, nicht die Qualifikation eines MPC erlangen kann? Der soll ja da nicht schreiben, sondern seine Vielfach Tätigkeiten ausüben. Die Voraussetzungen sind nicht geschaffen worden, die kann sich nicht der Verband Deutscher Reeder schaffen, das müs-

(A) sen die tun, die kritisieren, daß die Lage der Seefahrt immer schlechter wird.

(Beifall bei der CDU — Abg. Schmidt [SPD]: Das geht nach dem Grundsatz: Dumm darf er sein, aber stark muß er sein! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Wie lange brauchen Sie noch?

Abg. **Gassdorf** (CDU): Es wird fünf Minuten noch etwa dauern.

Präsident Dr. Klink: Ist das Haus einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Bitte sehr!

Abg. **Gassdorf** (CDU): Drittens: Die Personalentwicklung auf Schiffen, die in Bremen registriert sind! Ich will es nur kurz sagen. 1970 waren in Bremen 12 958 Seeleute registriert, 1980 noch 5 983. Ich kann nur fragen, wo sind sie geblieben, die 6 975 Seeleute? Das finde ich gar nicht witzig. Die „Hansa“-Problematik ist da gar nicht eingerechnet. Dies ist doch eine traurige Entwicklung auch für Bremen als Sitz eines Schiffsregisters.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe die Bitte an den Senat, der ja sehr gute persönliche Kontakte auch zum Hapag-Lloyd-Vorstand hat, was ich ausdrücklich begrüße, er möge den Hapag-Lloyd-Vorstand einmal fragen, wann wir denn jemals wohl noch die Hoffnung haben können, daß ein neues Hapag-Lloyd-Schiff in Bremen registriert wird und hinten am Rumpf den Heimathafen Bremen zeigt. Ich sehe das nicht mehr. Das ist auch ein Verlust für Bremen.

(B)

(Abg. Klein [CDU]: In der Tat!)

Viertens, Novellierung der SBAO, Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung! Die Antwort des Senats dazu ist bezeichnend, ich habe eingangs schon anhand der Entschließungstexte darauf hingewiesen. Ich zitiere die Antwort des Senats aus der heutigen Stellungnahme zur Großen Anfrage der FDP: „Der Senat hält eine Novellierung der Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung für dringend notwendig. Ziel der Novellierung muß die Anpassung der Ausbildungs- und Besetzungsvorschriften an die durch die fortschreitende Entwicklung geänderten Bedürfnisse der Seeschifffahrt unter Berücksichtigung der Schiffssicherheit und des Schutzes der Seeleute sein.“

Ich räume ein, der Kommentar von mir ist bitter, aber darüber reden wir nun seit 1972, und seit 1972 hält der Senat es auch für geboten, die Modifizierung dringend durchzuführen. Die CDU-Fraktion fordert das seit 1972, und jetzt sind wir nach acht Jahren so weit, daß nun CDU und Senat gemeinsam bedauern, daß nichts geschehen ist. Das Bedauern ist nun wirklich fehl am Platz, das ist Hohn! Es tut mir leid, aber es muß nun einmal etwas geschehen,

(Beifall bei der CDU)

und zwar deshalb, weil jetzt wieder eine Arbeitsgruppe tätig ist, die am Jahresende zur SBAO dann einen Vorschlag machen will. Also, Arbeitsgruppen und Vorschläge und weitere Vertagung können wir uns wirklich nicht erlauben!

(C)

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Fünftens: Für den Seemannsklub in Bremerhaven werden 300 000 DM Zuschuß durch den Senat gegeben. Ich glaube, es war sogar ein einstimmiger Beschluß der Deputation, das finde ich gut, einverstanden. Ich möchte sagen, das Alibi des Senats ist komplett, er hat seine soziale Seite gezeigt, wir alle mit, das will ich auch gar nicht kritisieren.

Nur, meine Damen und Herren, wie soll der Seemann eigentlich vom Containerterminal in den Klub kommen? Eine Busverbindung gibt es da nicht, sie wird auch abgelehnt, der Seemann hat ja Geld, er kann also ein Taxi nehmen. Sozial finde ich das nicht, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten. Ich will das einmal sagen, Sie sind doch sonst auch nicht so großzügig, aber so einen Klub bauen, das Angebot machen, Bedarf wecken und hinterher sagen, nimm dir ein Taxi, finde ich, stimmt irgendwie insgesamt unter dieser Prämisse nicht.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Ein Wort noch zur Vierzigstundenwoche! Ich freue mich, daß die Seeleute die Vierzigstundenwoche haben. Wir haben nur folgende Problematik: Wenn die Seeleute die vierzig Stunden an Bord gemacht haben, können sie nicht nach Hause gehen, sondern der Seemann bleibt an Bord, und wenn die Seeleute dann nach einigen Monaten nach Hause kommen, haben sie vier Monate Urlaub. Sie gehen nach Hause und sind nach vier Wochen wieder beim Reeder. Das Geld ist alle, zu Hause werden sie verückt, und sie möchten wieder fahren.

(D)

Ich wünsche ihnen die Vierzigstundenwoche, aber es gibt manchmal auch Probleme, die man dadurch schafft, daß man Angebote gibt, die vielleicht so gar nicht sein sollten. Ich will sie nicht wieder wegnehmen, ich will Ihnen nur sagen, wie es beim Seemann so zugeht mit seinen 40 Stunden.

Die soziale Versorgung der Seeleute auf Schiffen unter ausländischer Flagge! Meine Damen und Herren, ich will das kurz machen. Die Antwort des Senats steht im krassen Widerspruch zur Stellungnahme des Verbandes der deutschen Reeder. Ich will aus dieser Erhebung kurz zitieren, da heißt es:

„Seeleute sozial abgesichert. Eine Erhebung des Verbandes Deutscher Reeder macht wiederum deutlich, daß die Sicherheit deutscher Schiffe unter fremden Flaggen und die soziale Absicherung der auf diesen Schiffe beschäftigten deutschen Seeleute den Gegebenheiten bei Schiffen unter deutscher Flagge nicht nachsteht.“

(A) An anderer Stelle steht: „Immer wieder gern vorgebrachte Behauptungen über eine Gefährdung der sozialen Sicherheit der deutschen Seeleute auf fremdflaggen Schiften deutscher Reedereien entsprechen somit nicht der Schifffahrtswirklichkeit.“

Ich kann beides nicht prüfen, bitte den Senat aber, er möge diesen Widerspruch aufklären und uns gelegentlich informieren, was los ist.

Ich fasse zusammen! Erstens, die Lage der Seeleute, das ist wohl deutlich geworden, ist vielschichtiger, als vom Senat dargestellt wurde. Zweitens, die CDU-Fraktion hält nach wie vor an ihrer Position, dargestellt anlässlich der Haushaltsberatungen im Dezember 1974, fest, die unter anderem bedeutet und aussagt, die deutsche Handelsschifffahrt ist auf privatwirtschaftlicher Basis weiter zu betreiben. Die einzelnen Bedingungen, die daran zu knüpfen waren, will ich nicht wiederholen, wir befinden uns hier absolut in Übereinstimmung mit den Positionen auch des Bundesverkehrsministers.

Die CDU-Fraktion wiederholt die Aufforderung vom 16. 12. 1974 an den Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, ich zitiere: „Inzwischen, Herr Senator, liegen nun auch die letzten noch fehlenden Studien beziehungsweise Gutachten vor, nämlich über Seeverkehr unter verschiedenen Flaggen und über Unternehmensstruktur in der deutschen Seeschifffahrt, schließlich auch Kriterien für eine funktionsgerechte Besetzung deutscher Seeschiffe. Die Flensburger Studie ist ein Arbeitspapier, auf dessen Grundlage die Schiffsbesetzungs-, Bemannungs- und Ausbildungsvorschriften den heutigen und zukünftigen ökonomischen, technischen, arbeitswissenschaftlichen und sozialpsychologischen Erfordernissen angepaßt werden können. Die CDU-Fraktion erwartet vom Senat entsprechende Initiativen sowohl in Bonn als auch auf der Ebene der Verkehrsministerkonferenz mit dem Ziel, daß endlich gehandelt wird.“

Das war die Forderung der CDU-Fraktion 1974. Es sind seitdem sechs Jahre, ich muß sagen, mit Nichtstun verstrichen. Ob es noch fünf vor zwölf ist, mögen die neuen Zeitrechner bewerten. Die politische Mitverantwortung können die Sozialdemokraten weder leugnen noch bestreiten. Die CDU-Fraktion kann Sie, die Regierung und die regierenden Sozialdemokraten, nur erneut auffordern, handeln Sie, handeln Sie schnell und wirksam, denn später kann es nicht mehr werden! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Brinkmann.

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Punkte veranlassen mich, doch etwas zu sagen, Herr Gassdorf. Sie wissen genau wie ich, daß seit einem Jahrzehnt und länger Bemühungen vorhanden sind, die Häfen durch Busver-

bindungen besser anzuschließen. Sie wissen, daß in Bremen daran schon ein Unternehmen pleite gegangen ist. In der letzten Deputationssitzung — —.

(Zuruf des Abg. Erfurth [CDU])

Sie wissen gar nicht, welches Unternehmen gemeint ist! Das war unter einem Kapitän, der aufgrund seiner Erfahrung glaubte, mit Kleinbussen die Häfen in Bremen-Stadt erschließen zu können. Das war vor zehn Jahren, Herr Erfurth, darüber können Sie nicht mitreden. Das können Sie nicht wissen, das ist auch nicht Ihr Problem.

Ich wollte nur sagen, alle diese Bemühungen, die Häfen im Personennahverkehr anzubinden und damit dem Seemann zu helfen, sind gescheitert. Herr Gassdorf, es ist doch Schaumschlägerei, wenn in der letzten Deputationssitzung ein Mitarbeiter meines Hauses aufgrund der Anfrage Ihres Deputationskollegen Lüdeke erklärt hat, daß es in Bremerhaven überhaupt nicht funktioniert hat, und Sie stellen sich hier hin, als wenn irgend etwas Schlimmes passiert sei. Die Busse werden einfach nicht angenommen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Gassdorf
[CDU]: Der Klub ist doch noch gar nicht da,
oder wie sehe ich das?)

Sie brauchen nur das wiederzugeben, was in der letzten Deputationssitzung beraten worden ist.

Zu den MPC, die Sie hier genannt haben, also den Leuten mit Mehrweckemöglichkeiten! Da bedauere ich eigentlich, daß die deutschen Reeder von solchen Besatzungsmitgliedern wenig Gebrauch gemacht haben. Das wäre für sie eine Möglichkeit der Entlastung gewesen. Nur, eines steht aber auch ganz klar fest: Aufgrund der Arbeitsschutzbestimmungen, der Sicherheitsvorschriften und so weiter müssen sie die deutsche Sprache beherrschen, sonst hat es gar keinen Zweck, diese Leute so einzusetzen.

(Abg. Klein [CDU]: Sie können doch die
Vorschriften ändern!)

Dann die SBAO, Herr Klein! Finanzen!

(Abg. Klein [CDU]: Vorschriften ändern,
nicht Finanzen!)

Herr Gassdorf, seit einigen Jahren arbeiten das Bundesverkehrsministerium und das Arbeitsministerium mit den Sozialpartnern, das heißt mit den beiden Reederverbänden und mit den beiden Gewerkschaften, an den Fragen der Verbesserung der Vorschriften der SBAO. Sie tagen natürlich nicht öffentlich wie ein Parlament in jedem deutschen Bundesland, sondern sie tagen hinter verschlossenen Türen, und sie behaupten, daß sie bald zu einem Ergebnis kommen werden.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den
Vorsitz.)

(A) Nächster Punkt: Ganz gleich, welche Frage hier im Parlament diskutiert wird, Sie stellen sich als der große Schlaumeier hin und sagen: Das haben wir alles schon gesagt! Das ist doch schon eine ganz alte Platte, lassen Sie die beiseite!

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Ja, die ist auch alt!)

Als letztes zu dem Scherbenhaufen! Meine Damen und Herren, wenn Sie hier behaupten, die Schifffahrtspolitik stehe vor einem Scherbenhaufen, sollten Sie doch einmal über Deutschlands Grenzen hinwegdenken! Seit heute morgen haben wir Probleme am Containerterminal in Bremerhaven. Ein französisches Schiff wird bestreikt, besetzt von französischer Besatzung. Damit wird deutlich, daß es gar nicht einmal ein Problem nur der Billigflaggen ist, sondern auch ein europäisches Problem.

Es zeigt sich hier auch, daß es nicht im nationalen Rahmen gelöst werden kann, sondern wir müssen bedauerlicherweise feststellen, daß die Zeit des Ausflaggens mit der Ölkrise im Jahr 1974 begann. Eine weltweite Entscheidung hat dazu beigetragen, daß wir diese Probleme haben, und verniedlichen Sie deshalb diese Dinge nicht! — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

(B) Abg. Töpfer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Jettka hatte ja schon angedeutet, daß ich für die Fraktion der SPD die Punkte 4 und 6 der Großen Anfrage der FDP näher unter die Lupe nehmen möchte.

Lassen Sie mich zunächst anknüpfen an die Debatte in der September-Sitzung über das deutsche Sozialwerk! Es ist bedauerlich, daß die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen auch nach der Erörterung in der Küstenwirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz noch immer nicht bereit sind, das Sozialwerk mit zu unterstützen. Unverständlich ist dabei die Haltung von Schleswig-Holstein, das ja am Anfang bereit war mitzumachen, sich für eine Unterstützung ausgesprochen hatte und nun nicht mehr will.

Jedenfalls ist unser gemeinsamer Beschluß positiv von den Seeleuten und vom Sozialwerk aufgenommen worden. Vom Verband Deutscher Reeder und von den Gewerkschaften habe ich dazu noch nichts gehört, allerdings deckt sich unser Beschluß mit der Forderung des diesjährigen Gewerkschaftstags der OTV in Berlin. Die OTV hatte nämlich eine Beteiligung des Bundes und der Küstenländer neben der Finanzierung durch die Reeder und die Seeleute gefordert.

Wenn nun die Reeder und die Gewerkschaften ihre Beiträge erhöhen wollen, wie Senator Brinkmann es heute morgen, glaube ich, schon gesagt hatte, braucht das Sozialwerk aber trotzdem noch staatliche Zuschüsse für seine Arbeit. Dies ist ja

auch in der September-Sitzung eingehend erörtert worden. Ich gehe auch davon aus, daß der neue Bundesverkehrsminister die Zusage seines Vorgängers einhalten wird, gemeinsam mit den Küstenländern diese Hilfe zu gewähren. (C)

Da die Kollegen Schumacher und Gassdorf auf dieses Thema nicht eingegangen sind — vielleicht hatten sie auch ein schlechtes Gewissen wegen der Haltung ihrer Parteifreunde in Niedersachsen und Schleswig-Holstein —,

(Zurufe von der CDU)

möchte ich doch noch einmal an Sie appellieren, mit Ihren Parteifreunden dort zu reden.

(Abg. Klein [CDU]: Werden Sie einmal konkret, Herr Kollege!)

Herr Klein, Sie müssen doch bitte zuhören, was ich eben hier gesagt habe!

Nur danach zu unterscheiden und spitz auszurechnen, wie hoch der Anteil der Tonnage in den einzelnen Häfen ist und wo die Schiffe im Schiffsregister eingetragen sind, und danach den Zuschuß für das Sozialwerk zu berechnen, das ist in meinen Augen im Vergleich zu den Milliardenhaushalten, die in diesen Ländern bewegt werden, kein überzeugendes Argument. Das ist mehr als pingelig!

Bremen war auch auf einem anderen Gebiet Vorreiter. So entstand das erste Seemannsheim auf deutschem Boden 1854 in Bremen.

(Abg. Jackisch [CDU]: Jetzt haben wir es!)

Jawohl, Herr Jackisch, diese Tradition haben der Senat und der Magistrat der Stadt Bremerhaven nun fortgesetzt. Darum ist besonders das beachtliche finanzielle Engagement des Senats, aber auch des Magistrats für die beiden evangelischen Seemannsmissionen in Bremen und Bremerhaven hervorzuheben. (D)

(Beifall bei der SPD)

320 000 DM Haushaltsmittel vom Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und 180 000 DM Global-Lottomittel für die Bremer Einrichtung, 300 000 DM Haushaltsmittel des Senators für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und 100 000 DM Lottomittel der Stadtgemeinde Bremerhaven für das dortige Projekt der Seemannsmission können sich sehen lassen; also fast eine Million DM für zwei Einrichtungen, die der Kirche gehören.

Dieser Beitrag der öffentlichen Hand ist beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland. Nur durch diese Finanzierungsbeiträge sind die Seemannsmissionen in die Lage versetzt worden, ihre bisherigen Einrichtungen zu internationalen Seemannsklubs umzugestalten. Die Bremer und die hannoversche Landeskirche konnten diesen hohen Betrag nicht mehr allein aufwenden.

Bei beiden Seemannsmissionen wird zur Zeit kräftig gearbeitet. In Bremen ist demnächst Ein-

(A) weihung, dies sagte der Kollege Ostendorff schon. In Bremerhaven dauert es noch einige Zeit, da durch die Übergabe der bisherigen städtischen Jugendherberge ein fast totaler Umbau durchgeführt werden muß. Das Seemannsheim im Fischereihafen ist aufgegeben worden, so daß jetzt eine Konzentration der Arbeit aus der Stadtmitte heraus erfolgen kann.

Nach Fertigstellung dieser beiden Seemannsklubs können Bremen und Bremerhaven sich in die großen Häfen der Welt einreihen, wo solche Einrichtungen schon zum Teil vorkommen. Somit ist auch eine weitere Forderung der ÖTV erfüllt, Einrichtungen von Seeleutezentren zur Freizeitgestaltung voranzutreiben. Diese Forderung erfüllen wir somit im Land Bremen. Beide Seemannsheime sind bereits jetzt gut ausgelastet.

Lassen Sie mich kurz auf das eingehen, was der Kollege Gassdorf zu der Buslinie in Bremerhaven gesagt hat, Stichwort Containerterminal! Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Gassdorf, daß es da schon eine Buslinie gibt, daß sie nur nicht in Anspruch genommen wird, wie Untersuchungen ergeben haben. Sie wissen auch, das ist in der Deputation angekündigt worden, daß die VGB in Bremerhaven plant, bei Fertigstellung des CTB Nord eine bessere Verkehrsanbindung über zwei Linien zu erreichen.

Bei dieser Debatte über den Containerterminal haben Sie vollkommen übersehen, Herr Kollege Gassdorf, und unterschlagen, will ich einmal sagen, daß es dort die „Gute Stube“ gibt, so daß die Seeleute nicht unbedingt in die Stadtmitte zu fahren brauchen. Die „Gute Stube“ auf dem Containerterminal ist eine Einrichtung der dortigen Seemannsmission, die von einem Diakon und von zwei Mitarbeitern geleitet wird — das muß man hier einmal hervorheben — und knapp zweieinhalb Jahre nach der Eröffnung schon den zehntausendsten Gast begrüßen konnte.

(Abg. Jettka [SPD]: Das paßt nicht in das Konzept des Kollegen Gassdorf!)

Nach dem, was die Seeleute berichten, handelt es sich bei der „Guten Stube“ in Bremerhaven um eine einmalige Einrichtung auf der Welt. Sie wird auch zu dreiviertel von ausländischen Seeleuten besucht. Sie liegt natürlich hervorragend mitten im Umschlagszentrum.

Schiffsbesuche, Hausbesuche, aber auch Besuche im Krankenhaus und Gefängnis und eine Reihe von Veranstaltungen gehören genauso zum Programm der Mission wie Bücherkistenverschickung, Filmleihe und ähnliches.

Nach Fertigstellung der internationalen Seemannsklubs sind die Angebote, zumindest für ausländische Seeleute, in beiden Hafengruppen ausreichend, zumal Bremen und Bremerhaven noch vielerlei andere Freizeitaktivitäten bieten. Jedenfalls versprechen sich beide Missionen durch die neuen Einrichtungen erhebliche Verbesserungen, besonders für die ausländischen Seeleute.

(C) Warum habe ich diese Arbeit eigentlich so ausführlich dargestellt? Ich darf einmal den „Weser-Report“ zitieren, dann wissen Sie, warum ich darauf eingegangen bin. Dort steht am 26. Oktober 1980: „Fremde Seefahrer im Bremer Hafen auf sich allein gestellt. Der Schlüssel zur Welt zeigt sich verschlossen. Kenner der Hafenszene wissen schon lange, daß zwar die kommerzielle Seite gut vom Senat gepflegt wird, daß aber für den Seefahrer nichts getan wird. Ein ausländischer Seefahrer ist in Bremen lediglich auf den Agenten seiner hiesigen Betreuungsfirma angewiesen, eine Begegnungsstätte existiert nicht.“

Ich finde, nicht nur die Zuschüsse des Senats und des Magistrats und die Lottomittel, sondern auch die von mir geschilderte Arbeit dieser Seemannsmissionen sprechen eine andere Sprache als diese CDU-Parteizeitung. Das ist unseriöser Journalismus, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich auch erst einmal bei den Seemannsmissionen informieren, um auch einmal zu sehen, mit welchem Engagement dort gearbeitet wird, und das trotz weniger Mittel, die beide Kirchen zur Verfügung haben. Solch ein Artikel weckt dort keine weitere Motivation, eher Verärgerung, weil ihre Leistung nicht von der Opposition anerkannt wird.

(Beifall bei der SPD)

(D) Solch ein Artikel schadet darüber hinaus dem Image Bremens.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

In erster Linie profitieren nämlich ausländische Seeleute von diesen Einrichtungen. In Bremen übernachten fünfzig Prozent Ausländer in dem Seemannsheim, in Bremerhaven sechzig Prozent, und ich sagte schon, bei der „Guten Stube“ liegt die Beteiligung bei fünfundsiebzig Prozent. Im Grunde genommen ist das kein Wunder. Bei den vielfach gezahlten Hungerlöhnen können die Ausländer fast nur diese Angebote annehmen. Hier wird Freizeitgestaltung ohne Konsumzwang geboten.

Speziell für Familienangehörige deutscher Seeleute wird ebenfalls von den Seemannsmissionen eine Vielzahl von Angeboten gemacht. Die familiären Belastungen für die Seeleute und für ihre Angehörigen sind natürlich sehr groß. Auch der psychische Druck, Gefahr des Arbeitsplatzverlustes zum Beispiel durch Ausflagen, ist nach Aussage der Seemannspastoren nicht zu unterschätzen. In Bremerhaven werden neben den Weihnachtsfeiern, Kinderfesten und Ausflügen sogar extra für Seemannsfamilien Wochenendfreizeiten durchgeführt.

Positiv aufgenommen wurde die Durchführung einer Wochenfreizeit. Der Kreis der Seemannsfrauen besucht unter anderem gemeinsam Theaterveranstaltungen und so weiter. In Bremen ist das Programm ähnlich. Dort wird vom Bildungswerk der

- (A) evangelischen Kirche eine Bildungsfreizeit nur für Seemannsfrauen angeboten.

Herr Ostendorff hatte kurz das Kinderhotel der Seemannsmission in Lübeck erwähnt. Er ist dann aber nicht darauf eingegangen, welche Funktion dieses Kinderhotel übernommen hat. Diese Lübecker Einrichtung hat es für die deutsche Seemannsmission übernommen, die Kinder zu betreuen, wenn die Mütter einmal mitfahren können. Dort wird nach Absprache mit den Schulbehörden auch Unterricht erteilt.

Lobend berichten möchte ich in diesem Zusammenhang auch über den Selbsthilfering der Seemannsfrauen von Hapag-Lloyd. Dieser besteht seit zehn Jahren. In Bremen gibt es einen Arbeitskreis. Mir ist nicht bekannt, ob es ähnliche Selbsthilfegruppen bei den anderen Reedereien gibt. Ich möchte deshalb die Reedereien auffordern, Unterstützung und Hilfestellung beim Aufbau derartiger Selbsthilfegruppen zu geben. Sie haben meines Erachtens auch eine gewisse Verpflichtung.

Damit möchte ich überleiten und zu dem Thema kommen, was man noch zusätzlich tun könnte, denn es sollte doch auch Sinn dieser Große Anfrage sein, auch einmal eigene Vorschläge zu erarbeiten. Das möchte ich nun tun und außerdem den Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr bitten, diese Dinge aufzugreifen und weiter zu verfolgen.

- (B) Erstens: Sehr wünschenswert wäre es, den Seeleuten mehr Möglichkeiten als bisher einzuräumen, ihre Frauen oder sogar ihre Kinder mit an Bord und auf Reisen zu nehmen. Dadurch würde ein Teil der berufsbedingten Isolation abgebaut werden können. Diese Forderung richte ich an die Reeder, bei Neubauten und Umbauten der Schiffe daran zu denken, und dann aber nicht nur für die Offiziere der Schiffe, meine Damen und Herren!

Zweitens: Der Bremer Seemannsmission, das möchte ich hier auch einmal sagen, wäre sehr viel geholfen, wenn eine ähnliche Einrichtung wie die „Gute Stube“ im Neustädter Hafen verwirklicht werden könnte.

Drittens: Auch die Personalsituation bei der Bremer Seemannsmission ist nicht so gut wie in Bremerhaven. Hier wäre es durchaus wünschenswert, wenn ein weiterer Diakon zur Verfügung gestellt werden könnte, um die Arbeit besser bewältigen zu können.

Viertens: Es wäre auch zu begrüßen, das möchte ich hier auch einmal sagen, wenn zum Beispiel die Sparkasse in Bremen einmal wieder etwas für eine größere Einrichtung bei den Seemannsmissionen stiften könnte. Ich weiß, daß Bürgermeister Koschnick sich vor einigen Jahren einmal sehr dafür eingesetzt hat, daß die Bremer Seemannsmission einen Bus bekommen hat. Solch einen Appell sollte man doch einmal wiederholen.

Fünftens: Dann möchte ich mich auch einmal an die katholische Kirche wenden. Ich finde ganz offen und ehrlich, ein Pfarrer für die Betreuung des

- (C) ganzen Unterweserraums ist viel zuwenig, wenn man daran denkt, daß große Teil der ausländischen Seeleute doch Katholiken sind.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Es gibt ja schon viele Gemeinden, wo noch nicht einmal mehr ein Kaplan ist!)

Sechstens: Bedauerlich ist auch, daß in den United-Seamen's-Club in Bremerhaven offiziell keine deutschen Seeleute hereingelassen werden. Auch hier eine Aufgabe, um die sich der Hafensenator vielleicht einmal kümmern könnte!

Siebtens: Lobenswert ist das Bemühen des norwegischen Sozialwerks in Bremen. Dort versucht ein Mitarbeiter, sportliche Aktivitäten für die Seeleute in Bremen und Bremerhaven zu vermitteln. Allerdings ist die Mitbenutzung von Hallen und Sportplätzen für die Seeleute in beiden Städten sehr schwierig. Vielleicht könnten auch dort einmal Gespräche zwischen dem Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, dem Sportsenator und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven geführt werden. Es bietet sich durchaus an, daß zum Beispiel in Sportvereinen Kooperationsmöglichkeiten mit Seeleutegemeinschaften geschaffen werden, so daß man gemeinsam den sportlichen Wettkampf betreiben kann. Sport ist meines Erachtens auch eine gute Möglichkeit der Kontaktaufnahme der Seeleute mit der Landbevölkerung.

- (D) Achters: Kontakte zwischen Seeleuten und Hafenarbeitern sind ganz selten. In Bremerhaven kommen sie teilweise in der „Guten Stube“ vor. Auch hier möchte ich den Hafensenator aufgrund seiner Verbindungen bitten, Initiativen einzuleiten.

Ein letzter Vorschlag von mir zu diesem Komplex: In Bremerhaven fehlt ein mehrsprachiger Landgangführer. Darum möchte ich mich auch kümmern. In Bremen gibt es einen, ich habe den sogar hier. Eine Neuauflage ist gerade in Vorbereitung.

Dies ist aber nicht das Verdienst des „Weser-Reports“, das möchte ich ganz deutlich sagen. Ich habe hier den „Weser-Report“ vom 2. November 1980. „Erste Hilfe für Seefahrer“ steht hier. „Ausländischen Seefahrern soll bessere Unterstützung im Bremer Hafen als bisher zuteil werden.“

(Abg. Marianne H ä n e c k e [CDU]: Haben Sie etwas dagegen?)

„Der ‚Weser-Report‘ hatte gerügt, daß Ausländer auf sich allein gestellt sind, wenn sie die Gangway ihres Schiffes verlassen haben. Das soll nun anders werden. Das Büro Bremen-Werbung hat eine Broschüre vorbereitet, die in zwei Wochen auf den Markt kommt und den Matrosen noch auf dem Schiff in die Hand gedrückt wird. Dieser kleine Schritt vorwärts kann jedoch nicht vertuschen, daß immer noch ein dringend erforderliches Kommunikationszentrum fehlt.“

Ich finde, meine Ausführungen beweisen genau das Gegenteil bezüglich dieses Zentrums, und zwei-

(A) tens muß ich hier auch einmal ganz deutlich hervorheben, daß sich der „Weser-Report“ in dieser Frage mit fremden Federn schmückt. Es ist sogar aktenkundig beim Büro Bremen-Werbung und auch bei der Bremer Seemannsmission, daß der Kollege Karl-Heinz Jettka sich hierfür besonders eingesetzt hat, und das trotz Mittelkürzung im Bereich der Bremen-Werbung. Das muß man wirklich einmal betonen.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Kollege, ich muß Sie nach der Geschäftsordnung darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist. Wieviel Zeit benötigen Sie noch?

Abg. Töpfer (SPD): Ich brauche nicht mehr viel Redezeit, Herr Präsident!

Vizepräsident Ehlers: Bei den anderen Kollegen war ich auch großzügig. Ich schlage vor, daß wir hier ebenso verfahren.

Abg. Töpfer (SPD): Recht herzlichen Dank! Dieses Beispiel, das ich eben aufgeführt habe, zeigt, daß deutsche und ausländische Seeleute bei der SPD durchaus Verbündete haben. Wir sind deshalb der FDP besonders dankbar, daß sie uns mit ihrer Großen Anfrage die Möglichkeit gab, auch dies einmal darstellen zu können. Herr Kollege Ostendorff, Sie können sicher sein, daß wir solche Dinge nicht zu den Akten legen. Herr Kollege Jettka und ich waren bei den Seemannsmissionen auch schon vor einiger Zeit, hatten auch laufend Kontakte, und die Mitarbeiter dort haben sich gefreut, daß von den großen politischen Parteien sich dort einmal jemand hat sehen lassen. Von der CDU und von der FDP war keiner da.

(B)

(**Abg. Marianne Hänecke [CDU]:** Wir waren einige Male da! — **Abg. Gassdorf [CDU]:** Woher wissen Sie das denn?)

Weil ich die Seemannspastoren befragt habe, Herr Kollege Gassdorf!

(**Abg. Gassdorf [CDU]:** Zeigen Sie einmal Ihre letzte Spendenquittung! Ich kann Ihnen meine einmal mitbringen! — **Abg. Beckmeyer [SPD]:** Da können Sie einmal etwas absetzen, Herr Gassdorf! — **Abg. Gassdorf [CDU]:** Wo kann ich das absetzen? — Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

Abg. Töpfer (SPD): Eine Spendenquittung sagt doch nichts über die Qualität der Mitarbeit bei der Seemannsmission aus!

(Beifall bei der SPD — **Abg. Gassdorf [CDU]:** Diese Aussage können Sie sich auch an den Hut stecken!)

Abschließend möchte ich noch zwei Punkte nennen, welche Maßnahmen der Senator für Häfen,

Schifffahrt und Verkehr mit den zuständigen Bundesbehörden aufgreifen sollte. Ein Kernproblem ist die nachteilige steuerliche Situation der deutschen Seeleute, die hier heute noch gar nicht angesprochen worden ist. Da wird zum Beispiel nach Fahrtgebieten unterschieden, habe ich in einem Leserbrief der „Nordsee-Zeitung“ vom 18. August 1980 gelesen. Mir ist bekannt, daß in anderen Seefahrt treibenden Ländern es besondere Steuerregelungen gerade für Seeleute gibt. Hier sollte man um Abhilfe bemüht sein. (C)

Noch einen zweiten Punkt möchte ich zum Schluß anregen. Die Deutsche Bundespost nimmt sehr hohe Seefunkgebühren. Hier möchte ich appellieren an die Deutsche Bundespost, diese Gebühren zu senken. Wie uns Seeleute berichtet haben, ist der Kontakt mit der Heimat sehr wichtig, doch schrecken die hohen Gebühren vielfach ab, die entsprechenden Funkgespräche mit zu Hause zu führen. — Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vier Punkte! Erstens, eine Entschuldigung! Sollte ich mit dem Antrag der FDP wirklich einen Oberbeamten 14 Tage und Nächte lang beschäftigt und um den Schlaf gebracht haben, möchte ich mich persönlich bei dem Herrn entschuldigen. Ich möchte aber hierzu eines sagen: Die Arbeit, die er geleistet hat, war vorzüglich, und insofern, Herr Kollege Jettka, ist es mir unerfindlich, daß Sie mir dann vorwerfen, daß diese Arbeit erstellt worden ist. (D)

(**Abg. Jettka [SPD]:** Das habe ich nicht getan! — **Senator Brinkmann:** Er hat 14 Tage geschlafen, trotzdem!)

Ja, vielen Dank! Herr Kollege Jettka, jetzt komme ich zum zweiten Punkt. Sie haben ja unter Aufbietung Ihres gesamten ostpreußischen Charmes meinen Antrag hier zerrissen.

(**Abg. Kauffmann [CDU]:** Da steht ihr euch beide nichts nach!)

Ich behaupte nicht, daß wir nicht den einen oder anderen Satz hätten besser formulieren können.

(**Abg. Jettka [SPD]:** Na also!)

Ich bestreite aber, daß er unnötig war, und ich bestreite auch, daß wir nur allgemein gefragt haben, wie ich auch bestreite, daß der Senat nur allgemein geantwortet hat.

Wäre es nur eine allgemeine Antwort gewesen, hätte der Senat sich wahrscheinlich gescheut, in verschiedenen Publikationen — Pressestelle des Senats vom 13. Oktober, „Bremen International“ von Dr. Adamietz vom 10. 11. — wörtlich Fragen, die auf unsere Anfrage zurückgehen, Halbierung

(A) des Personalbestands und so weiter, zu bringen, und „Bremen International“ ist ja nun eine Zeitschrift, die nicht für den Hausgebrauch der bremischen Bürgerschaftsabgeordneten gedruckt wird.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Drittens: Wann hat die FDP diese Anfrage eingebracht? Herr Kollege Jettka, ich bin betrübt, daß Sie der FDP unterstellen, die FDP hätte diese aus Wahlkampfgründen eingebracht, weil Sie nämlich damit gleichzeitig den Kollegen Töpfer, der drei Wochen später eine sehr ähnliche Anfrage einbrachte, in schlechten Ruf bringen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Drei Wochen vorher! Ja, ich kann nur die Wahlkampfzeit vom Juni und Juli nicht so furchtbar unterschiedlich bewerten! Sie können das.

Viertens: Es ist bislang nicht üblich gewesen, daß ein Kollege dem anderen vorwirft, wo er welche Besuche macht.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Sehr richtig!)

Ich wäre Ihnen aber kolossal dankbar, wenn Sie sich schon informieren, daß Sie sich dann vollständig informieren. Ein Mitarbeiter unserer Geschäftsstelle hat sich sehr ausführlich mit Herrn Ladda in Bremerhaven unterhalten, und ich habe in meinem Vortrag auch zitiert, daß ich andere gebeten hatte und zum Beispiel diese Weisheit vom Kinderklub dort bekommen habe.

(B)

Wenn Sie sich in Bremen informiert hätten, müßten Sie wissen, daß ich mit dem Seemannspastor ein Gespräch gehabt habe anläßlich der Einweihung der Geschäftsstelle der DAG, wo Sie nicht waren,

(Abg. Jettka [SPD]: Vorher!)

und daß wir beide da übereingekommen sind, da ja erst am 28. die Einweihung wäre, hätte ich eine solche Gelegenheit.

(Abg. Jettka [SPD]: Das ist eine Frechheit, was Sie sagen!)

Wenn Vorwürfe, dann bitte solche, die stimmen!

Herr Kollege Jettka, dies alles ist nachprüfbar. Ich halte es aber, ich fing damit an, nicht für gut, wenn wir uns gegenseitig vorwerfen, wann wer wo war. Im übrigen möchte ich eines hier wiederholen, auch nach den Ausführungen der anderen Kollegen. Ich halte es für sehr gut, daß wir mit dieser Antwort des Senats eine Materialsammlung bekommen haben, die allen Abgeordneten zugänglich gemacht wird durch die Drucksache der Bürgerschaft, weil ich meine, daß dadurch das Wissen um die Lage der Seeleute in allen Kreisen breiter wird. Dafür seitens der Freien Demokraten nochmals Dank!

(Beifall bei der FDP)

(C) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde die Debatte unglaublich langweilig und mopse mich schon die ganze Zeit dahinten. Ich bin auch der Meinung, daß die Herren, die sich hier so lang und breit ausgelassen haben, doch wirklich Gelegenheit haben in den Deputationen, wo sie so einträchtig beieinanderhocken und uns aussperren, sich dort ihre Details und ihre gegenseitige Besserwisserei zur Genüge um die Ohren hauen zu können. Sie sollen hier die Öffentlichkeit und uns nicht mit diesem Quatsch langweilen!

Quatsch sage ich deshalb, weil es an der Lage der Seeleute —. Ich darf in diesem Zusammenhang einen ungehörten Zwischenruf von einem SPD-Mann dort hinten aufgreifen, einen positiven, der meinte, es ginge auch nicht immer um die Seemänner, sondern auch um die Seefrauen, denn man stelle sich doch einmal die armen Frauen vor,

(Abg. Gisela Hüller [FDP]: Seemannsfrauen!)

die da auch ein halbes Jahr allein sind und jeden Morgen einen schmucken Briefträger an sich vorbeiziehen lassen! Die leiden mindestens nun genauso, kann ich mir doch vorstellen!

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

(D) Aber sei es drum! Ich glaube nicht, daß das Problem mit so Sozialpflästerchen, wie sie hier —.

(Zuruf des Abg. Gassdorf [CDU])

Sind Sie Briefträger, Herr Gassdorf?

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß das Problem mit solchen Sozialpflästerchen zu retten ist, indem der Hafensenator hier beispielsweise erzählt, im Seemannsheim seien nun auch Bastelstunden eingeführt worden. Das hat er ja gesagt, nicht? Man faßt sich wirklich an den Kopf!

Das Problem ist aber doch — da steht meines Erachtens die CDU auch nicht besser da —, das Problem ist doch, daß die fortschreitende Rationalisierung der Seeschiffe das Schicksal der Leute eben immer unmöglicher macht. Die Schiffe werden immer größer, die Besatzungen werden immer weniger, die Hafenziegezeiten werden immer kürzer, und wenn sie im Hafen liegen, dann liegen sie draußen auf Reede. Da hilft auch kein Bus, der dann irgendwo hingestellt wird. Sie kommen dann eben nicht durch das Wasser. Alle diese Probleme gibt es doch. Das einzige, was mir doch realistisch zu sein scheint, ist doch, daß das —.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Segelschiffe wieder einführen! — Abg. Brasse [CDU]: Zurück zur Steinzeit!)

(A) Das kommt sowieso, darüber brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten. Das proben ja schon fortschrittliche Länder, nur wir sind wieder zu dumm, wir setzen auf immer größere Maschinen. Die Segelschiffe werden nicht das Problem sein!

Das Problem wird sein — was die Seeleute ja auch fordern —, daß sie einen genauso langen Urlaub erhalten, wie ihre Fahrt gedauert hat, und zwar unmittelbar nach der jeweiligen Fahrt. Das würde ich für angemessen halten, darüber hat hier heute aber noch keiner etwas gesagt.

Wenn Sie weiter meinen, daß mit Rationalisierung der Seeschifffahrt etwas zu machen sei, dann sind Sie in genau dem gleichen Teufelskreis wie bei der Rationalisierung in der Fischerei mit immer größeren Fangflotten, für die immer mehr in die Interventionsstützung gegeben werden muß. Auf deutsch gesagt, es müssen immer mehr Fische sinnlos vernichtet werden, damit die Preise stabil gehalten werden können. Vor diesem Wahnsinn stehen Sie hier doch, und zwar CDU, SPD und FDP gleichermaßen, denn Sie unterstützen ja alle die Rationalisierung von immer weiteren Großschiffeinheiten.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Wie machen Sie das denn?)

Wir schlagen vor, daß der Senat einmal den Mut aufbringt, sich mit den anderen deutschen Küstenländern in Verbindung zu setzen, Schritte und Maßnahmen vorschlägt und ergreift, die darauf hinauslaufen, daß Schiffe nur mit einer bestimmten Mindestspezifikation auch deutsche Häfen anlaufen dürfen. Wir hatten das schon seinerzeit bei der Frage der Tanker.

(B) Warum sollten nicht die Deutsche Bucht oder die deutschen Häfen nur Schiffe anlaufen, die einen doppelten Boden haben? Warum sollen nicht die deutschen Häfen nur Schiffe anlaufen, die gewisse Mindeststandards aufweisen, und wenn sie die nicht haben, kommen sie nicht hinein! Dann wollen wir doch einmal sehen, was da los ist! Wenn die Häfen sich einig sind, ist da vielleicht eine Möglichkeit.

Das gleiche gilt für die soziale Ausstattung der Besatzungen. Warum sollen Schiffe noch hereingelassen werden, deren Besatzungen eben tatsächlich derartig ausgebeutet werden, daß da Konkurrenz natürlich nicht mehr möglich ist? Warum werden solche Schiffe nicht zurückgewiesen? Die andere Möglichkeit wäre, daß der Hafensenator — er kann das ja sehr leicht über die Gebührenordnung — von denen eben kompensatorische Gebühren abschöpft. Solche Schiffe bezahlen eben mehr, und das Mehr geht anschließend an die Reeder, die damit sozusagen die sozialen Unterschiede, die sie nun ganz klar gegenüber den Billigländern zu tragen haben, ausgleichen können.

Bitte sehr, Herr Gassdorf!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? (C)

Abg. Dinné (BGL): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Gassdorf!

Abg. Gassdorf (CDU): Kollege Dinné, ich bin bereit, aufmerksam zuzuhören, aber ich bitte um eine Hilfe! Sie reden immer nur, welche Schiffe. Die bremischen Häfen werden nur von bestimmten Schiffskategorien mit bestimmten Funktionen angefahren. Sie müßten schon deutlich machen, welche Sie meinen, damit wir dann auch hinterher wissen, wen wir ablehnen können. Ich kenne zur Zeit kein Kriegsschiff, das abgelehnt werden könnte aufgrund der Kriterien, Grundlagen, Vorschriften, Versicherungskriterien, wie auch immer, aber ich möchte gern dazulernen. Sagen Sie es mir bitte! Sonst ist es zu allgemein, und dann müßte ich den Ball zurückgeben und sagen, daß Sie nun wirklich nichts auf der Pfanne haben. Wir haben uns wenigstens noch bemüht.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Fragen Sie Herrn Dinné doch etwas Leichteres!)

Abg. Dinné (BGL): Ich werde auf Herrn Fischer noch eingehen! Herr Gassdorf, wir unterhalten uns darüber, um die Öffentlichkeit nicht weiter zu langweilen, in der Deputation. Sie haben ja nachher Gelegenheit, dem Geschäftsordnungsantrag auf Fraktionsstatusänderung zuzustimmen, dann können wir in Ruhe über Schiffstypen reden und über Größen und über doppelte Böden, stundenlang, bis Ihnen die Sache zum Hals heraushängt, wie sie uns hier zum Hals herausgegangen hat. (D)

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Wenn Sie das heraushängen wollen, möchte ich auch nicht, daß Sie da hineinkommen!)

Sie haben also Angst vor der Detailauseinandersetzung, darf ich das aus der Antwort entnehmen?

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Meinen Sie tatsächlich, daß politische Probleme sich damit lösen lassen, daß wir hier in der Bürgerschaft die letzten kleinen Details auseinanderpflücken und uns gegenseitig um die Ohren hauen und in einer beckmesserischen Besserwisseri hier vorgehen?

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Ich fände es gut, wenn Sie als Regierungsfraktion auch den Senat auffordern würden, in der Weise tätig zu werden, daß da bestimmte Mindestspezifikationen eben nur noch miteinander konkurrieren in deutschen Seehäfen und daß auf diese Weise Probleme gelöst werden, die sich hier mit stundenlangen Debatten überhaupt nicht regeln lassen. Das wissen Sie doch genauso, Herr Beckmeyer, nehme ich an, da wollen wir doch gar nicht in die Details gehen. Über die Details kann man sich wahrscheinlich sehr schnell verständigen, aber das Prinzip

(A) müssen Sie erst einmal aufgreifen und überhaupt für sinnvoll halten, dann kann man da weitermachen.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Da liegt der Teufel eben im Detail! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Beckmeyer, Sie können sich doch melden! Machen Sie doch nicht immerfort Zwischenrufe! — Bitte sehr!

Abg. Dinné (BGL): Ich möchte die Sache abschließen mit einem Zitat von Herrn Gassdorf, glaube ich, der gesagt hat, Seemann sei einer der schönsten Berufe, die es gäbe. Oder waren Sie das, Herr Schumacher? Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher. Ich kann nur sagen, daraus spricht wirklich nur wenig handfeste Erfahrung.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Das stammt leider nicht von mir!)

Dann ist das von Herrn Schumacher! Herr Schumacher, sind Sie denn überhaupt schon einmal — —

(Zuruf des Abg. Werner Fischer [CDU])

Herr Fischer, ich habe hier mein Seefahrtsbuch extra mitgebracht! Ich bin vielleicht einer der wenigen Seeleute, die hier überhaupt zur Sache reden.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Vorsichtig! — Heiterkeit — Glocke)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. Dinné (BGL): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Schumacher!

Abg. Georg Schumacher (CDU): Herr Kollege Dinné, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich bereits mit 14 Jahren meine erste Seereise gemacht habe,

(Abg. Adamietz [BGL]: Nach Helgoland!)

damals auf einem Kümo als Moses in den Ferien angeheuert bin und durchaus keine Privilegien genoß, sondern Kartoffeln schälen mußte, Rost abklopfen und so weiter, und daß sich das dann während der Schulzeit in den folgenden Jahren so weiter hingezogen hat und ich von daher durchaus in der Lage bin, Unterschiede zwischen verschiedenen Schiffstypen und die Entwicklung in den letzten 20 oder 25 Jahren zu beurteilen?

Abg. Dinné (BGL): Herr Schumacher, sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die von Ihnen eben geschilderte Jugendidylle weiß Gott mit dem heutigen Seemannsberuf nur noch ganz wenig zu tun hat? Darauf können wir uns doch vielleicht verständigen. — Vielen Dank! Ich will das jetzt hier nicht ausweiten.

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nur mitteilen, es ist jetzt 15.50 Uhr. Wir haben zehn Tagesordnungspunkte mit Debatte, bei denen zum Teil eine halbe Stunde für den ersten Redner vorgesehen ist. Wir sind jetzt bei Punkt drei, wenn ich es richtig sehe. Ich würde Sie also alle ermuntern, daß wir uns gemeinsam am Riemen reißen, daß wir bis morgen abend die Tagesordnung abarbeiten. Wenn es so weitergeht, wie es bislang gegangen ist, werden wir es vermutlich nicht schaffen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 16.10 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 15.50 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.10 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir hatten Punkt drei abgeschlossen.

Ich stelle noch einmal fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort zu diesem Punkt Kenntnis.

Ich muß korrigieren, was ich vorhin sagte, daß wir noch zehn Tagesordnungspunkte haben, für die Beratung vorgesehen ist. Es sind dreizehn, weil noch drei Punkte im nachhinein auf die Tagesordnung gekommen sind. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Gesetz über die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Antrag der Fraktion der SPD
vom 10. November 1980
(Drucksache 10/355)
1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Maßnahmen zum Abbau der beruflichen Nachteile für Frauen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. November 1980
(Drucksache 10/359)

Dazu

(C)

(D)

(A) Änderungsantrag der Gruppe der BGL

vom 12. November 1980
(Drucksache 10/364)

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 10/359 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer Sitzung beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft (Landtag) hat die erste Lesung über den Gesetzesantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/282, in ihrer Sitzung am 14. Oktober 1980 unterbrochen.

Inzwischen hat die Fraktion der SPD eine Neufassung ihres Gesetzesantrags vorgelegt. Die Neufassung mit der Drucksachen-Nummer 10/355 liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/359 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Gisela Hüller, Lahmann und Fraktion der FDP. Der Antrag ist im Wortlaut an die Abgeordneten verteilt worden.

Der Änderungsantrag Drucksache 10/364 ist unterschrieben von den Abgeordneten Josette Delphine Brox, Adamietz und Gruppe der BGL. Der Antrag liegt Ihnen ebenfalls vor.

Drucksache 10/359

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die vorhandene Ungleichbehandlung der Frau in unserer Gesellschaft nach wie vor besteht. Sie kann aber nicht durch Deklamationen oder besondere Beauftragte, die letztlich eine Beruhigungs- und Alibi-funktion haben, beseitigt werden, sondern nur durch konkrete Maßnahmen.

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf:

- Zur Verbesserung der Situation von Mädchen und Frauen in Beruf und Arbeitswelt private und öffentliche Unternehmen, die öffentliche Zuschüsse erhalten, zu verpflichten, bei Vorlage der Bilanz auch über die Personalstruktur des Unternehmens zu berichten sowie über ihre Anstrengungen, Frauen gleiche Chancen zu geben.
- Zur Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und Frauen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüsse, Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber bei Einstellung beziehungsweise Qualifizierung oder Eingliederung von Arbeitslosen) stärker dafür zu nutzen, Mädchen und Frauen in frauenuntypische Berufe einzugliedern.
- Zur gerechten Lohnfindung generell das bisherige System der Arbeitsplatzbewertung zu überprüfen. Aufgrund der Erkenntnisse der heutigen Arbeitsphysiologie und -psychologie erscheint es notwendig, zu neuen Tätigkeits- und Anforderungsmerkmalen beziehungsweise zu einer anderen Bewertung zu kommen, wenn zwischen Männern und Frauen eine gerechte Lohnverteilung erreicht werden soll. Dabei müßten im stärkeren Maße als bisher die Beanspruchung der Sinne und Nerven, die Erträglichkeit der Arbeit und die Zumutbarkeit berücksichtigt werden.
- Zur beruflichen Bildung bei außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten durch Auflagen zu

sichern, daß gewerblich-technische Berufe stärker als bisher für Mädchen geöffnet werden.

- Zur Förderung der partnerschaftlichen Erziehung darauf hinzuwirken, daß eine möglichst frühzeitige Schullaufbahn- und Berufsberatung erfolgt, die die Aufgaben in Familie und Beruf als gleichwertige, auch als einander nicht ausschließende Möglichkeiten zur personalen Entfaltung für beide Geschlechter einschließt.
- Verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen.
- Zur Verbesserung der bisherigen Stellenbesetzungspraxis (vergleiche die Antwort des Senats vom 13. Oktober 1980 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 18. September 1980, Drs. 10/322) mehr leitende Positionen im öffentlichen Dienst im Land Bremen und in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven mit Frauen zu besetzen.

Drucksache 10/364

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Dem Antrag der Fraktion der FDP wird folgender Absatz angefügt:

„Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, als weiteres Zeichen für die Bereitschaft, Benachteiligungen der Frauen konkret abzubauen, das Bremer Frauenhaus im öffentlichen Haushalt abzusichern, um die dort angebotene Hilfe zur Selbsthilfe öffentlich anzuerkennen und die Diskriminierung der Frauen, die mit der jetzigen Sozialhilfeverordnung nach dem Bundessozialhilfegesetz verbunden ist, aufzuheben.“

Wir setzen die erste Lesung über den Gesetzesantrag der Fraktion der SPD, und zwar über die Neufassung, Drucksache 10/355, fort.

Die gemeinsame Beratung über den Gesetzesantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/355, über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 10/359, sowie über den Änderungsantrag der Gruppe der BGL, Drucksache 10/364, ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klatt.

Abg. **Klatt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben die Neufassung unseres Gesetzentwurfs vorgelegt, und ich möchte einige Anmerkungen zu dieser Neufassung machen. Bevor wir dieses Gesetz in einer Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion beraten haben, stellten wir uns zwei Fragen: Erstens: Wie kann die volle Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft verwirklicht werden? Zweitens: Wie erhalten wir durch die gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung, die auch Bestandteil des Grundgesetzes ist, die Gleichstellung der Frau?

Wir haben uns diese Fragen gestellt und untersuchten daraufhin die Programme der hier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, und zwar die Programme zur Bürgerschaftswahl vor gut einem Jahr. Die Grünen haben ein Blatt herausgegeben, Nummer 2, in dem sie die Gleichberechtigung im Beruf, Abschaffung der Leichtlohngruppen und Abbau der Arbeitslosigkeit fordern. Wir können das voll unterstreichen, das wollen wir auch, aber die Grünen haben es sich sehr einfach gemacht, sie schlagen keine Lösungsmöglichkeiten vor. Sie haben

(B)**(C)****(D)**

(A) nur gesagt, wir fordern das, sie haben aber nicht gesagt, wie sie dies verwirklichen können, meine Damen und Herren.

Die FDP hat in ihrem Programm zur Bürgerschaftswahl auf Seite acht folgendes gefordert: Sie tritt dafür ein, daß die Frau eine Gleichstellung im Berufsleben erhält und fordert ein Antidiskriminierungsgesetz. Das ist also der Leittext der FDP, im Grunde genommen schon eine Möglichkeit der Lösung.

Die CDU hat in ihrem Programm zur Bürgerschaftswahl auf Seite 20 einige Forderungen aufgestellt: Gleichstellung im Beruf, Förderung des freiwilligen Jahres im Rentenbereich, Abbau der Benachteiligungen. Das sind im Grunde genommen Forderungen, die man im großen und ganzen natürlich unterstützen kann. Die CDU sagt aber auch nicht, wie man dies verwirklichen kann. Die CDU spricht von der Offensive für die Frauen, aber sie bietet keine Lösungsmöglichkeiten an.

Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm, dem Bremen-Plan, auf Seite 81 folgendes gefordert: Einrichtung einer Gleichstellungsstelle mit dem Auftrag, Gesetze, Verordnungen und Programme daraufhin zu überprüfen, ob sie den Gleichstellungsprozeß fördern oder hemmen. Ferner soll dieses Amt, also die Gleichstellungsstelle, Förderungsprogramme propagieren, Diskriminierungen vorbeugen und das verfassungsrechtlich verankerte Gleichheitsgebot im Bereich Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft verwirklichen.

(B) Wir haben also unseren Wählern vor der Bürgerschaftswahl die Probleme aufgelistet und haben auch gleich gesagt, wie wir diese Probleme lösen wollen, nämlich indem wir eine Zentralstelle schaffen, die sich um diese Aufgaben kümmert. Wir haben das Vertrauen der Wähler bekommen, uns haben letztes Mal rund 210 000 Menschen gewählt, und deshalb wollen wir dieses Wahlversprechen, das wir vor der Bürgerschaftswahl gegeben haben, durch dieses Gesetz einlösen. Das ist der Auftrag.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dann geprüft, welche Lösungsmöglichkeiten wir im Rahmen dieser Gleichstellungsstelle der Bürgerschaft vorstellen können. Wir haben drei Lösungsmöglichkeiten in dieser Arbeitsgruppe diskutiert, und zwar als erste Möglichkeit die Schaffung einer Referentenstelle durch Ermächtigung der Finanzdeputation. Das wurde im letzten Haushaltsgesetz bereits verankert. Als zweite Möglichkeit wurde die Schaffung einer Gleichstellungsbehörde durch eine Verordnung des Senats diskutiert, und als dritte Möglichkeit wurde die Schaffung einer Landesbehörde durch ein Landesgesetz vorgesehen, das in der Bremischen Bürgerschaft verabschiedet werden sollte.

Wir meinen, wenn wir die Erfahrungen auf Bundesebene dabei berücksichtigen und auch den Bericht der Enquetekommission, die auf Bundesebene getagt hat, und auch die Anhörung, die meine Fraktion am 3. 9. 1980 durchgeführt hat, daß im

(C) Grunde genommen die Rechte der Frauen durch ein Gleichstellungsgesetz am besten verwirklicht werden. Durch ein Gesetz, das hier in der Bürgerschaft verabschiedet wird, wird die Stelle stärker verankert, und es erfolgt eine stärkere Anbindung an das Parlament, zum Beispiel durch die jährliche Berichtspflicht in diesem Parlament.

Wir haben auf Bundesebene, die Erfahrungen liegen jetzt vor, folgende Situation: In Hamburg gibt es seit dem 1. Januar 1979 eine Leitstelle für die Gleichstellung der Frau, die der Senatskanzlei angegliedert ist. Diese Leitstelle hat in etwa die Funktion oder die Struktur eines eigenen Amtes, hat aber im Grunde genommen kaum Kompetenzen.

In Nordrhein-Westfalen besteht seit 1976 die Stelle einer Frauenbeauftragten, die im Grunde genommen auch keine Funktion hat, sie dient mehr als Alibifunktion, die der Abteilung Jugend und Familie, dem Referat Frauenfragen, untergeordnet ist.

(Abg. Kudella [CDU]: Auch Alibifunktion!)

In Hessen besteht seit 1979 eine Zentralstelle für Frauenangelegenheiten, die bei der Staatskanzlei angegliedert ist. Sie ist im Grunde genommen aber auch ohne Aufgabenbereich.

In Rheinland-Pfalz besteht seit dem 1. Januar 1980 ein Referat für Frauenpolitik, das aber auch ohne Aufgabenbereich ist.

(D) In Berlin besteht die Stelle einer Leiterin, aber im Grunde genommen auch mit wenig Kompetenzen.

In Niedersachsen besteht seit 1977 im Sozialministerium eine Referentenstelle, und in Bayern gibt es eine Frauenreferentenstelle, die die einzige Kompetenz hat, die Geschäftsführung für den Bayerischen Frauenlandesrat zu bearbeiten. Mehr Kompetenzen hat sie nicht.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klatt, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dinné anzunehmen?

Abg. Klatt (SPD): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dinné!

Abg. Dinné (BGL): Damit ich Ihren weiteren Ausführungen auch folgen kann, können Sie mir vorher einmal erklären, was eine Stelle ohne Aufgabenbereich ist, damit ich weiß, ob das sinnvoll ist?

(Abg. Erfurth [CDU]: Da gibt es diverse!)

Abg. Klatt (SPD): Herr Dinné, wenn Sie einen Augenblick Ruhe geben und zuhören, ich komme gleich noch darauf, weil ich dies als Begründung benutze, dann werde ich Ihnen das gleich sagen. Einverstanden?

(Beifall bei der SPD)

(A) Meine Damen und Herren, wir haben also erkennen können, daß im Grunde genommen die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer für unsere Maßnahmen in Bremen nicht richtungweisend sein konnten, weil es dort kein Landesgesetz und keine Berichtspflichten gegenüber dem Parlament gibt, weil die Frauen, die dort also gewisse Funktionen wahrnehmen, im Grunde genommen nur eine Alibi-funktion haben, mehr nicht.

Meine Fraktion hat am 3. 9. dieses Jahres eine öffentliche Anhörung durchgeführt, und wir haben dabei unser Gesetz vorgestellt. Die Frauenorganisationen des Landes Bremen, die Arbeitnehmerkammern und die Gewerkschaften waren zu dieser Anhörung eingeladen. Ich meine, die Demokratie erschöpft sich nicht darin, daß die Parlamentarier selbstherrlich Gesetze beschließen, sondern wir meinen, von der Basis aus sollten wir diese Willensbildung entgegennehmen und versuchen, den Wählerwillen durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Aufzählung, die jetzt folgt, ist keine Wertung, sondern alphabetisch geordnet. Die Angestelltenkammer schreibt, sie begrüße außerordentlich den Gesetzentwurf, der sich speziell mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau beschäftigt und die Gleichberechtigung durch eine staatliche Zentralstelle verwirklichen will. Dann kommen noch einige Änderungsvorschläge, die wir aber im großen und ganzen auch übernommen haben.

(B) Die Arbeiterkammer schreibt an die SPD-Fraktion des Landes Bremen, daß sie ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem geplanten Gesetzentwurf erteilt, und schlägt einige Änderungen vor. Die Arbeiterwohlfahrt schreibt, daß die Einrichtung einer Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau sehr begrüßt werde. Der Bremer Frauenausschuß e. V. schreibt: „Deshalb sollte der Gesetzentwurf auch nicht von Verwirklichung von Gleichberechtigung, sondern von Gleichstellung sprechen.“ Darüber könnte man reden, aber der Frauenausschuß befürwortet unsere Gesetzesinitiative, er sagt, jawohl, wir wollen ein Landesgesetz.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Zitieren Sie doch einmal ganz!)

Werden Sie nicht unruhig, Herr von Schönfeldt, Sie haben die Stellungnahme sicherlich ganz genau gelesen!

In Ziffer eins schreibt der Bremer Frauenausschuß: „Zielsetzung und Aufgaben sollen in der Verordnung festgelegt werden.“ Das ist richtig, aber trotzdem sollte ein Landesgesetz konzipiert werden. Nur die Ziele und Aufgaben sollten in einer Verordnung festgelegt werden. Darüber könnte man reden. Wir meinen, daß es besser wäre, alles in einem Gesetz zu verankern, und zwar wegen der Übersicht und auch wegen der Möglichkeit, hier im Parlament etwas zu verändern, denn Verordnungen

(C) sind Sache des Senats. Wir meinen, daß die Legislative auch das Recht hat, in dieser speziellen Frage ein eigenes Gesetz zu verabschieden.

Die DAG, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, schreibt: „Die DAG begrüßt grundsätzlich die Errichtung einer solchen Stelle. Mit diesem Gesetz soll die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz durchgesetzt werden.“

Der Deutsche Beamtenbund — wir kommen sicher als SPD nicht in den Verdacht, daß der Deutsche Beamtenbund uns immer wohl gesonnen ist — schreibt am 10. Oktober 1980: „Die Landesfrauenvertretung weist auf den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf hin und bittet alle Gremien des Deutschen Beamtenbundes und die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes persönlich um weitreichende Unterstützung zum Erlaß dieses Gesetzes.“

Der Deutsche Evangelische Frauenbund begrüßt dieses Gesetz, macht einige Änderungsvorschläge, aber begrüßt dieses Gesetz.

Der Deutsche Familienverband schreibt: „Wegen der Wichtigkeit des von Ihnen aufgezeigten Problems möchten wir Sie aber wissen lassen, daß von unserem Verband keine Einwände gegen das beabsichtigte Gesetzesvorhaben erhoben werden.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt: „Die Initiative der SPD-Fraktion wird aufs äußerste begrüßt.“

(D) Der Deutsche Hausfrauenbund e. V.: „Wir stimmen mit Ihnen darin überein, daß es zweckmäßig ist, Zielsetzungen und Aufgaben und Durchführung in einem Gesetz festzulegen.“ Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband schließt sich dieser Meinung an und meint, wir sollten ein Gesetz machen.

So geht das weiter zum Deutschen Verband Berufstätiger Frauen, der auch das Gesetz unterstützt. Von der Handelskammer wird dieses im Namen der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven unterstützt. Im Namen der Handwerkskammer wird geschrieben, daß sie die Gesetzesinitiative begrüßt. Es werden dann einige Änderungsvorschläge gemacht, die wir aber bereits eingearbeitet haben. Als letzter Verband hat sich der Landesverband der evangelischen Frauenhilfe gemeldet und die Initiative der SPD begrüßt.

Was will ich damit sagen? Ich will Sie hiermit nicht langweilen, ich meine aber, daß es wichtig ist, daß alle Organisationen der Frauen, alle Arbeitnehmerkammern im Land Bremen, alle Gewerkschaften, vom Deutschen Beamtenbund über den DGB zur DAG, unsere Initiative begrüßen. Ich rufe Sie auf, nicht gegen die Stimmen dieser Arbeitnehmerorganisationen und Frauenorganisationen zu entscheiden, die im Grunde genommen ja alle Arbeitnehmer und Nichtarbeitnehmer im Land repräsentieren. Ich meine, daß Sie da aufgerufen sind, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Wir können zwar über einige Änderungen reden, im Grunde

(A) genommen sollten Sie aber ja sagen zu dem Gesetzesentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten die öffentliche Anhörung meiner Fraktion am 3. 9. 1980 zu diesem Thema. Uns liegt jetzt der Bericht der Enquetekommission „Frau und Gesellschaft“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1977, Drucksachen-Nummer 8/4461, vor. Den Vorsitz in diesem Ausschuß hatte Frau Ursula Schleicher von der CDU/CSU-Fraktion, stellvertretende Vorsitzende war Frau Dr. Helga Timm von der SPD-Fraktion. Wenn Sie diesen Bericht der Enquetekommission einmal intensiv gelesen haben — ich habe mir die Mühe gemacht, ihn einigermaßen intensiv zu lesen —, stellen Sie fest, meine Damen und Herren, auch an die Adresse der FDP, daß dort einige Forderungen aufgestellt wurden. Zum Antidiskriminierungsgesetz wird gesagt: Die Enquetekommission hat die Einführung diskutiert, sie ist zu der Auffassung gekommen, daß ein solches Gesetz, wenn es nur generalklauselartigen Charakter hat, im Grunde genommen nicht ausreicht, die Diskriminierung abzuschaffen. Zu diesem Schluß kommt diese Enquetekommission.

Weiter schlägt die Enquetekommission vor, neue gesetzliche Regelungen zur Verhinderung der Diskriminierung der Frau zu erlassen. Das wollen wir ja jetzt, wir machen eine gesetzliche Regelung. Wir befinden uns also mit der Enquetekommission des Bundestages in voller Übereinstimmung.

(B) Weiter wurde von der Enquetekommission gesagt: In der Anhörung wurde jedoch deutlich, daß die bei einzelnen Bundesländern eingerichteten Stellen nicht die Kompetenzen haben, die sie für erforderlich halten. Die Enquetekommission schlägt deshalb vor, daß die Bundesländer, die bereits derartige Stellen eingerichtet haben, die Forderung einer sachgerechten Kompetenzerweiterung erfüllen.

Das machen wir, wir sagen, das, was die anderen falsch gemacht haben, wiederholen wir nicht, sondern wir wollen eine Kompetenzerweiterung. Wir binden diese Stelle direkt beim Parlament an durch ein Landesgesetz. Wir haben diese Forderungen im Grunde genommen erfüllt. Das war ein einstimmiger Beschluß aller Parteien im Deutschen Bundestag.

Weiter sagt diese Enquetekommission, diese Stelle, also die Zentralstelle, sollte die Koordinierung auf hoher Ebene zur Aufgabe haben, verbunden mit dem Vorschlagsrecht für weitere gesetzliche Regelungen. Dies haben wir bei uns eingebaut, wir haben das Vorschlagsrecht, wir haben die Möglichkeit, Gesetze zu überwachen, zu überprüfen. Das genau haben wir eingebaut. Hier wird weiter gefordert die Durchsetzung von Gesetzesvorhaben.

Weiter, das ist nach meiner Meinung der wichtigste Punkt überhaupt, der hier in der Enquetekommission beschlossen wurde, heißt es, die Stelle sollte eine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament

haben. Das ist die wichtigste Forderung dieser Stelle. (C)

Gerade das haben wir in unser Gesetz eingebaut. Wir gehen also wesentlich weiter als alle anderen zehn Bundesländer einschließlich Berlin. Wir befinden uns voll auf der Grundlage dieser Beschlüsse im Bundestag, voll auf der Grundlage der relevanten Frauenverbände und der Arbeitnehmergemeinschaft hier im Land Bremen und meinen, daß aus diesem Grund das Gesetz möglichst einstimmig hier in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen werden sollte.

Jetzt aber bitte zu einigen Punkten aus unserem Gesetzesentwurf! Ich verhehle dabei nicht, daß wir die erste Lesung heute vornehmen, aber die erste Lesung dient ja dazu, daß bis zur zweiten Lesung eventuell einige Dinge noch geändert werden könnten. Das ist völlig klar, wir sind nicht so selbstherrlich und sagen, wir haben alles richtig gemacht.

(Abg. Willers [BGL]: Das ist aber eine Ausnahme!)

Wenn Sie konstruktive Beiträge haben, wären wir unter Umständen bereit, ihre Vorschläge einfließen zu lassen, weil wir auch meinen, daß es wichtig wäre, daß dieses Gesetz in der Bremischen Bürgerschaft eine breite Mehrheit findet. Völlig klar, im Interesse der Frauen! Wir haben also dieses Gesetz — —.

(Unruhe auf dem Besucherrang) (D)

Ich meine, vielleicht können Sie darüber lachen, aber das zeigt nur, wie unwichtig Sie diese Sache nehmen, wenn Sie über dieses ernste Problem lachen können!

(Beifall bei der SPD)

In Paragraph 1 ist festgelegt, daß wir eine Landesbehörde errichten wollen. In Paragraph 1 Absatz 2 wird dargestellt, daß der Senat ein Vorschlagsrecht für die Besetzung der Landesbehörde hat. Der Senat schlägt jemanden vor, und wir, die Bürgerschaft, wählen. Mehr nicht, der Senat hat das Vorschlagsrecht!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Klatt, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Klatt (SPD): Herr Präsident, ich brauche vielleicht noch vier Minuten!

In Paragraph 2 wird festgestellt, welche Aufgaben die Stelle haben soll. Die Stelle soll Anregungen, Vorschläge und Entwürfe zu Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats erarbeiten. Dann soll diese Stelle mit den Gewerkschaften und natürlich auch mit den Personal- und Betriebsräten zusammenarbeiten. Wir meinen, daß es wichtig ist, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und nicht nur mit Betriebsräten und mit den Frauenver-

(A) bänden und mit den frauenrelevanten Organisationen.

Dann sollte diese Frauenstelle auch einzelne Anregungen und einzelne Beschwerden entgegennehmen, sie soll diese Beschwerden natürlich nicht selbst bearbeiten, das kann sie zeitlich gar nicht schaffen. Sie soll diese Beschwerden an die senatorischen Dienststellen, die dafür zuständig sind, weiterleiten, soll aber die Beantwortung dieser Beschwerden überwachen. Diese Aufgabe muß sie haben, das wollen wir festlegen.

Dann haben wir auch dem Votum der Arbeitnehmerkammern und auch der Handelskammer in Bremen und in Bremerhaven Rechnung getragen. Der Paragraph 2 Absatz 3 sollte wie folgt gefaßt werden: „Die Zentralstelle ist berechtigt, alle für die Aufgaben der Zentralstelle bedeutsamen Informationen von Behörden des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, bei letzterer im Rahmen der Aufsicht des Landes, einzuholen und Einsicht in die Unterlagen und Akten zu nehmen, die im Zusammenhang mit den Aufgaben der Zentralstelle stehen.“ Bremerhaven als juristische Person des öffentlichen Rechts, Kommune Bremerhaven, und die Stadtgemeinde Bremen!

Dann wird weiter gesagt, „gegenüber sonstige der Aufsicht des Landes Bremen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts“. Dies sind alle Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, zum Beispiel die Ärztekammer, Zahnärztekammer, die Ortskrankenkasse, die Innungskrankenkasse, die Handelskammer, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer. Also, alle juristischen Personen, die der Aufsicht des Staats unterliegen, werden durch diesen Gesetzestext erfaßt. Wir sind aber nicht befugt, Akten einzusehen, aber wir möchten die Möglichkeit haben, planungsrelevanteren Daten anzufordern. Das Datenschutzgesetz unterscheidet zwischen personenbezogenen und planungsrelevanten Daten. Wir möchten zum Beispiel wissen, ob Mädchen für gewisse Berufe der freien Wirtschaft eingestellt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, die Formulierung des Paragraphen 2 Absatz 3 soll sicherstellen, daß die Selbstverwaltungsrechte nach Verfassungsrecht und Gesetzen, wie sie für die Stadtgemeinde Bremerhaven und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, also Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, bestehen, mit diesem Gesetz nicht angetastet werden. Ich habe diesen Satz wortwörtlich vorgelesen, weil diese Formulierung auch Intention der Handelskammer und der Arbeitnehmerkammern in Bremen ist.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch drei kurze Sätze: Wir wollen das Landesbesoldungsgesetz ändern und möchten die Leiterin der Zentralstelle nach B 3 besolden. Ich meine, daß wegen der Bedeutung dieser Stelle eine

Besoldung nach B 3 gerechtfertigt ist. Die Amtszeit soll nach unserer Auffassung zwölf Jahre betragen. Die Leiterin soll für eine längere Amtsperiode ihre Aufgaben wahrnehmen können, und wir meinen, es müßten zwölf Jahre sein, vergleichbar mit der Amtszeit der Ortsamtsleiter oder mit der Amtszeit der Magistratsvertreter in der Seestadt Bremerhaven.

Ich komme zum Schluß und sage, daß wir durch dieses Gesetz keine Gleichmacherei wollen, sondern gleiche Chancen für Männer und Frauen in unserem Land, und dazu sollte diese Gleichberechtigungsstelle beitragen. — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hüller.

Abg. Gisela **Hüller** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor einem Monat haben wir uns eingehend mit dem Gesetzentwurf der SPD über die Errichtung einer Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau befaßt und dazu Stellung genommen, ob das von der SPD-Fraktion beabsichtigte Ziel, nämlich das im Artikel 3 des Grundgesetzes garantierte Gleichheitsgebot von Mann und Frau wirksamer in die Praxis umzusetzen, durch die Errichtung einer solchen Zentralstelle erreicht werden kann. Allein die Tatsache, daß sich sowohl Parlamente, wie jetzt die Bremische Bürgerschaft, als auch zahlreiche andere Institutionen damit zu beschäftigen haben, wie dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes Rechnung getragen werden kann, zeigt bereits, daß Gesetzesnorm und Gesetzeswirklichkeit weit auseinanderklaffen.

Wir sind uns dessen in diesem Haus auch bewußt, und es sind und waren auch gerade die Freien Demokraten, die sich sowohl auf Bundes- wie auf Gesetzesnorm und Gesetzeswirklichkeit weit auswenden.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte das an drei landespolitischen Themen beweisen.

Noch bevor der Bundestag das Unterhaltsvorschußgesetz verabschiedet hatte, haben die Freien Demokraten in diesem Haus den Antrag gestellt, auf Landesebene in Form eines modellhaften Versuchs eine Unterhaltsvorschußkasse einzurichten, um allen Kindern aus geschiedenen Ehen den ihnen zustehenden Unterhalt zu garantieren und um Frauen das oft lange dauernde Streiten um Unterhaltszahlungen abzunehmen.

Nach unseren Vorstellungen sollte diese Unterhaltsvorschußkasse für alle Kinder eintreten und nicht nur für eine bestimmte Altersgruppe. Dies war ein konkreter Beitrag von uns. Das Bundesgesetz ist leider hinter diesen Vorstellungen zurückgeblieben.

(C)

(D)

(A) Zweitens: Wir sind dafür eingetreten, das bislang einzige autonome Frauenhaus im Land Bremen durch Globalzuschüsse zu finanzieren, um der von allen Frauenhäusern in der Bundesrepublik stark empfundenen Diskriminierung bei einer Finanzierung über das Bundessozialhilfegesetz ein Ende zu bereiten.

(Beifall bei der FDP — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden uns in Zukunft schließlich auch dafür einsetzen, daß Projekte wie Pro Familia Bremen weiter bestehenbleiben und weiter finanziert werden.

(Beifall bei der FDP)

Bundesweit aber setzen wir uns nach wie vor für ein Antidiskriminierungsgesetz ein, das sicherstellen soll, daß die grundgesetzliche Regelung nach gleichen Rechten auch im praktischen Leben befolgt wird. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß nur ein solches Bundesgesetz in der Lage sein kann, der Frau einen unmittelbaren Rechtsanspruch auf Verwirklichung der Gleichberechtigung zu geben. Daran wollen wir weiterarbeiten. Aber wir wollen uns nicht zufriedengeben, meine Damen und Herren, mit Deklamationen, mit Beruhigungs- und Alibifunktionen, auch wenn sie noch so gut gemeint sind.

(Beifall bei der FDP)

(B) Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß hier ein Problem mit Hilfe einer zusätzlichen Bürokratie gelöst werden soll, die keine wirksamen Instrumente besitzt, um die noch vorhandene Ungleichbehandlung abzubauen und die völlige Gleichberechtigung herzustellen. Die Zentralstelle, die hier installiert werden soll, hat weder ein Klagerecht noch hat sie Untersuchungs- und Ahndungsmöglichkeiten, noch kann sie kostenlosen Rechtsbeistand gewähren. Sie läuft vielmehr Gefahr, Wünsche und Hoffnungen bei den betroffenen Frauen zu wecken, die letztendlich nicht erfüllt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Diese Einschätzung verstärkt sich auch noch, meine Damen und Herren, wenn man den neu formulierten Gesetzentwurf der SPD-Fraktion kritisch betrachtet, und den sehen wir, Herr Klatt, etwas negativer als Sie. Nachdem nun seit der letzten Diskussion in der Bürgerschaft einige Wochen ins Land gegangen sind und Zeit war für ausführliche Diskussionen und uns nun zwischenzeitlich auch die Stellungnahmen der Bremer Frauenverbände sowie der Kammern zugegangen sind, stellen wir fest, daß der nunmehr überarbeitete Gesetzentwurf sogar noch hinter den Forderungen des Erstentwurfs zurückbleibt. Wenn seinerzeit noch davon ausgegangen wurde, daß die Zentralstelle die Befugnisse haben soll, bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts Einsicht in Unterlagen und Akten zu nehmen, so stellen wir heute fest, daß die Zentral-

stelle nur noch berechtigt sein soll, im Rahmen ihrer Aufgabenstellung planungsrelevante Daten einzusehen. Dies kann aber selbstverständlich auch der Senat.

(Beifall bei der FDP)

Die Bürgerschaft ist ebenfalls berechtigt, mit einem Antrag an den Senat heranzutreten, um diese planungsrelevanten Daten einzuholen, dazu bedarf es keiner Zentralstelle.

(Beifall bei der FDP)

Wenn in dem ersten Gesetzentwurf noch die Rede davon war, daß der oder die Landesbeauftragte einen Bericht über ihre oder seine Tätigkeit der Bremischen Bürgerschaft vorzulegen habe, und zwar unmittelbar und ohne Beeinflussung durch den Senat, wie Sie es ja auch besonders herausgestellt haben, Herr Kollege Klatt, so stellen wir allerdings heute fest, wenn wir den neuen Gesetzentwurf lesen, daß der Senat selbst jährlich einen Bericht über das Ergebnis der Zentralstelle vorzulegen hat. Der unmittelbare und unbeeinflusste Zugang der Zentralstelle zum Parlament ist damit verlorengegangen.

(Beifall bei der FDP — Abg. Adamietz [BGL]: Hört, hört!)

Wenn wir außerdem den Gesetzentwurf unter dem Aspekt betrachten, was an Forderungen der Frauenverbände in das Gesetz eingeflossen ist, dann, meine Damen und Herren — Sie haben hier zwar ein Menge Zitate der einzelnen Interessenvertreter gebracht —, wenn man aber diese Stellungnahmen kritisch prüft, dann kann man nur sagen, Fehlanzeige, absolute Fehlanzeige, denn die Anbindung der Gleichstellungsstelle beim Präsidenten des Senats findet nicht statt, eine Forderung! Dem Vorschlagsrecht für die Besetzung der Leitungsfunktion durch die Frauenorganisationen wird nicht Rechnung getragen. Die Zentralstelle hat nicht das Recht, ein Gesetz zu verhindern, das der Diskriminierung der Frau weiterhin Vorschub leistet. Ebenfalls hat die Zentralstelle kein Stimmrecht in den Deputationen.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, daß zwar die verfassungsrechtlichen Bedenken, die im ersten Gesetzentwurf noch bestanden, ausgeräumt worden sind, daß die Kompetenzen jedoch noch mehr beschnitten wurden und der Wirkungskreis noch enger gezogen wurde.

Wenn man alles dies berücksichtigt, wenn man sieht, worauf sich die voraussichtlichen Befugnisse der Gleichstellungsstelle tatsächlich reduzieren, und wenn man sieht, wie der Senat sich hier aus der Verantwortung zu schleichen versucht, dann verbietet es sich schon von selbst, sich als Gesetzgeber dafür herzugeben, den Frauen und Frauenorganisationen im Land Bremen den Eindruck vermitteln zu wollen, daß mit der Einrichtung einer solchen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichbe-

(C)

(D)

- (A) rechtigung der Frau grundlegende Veränderungen eintreten können.

(Beifall bei FDP und BGL)

Ich weiß auch nicht, meine Damen und Herren, wie mit dieser geringen Personalausstattung mit etwa zwei oder drei Mitarbeiterinnen es möglich sein soll, alle Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes sorgfältig zu überprüfen und darüber hinaus noch eigene Initiativen zu entwickeln und einzubringen. Diese Zentralstelle wird, das kann ich heute schon sagen, eines Tages im Papier ersticken. Die Bürokratie der übrigen Senatsressorts wird sich wie eine Lawine über sie wälzen, sie wird den Ansprüchen, die die Frauen und Frauenorganisationen an sie stellen, nicht gerecht werden können, auch wenn sie noch den guten Willen dazu hat.

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Frau Abgeordnete Hüller, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klatt entgegenzunehmen?

Abg. Gisela Hüller (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Ehlers: Bitte, Herr Abgeordneter Klatt!

- (B) Abg. Klatt (SPD): Frau Kollegin Hüller, stimmen Sie mir zu, daß ich erstens über die Besetzung der Stelle gar nicht gesprochen habe, ich muß mich also wundern, woher Sie wissen, daß wir zwei Leute da installieren wollen, und stimmen Sie mir zweitens weiter zu, daß ich auch gar nicht über die Anbindung der Stelle gesprochen habe, sondern daß das in die Organisationsgewalt des Senats aufgrund des Senatsgesetzes fällt? Dritte Frage: Können Sie mir sagen, ob ein Landesgesetz jetzt das Senatsgesetz ändern soll, damit wir die Befugnis haben zu entscheiden, wo eine Landesstelle angegliedert werden soll, oder soll das nicht der Senat machen?

Abg. Gisela Hüller (FDP): Ganz richtig, Herr Kollege Klatt, selbstverständlich fällt dies in die Kompetenz des Senats. Aber es wäre natürlich durchaus möglich gewesen, mindestens in Ihrem Redebeitrag anzudeuten, wohin denn diese Stelle kommen soll, denn ich könnte mir denken, daß es darüber doch Diskussionen im Senat oder in der SPD-Fraktion gegeben hat.

Zu Ihrer Frage zwei, woher ich die Zahlen genommen habe, daß diese Stelle mit etwa zwei oder drei Mitarbeiterinnen besetzt werden soll, kann ich Ihnen nur antworten, daß ich meine Informationen aus der bremischen Tagespresse habe, wo der Vorsitzende der SPD-Fraktion wörtlich zitiert wurde, indem er sagte: Aus finanziellen Gründen sei in den nächsten Jahren nicht daran zu denken, für diese Stelle mehr als zwei oder drei Planstellen zur Verfügung zu stellen. Ich glaube auch, daß das, was er sagte, realistisch ist.

(C) Ich möchte kurz noch abschließend bemerken, daß wir unsere Haltung nicht geändert haben, die wir seinerzeit schon bei der Beratung des Gesetzentwurfs in erster Lesung eingenommen haben, daß wir dieses Gesetz für nicht so gut halten, daß es den tatsächlichen Ansprüchen gerecht wird, daß wir diesem Gesetz nicht zustimmen werden, aber daß, sollte die Zentralstelle kommen, wir ihr trotzdem Erfolg wünschen. Wir werden diese Arbeit sehr aufmerksam begleiten, wir werden auch weiterhin darauf hinwirken, daß durch ein Antidiskriminierungsgesetz diese Stelle dann auch die Kompetenzen einmal erhält, die ihr tatsächlich zukommen.

Meine Damen und Herren, ich habe nur noch ein paar Minuten Zeit. Gestatten Sie mir, daß ich kurz unseren eigenen Antrag begründe! Wir sind der Auffassung, daß durch konkrete Maßnahmen, auch schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt, der Senat aufgefordert werden sollte, etwas mehr zu tun für die Gleichstellung von Mann und Frau. Wir haben Ihnen aus diesem Grund einen Antrag unterbreitet, der sicherstellen soll, daß besonders in dem Bereich der Bildung, Weiterbildung, Ausbildung, im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung, auch gerade was Teilzeitarbeitsplätze anbelangt, und auch besonders bei der Besetzung von leitenden Funktionen im öffentlichen Dienst Frauen mehr berücksichtigt werden, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Wir fordern den Senat auf, zur Verbesserung der Situation von Mädchen und Frauen in Berufs- und Arbeitswelt private und öffentliche Unternehmen, die öffentliche Zuschüsse erhalten, zu verpflichten, bei Vorlage der Bilanz auch über die Personalstruktur des Unternehmens zu berichten sowie über ihre Anstrengungen, Frauen gleiche Chancen zu geben. Sie alle wissen, die Sie Mitglieder in der Wirtschafts- und Arbeitsdeputation sind, daß die Möglichkeit besteht, bei den Firmen immer wieder darauf hinzuwirken, doch auch für Frauen entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Das tun wir ja auch ständig!)

(D) Ich weiß, Sie tun das, ich kenne die Förderungsrichtlinien selbstverständlich, sonst hätte ich einen solchen Antrag nicht gestellt. Aber dieser Antrag soll noch einmal mehr dazu beitragen, daß auch in Zukunft — die Richtlinien gibt es ja noch nicht sehr lange, seit 1979 — der Senat immer wieder darauf drängt, daß auch Frauen einen adäquaten Arbeitsplatz finden.

Wir möchten des weiteren, daß zur Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und Frauen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüsse, Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz stärker dafür zu nutzen sind, Mädchen und Frauen in frauenuntypische Berufe einzugliedern. Wir möchten zur gerechten Lohnfindung generell das bisherige System der Arbeitsplatzbewertung überprüfen, denn aufgrund der Erkenntnisse der heutigen Arbeitsphysiologie

(A) und -psychologie erscheint es notwendig, zu neuen Tätigkeits- und Anforderungsmerkmalen beziehungsweise zu einer anderen Bewertung zu kommen, wenn zwischen Männern und Frauen eine gerechte Lohnverteilung erreicht werden soll.

(Beifall bei der FDP)

Hier ist besonders der öffentliche Dienst angesprochen.

Wir möchten des weiteren, daß zur beruflichen Bildung bei außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten durch Auflagen gesichert wird, daß gewerblich-technische Berufe stärker als bisher für Mädchen geöffnet werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir möchten ferner den Senat auffordern, darauf hinzuwirken, daß zur Förderung der partnerschaftlichen Erziehung eine möglichst frühzeitige Schullaufbahn- und Berufsberatung erfolgt, die die Aufgabe in Familie und Beruf als gleichwertige, auch als einander nicht ausschließende Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung für beide Geschlechter einschließt, und wir möchten des weiteren den Senat auffordern, verstärkt dafür zu sorgen, daß noch mehr Teilzeitarbeitsplätze — wir erkennen die Bemühungen des Senats an, Herr Kollege Fischer — für Frauen geschaffen werden.

(Abg. Schmidt [SPD]: Aber nicht nur beim Senat!)

(B)

Nicht nur beim Staat selbstverständlich, aber es wäre auch im öffentlichen Dienst wünschenswert, dort noch mehr Teilzeitarbeitsplätze zu haben.

(Glocke)

Dies sind, kurz dargestellt, unsere Forderungen dazu! Unser Antrag liegt Ihnen schriftlich vor.

Es liegt des weiteren ein Änderungsantrag vor der Bremer Grünen Liste auf Globalförderung des Bremer Frauenhauses. Auch diesem Antrag können wir unsere Zustimmung geben, da wir mit einem gleichen Antrag zum Haushalt 1980 schon einmal einen derartigen Vorstoß unternommen haben. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ehlers: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vor vier Wochen diese Debatte begonnen, wir haben eine allgemeine Grundsatzaussprache gehabt als erste Lesung über diesen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, und wir haben diese Debatte dann unterbrochen, um sie heute fortzusetzen. Ich möchte nicht diese Grundsatzzdebatte noch einmal hier aufwärmen, wieder-

*) Vom Redner nicht überprüft.

holen, ich möchte da einige konkretere Dinge ansprechen, um zu sehen, was wir mit diesem Thema heute nach vier Wochen eigentlich anfangen können. (C)

Ich fürchte aber nach dem, was der Abgeordnete Klatt für die SPD-Fraktion hier nun ausgeführt hat, daß man doch als eine pauschale Einschätzung vorweg feststellen muß, daß wir mit diesem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion wieder ein typisches Beispiel bremischer SPD-Politik haben. Ein gesellschaftlich dringendes Problem ist hier erkannt worden, natürlich nicht sozusagen auf den Lorbeeren der SPD, sondern weil autonome Frauengruppen, weil die Frauen selbst, und zwar jahrelang, da etwas getan haben, wie man hier auch sehen kann.

(Unruhe auf dem Besucherrang — Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Adamietz, ich bitte einen Augenblick um Unterbrechung!

Meine Damen und Herren auf dem Besucherrang, ich bitte, die Transparente einzurollen und sich darüber hinaus Beifalls- und Mißfallenskundgebungen zu enthalten. — Bitte sehr!

Abg. Adamietz (BGL): Diese Frauen wollen keine Gleichberechtigungsstelle, Herr Präsident, sondern eine Haushaltsstelle, vielleicht kann man das einmal erwähnen!

(Anhaltende Unruhe auf dem Besucherrang)

Vizepräsident Ehlers: Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). (D)

(Unterbrechung der Sitzung 16.50 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 17.04 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz zu diesem Vorgang etwas sagen. Ich glaube, meine Damen und Herren, ich kann es auch im Namen aller Fraktionen sagen, aller Abgeordneten sagen, daß dieses Parlament gezeigt hat, daß, wenn unsere Bürger Sorgen haben, wir bereit sind, diese Sorgen zu diskutieren und nach Wegen zu suchen, wie Abhilfe geschaffen wird. Ich wehre mich aber dagegen, daß die Arbeit dieses Parlaments unter Druck gesetzt wird.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Wir lassen uns nicht vom Besucherrang vorschreiben, was wir zu diskutieren haben, wie wir zu diskutieren haben und wann wir zu diskutieren haben. Wir sind bereit zu einem Gespräch mit den Bürgern, und ich glaube, das haben wir bewiesen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Immer wieder!)

(A) Ich sage jetzt sogar, auch diejenigen, die als Zuhörer gestört haben, bleiben aufgefordert, mit den Fraktionen und der Gruppe Gespräche aufzunehmen. Nehmen Sie bitte Verbindung auf, und es wird kurzfristig dann ein Gespräch geführt werden! Aber wir lassen uns solche Gespräche nicht während einer Sitzung aufzwingen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ich bitte deshalb um Verständnis, daß wir heute abweichend von der bisherigen Regelung darauf gedrungen haben, daß diejenigen, die hier die Sitzung gestört haben, den Plenarsaal verlassen mußten. Ich bin jetzt noch nicht informiert, es ist die Polizei angefordert worden, ob Polizei eingesetzt wurde oder nicht, es wäre zum ersten Mal, daß dies geschehen ist, aber ich glaube, wir können es nicht durchlassen, daß in dieser Form weiter gestört wird. Wir sollten den Anfängen wehren.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die unterbrochenen Ausführungen des Abgeordneten Adamietz können jetzt fortgesetzt werden.

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, es liegt mir fern, Ihnen, wie mir das immer fernliegt, ernsthaft widersprechen zu wollen, aber Sie werden auch mir erlauben, daß ich, da ich nun in meiner Rede bin, natürlich auch diesen Vorfall nicht ohne einige Ausführungen lassen kann.

(B) Ich bedauere, daß hier die Polizei gerufen wurde, ich bedauere, daß wir uns hier in eine Situation bringen lassen, in der wir sagen müssen, wehret den Anfängen, denn hier ist ja eigentlich nichts anderes geschehen, als daß zu einem Tagesordnungspunkt, den dieses Haus selbst angesetzt hat, Bürger sich artikuliert haben und, ich meine, in einer Weise, die dieses Parlament nun sicherlich nicht so gravierend beeinträchtigt hat, daß wir meinen müßten, hier die Polizei zum Schutz dieses Hauses einsetzen zu müssen.

Bitte, bedenken Sie, was vor einigen Wochen in der Sitzung geschehen ist, dort haben Studenten aufmerksam gemacht auf ihre Wohnraumnot, und was wir dann als Ergebnis in diesem Haus zu verzeichnen haben, nämlich auf der heutigen Tagesordnung! Wir haben Anfragen über die soziale Lage der Studenten, wir haben Anträge über die Wohnraumsituation der Studenten, wir werden darüber debattieren, dieses Haus nimmt diese Probleme zum Anlaß, doch darüber eine Aussprache herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, niemand wird sagen, daß das unzulässiger Druck dann ist, sondern ich glaube, es ist das berechtigte Legen des Fingers in die Wunde, in ein Thema. Wenn das hier nun hinsichtlich dieser Gruppe, die hier nun aufgetreten ist, zu diskutieren ist, dann, meine ich, muß eben darauf hingewiesen werden, daß der Abgeordnete Klatt von der SPD zwar zahlreiche Verbände, die an diesem Hearing beteiligt waren, hier benannt

hat mit ihren Stellungnahmen zur Initiative der SPD-Fraktion, daß hier aber offensichtlich ein Verband ist, der diese Initiative nicht für richtig hält, der, so entnehme ich es diesem Flugblatt, sagt: „Bürokratisierung schafft keine Emanzipierung. Wir wollen keine Zentralstelle, sondern eine Haushaltsstelle.“

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Lütjen anzunehmen?

Abg. **Adamietz** (BGL): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Lütjen!

Abg. **Hede Lütjen** (SPD): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß auch das Bremer Frauenhaus bei der Anhörung der SPD anwesend war und daß die Mitarbeiterin jetzt bereits Interesse daran bekundet, in dieser Zentralstelle beschäftigt zu werden?

(Heiterkeit bei der SPD)

Abg. **Adamietz** (BGL): Ich nehme alle Ihre Ausführungen zur Kenntnis. Ob sie zutreffend sind, kann ich nicht beurteilen, die Damen sind wohl jetzt hier nicht mehr im Haus, sie werden sicherlich selbst erklären können, was daran richtig ist. Ich habe nach diesem Auftritt allerdings meine Zweifel, daß das richtig ist, und ich vermissen in der Tat eines in der Aufzählung von Herrn Klatt, daß er dann auch sagt, welche Verbände an diesem Hearing teilgenommen haben, die offensichtlich nicht der Meinung der SPD-Fraktion waren. Bei so einer einseitigen Darstellung dieses Hearings können wir hier im Parlament auch nicht adäquat verhandeln. Ich meine, das fällt auf den Urheber zurück.

Ich will gleich daran anknüpfen, daß wir da noch einmal das sehen, was ich am Anfang sagte, daß dies ein typisches Kennzeichen bremischer SPD-Politik ist, indem nämlich ein Problem, das durchaus alle nunmehr auch erkannt haben, nach langen Jahren aufgegriffen wird — das ist ja auch sehr begrüßenswert, und das ist der Kern aller dieser Aussagen dieser Verbände, daß diese sagen, wir sind für eine Initiative —, aber daß dann von der SPD ein Amt, eine Behörde, ein Dienststellenleiter, eine Planstelle, eine B-3-Kummerkasten-Frau geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, diese Politik wird allerdings diesem Anliegen überhaupt nicht gerecht, und wenn wir manchmal bei den Ausführungen des Abgeordneten Klatt hier gelacht haben, dann nicht, weil das Problem lächerlich ist, sondern weil die Art und Weise, der Weg, den Sie einschlagen, dieses Problem zu lösen, lächerlich ist, weil er diesem Problem überhaupt nicht gerecht werden kann. Ich will versuchen, das an einigen Punkten ganz kurz deutlich zu machen, ich will auf den neu vorgelegten Gesetzentwurf kurz eingehen.

(A) Im Paragraphen 1 wird diese Stelle als Landesbehörde bezeichnet, ich komme darauf zurück, weil das ein Kernproblem dieses Entwurfs ist. Dann wird in diesem Paragraphen 1 auch geklärt, daß die Wahl erfolgen soll über die Bürgerschaft, aber auf Vorschlag des Senats. Auf Vorschlag des Senats, das heißt auf Vorschlag der Mehrheitsfraktion, die diesen Senat trägt, auf Vorschlag der absoluten SPD-Mehrheitsregierung. Da wird gefiltert, und dieses Haus kann nur noch akklamieren und in Wirklichkeit gar nicht mehr richtig wählen, denn es kann selbst nicht einmal einen Vorschlag machen, der nicht im Senat abgesegnet ist.

Meine Damen und Herren, nicht einmal den Mut hat man besessen, hier in diesem Entwurf diesem Haus, als Parlament nun, diese freie Wahl zu ermöglichen, indem hier im Haus Wahlvorschläge von den Fraktionen dieses Hauses, von den Abgeordneten kommen, sondern es muß erst einmal durch den Senat gefiltert werden. Alle Frauenverbände, alle interessierten Personen hätten sich an Fraktionen in diesem Haus, an einzelne Abgeordnete wenden und sagen können, bitte, wir halten die und die Person für geeignet für eine solche Stelle, bringen Sie bitte einen Wahlvorschlag ein, suchen Sie sich drei oder vier oder fünf Abgeordnete, die diesen Wahlvorschlag unterstützen, und dann machen wir eine Wahl hier in der Bürgerschaft mit mehreren Kandidaten. Alles dies ist nicht geschehen, der Senat schlägt hier vor, und wen der Senat nun halt nicht goutiert, den können wir hier auch gar nicht wählen. Das ist schon einmal der erste Punkt, die Abhängigkeit hier vom SPD-regierten Senat.

(B) Im Paragraphen 2, die Aufgaben und Befugnisse! Jetzt habe ich endlich die Formulierung wiedergefunden, Herr Klatt hat sie erwähnt, sie stammt aus dem Bremen-Plan, daß nämlich die Zentralstelle die Aufgabe hat, im Land Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, daß das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird! Meine Damen und Herren, wenn man solche drei Punkte hier erwähnt, dann fordert das natürlich geradezu heraus zu fragen, welche Bereiche sind denn nun eigentlich davon ausgenommen. Da muß man einfach einmal den Gegensatz solcher Begriffe wählen, um dann zu sehen, was gemeint ist.

Arbeitswelt: ganz banaler Gegensatz Freizeit, da ist Gleichberechtigung, Gleichstellung wohl nicht gewährleistet. Bildung: Nun will ich als Gegensatz nicht den Bereich Unbildung nehmen, ich will den Bereich Kultur und Wissenschaft einmal entgegensetzen, weil wir diesen Begriff Bildung etwas enger fassen, er fällt heraus. Wenn gesagt wird Gesellschaft, dann frage ich mich natürlich, dann fällt mir natürlich dieser Dualismus ein, Staat, Gesellschaft, wenn er auch staatsrechtlich sicherlich problematisch ist. Dann meint man doch, wenn man ausdrücklich sagt, in Arbeitswelt, Bildung und Ge-

sellschaft, daß dann offenbar im Staat da etwas nicht gemeint sei. Staat, das heißt auch der ganze öffentliche Dienst, und die ganze Regelung, das ist die Problematik, etwa der Stellung der Frau als Hausfrau, fällt heraus.

Wenn man sich das so betrachtet, dann sieht man, daß hier Probleme enthalten sind, die offensichtlich in diesem Entwurf überhaupt nicht erkannt worden sind. Dann soll diese Stelle tätig werden insbesondere auf Anregungen und Vorschläge. Meine Damen und Herren, das ist das tägliche Brot aller Organisationen, aller Betroffenen, daß sie Anregungen und Vorschläge machen.

Diese Stelle darf sogar Vorschläge zu Entwürfen machen, also nicht einmal Entwürfe selbst, sie darf nur Vorschläge zu Entwürfen machen, wenn man das einmal genau sieht. Sie darf zusammenarbeiten mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, ein schrecklicher Begriff, denn es entscheidet dann natürlich wiederum diese Stelle oder der Senat, wer ist denn gesellschaftlich relevant.

Die Gewerkschaften sind hier herausgehoben, Herr Klatt hat das noch einmal erwähnt. Er sagt gerade, nicht nur Betriebsräte sollen gemeint sein, mit denen man zusammenarbeitet, sondern ausdrücklich Gewerkschaften. Von den Betriebsräten steht in dem Entwurf überhaupt nichts, also nicht nur, sondern gerade nur die Gewerkschaften. Das ist wiederum ein SPD-Modell, für das man dann natürlich auch seine Weihrauchadresse vom DGB bekommt, welcher sagt, daß er die Initiative der SPD äußerst positiv finde. Danach gibt es sozusagen überhaupt keine Form der Beglückwünschung mehr. Auf das äußerste begrüßt man hier die SPD, vielen Dank!

Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Stellen des Bundes und der Länder! Welche Selbstverständlichkeit, dafür brauche ich keine Stelle einzurichten, damit sie mit anderen gleichartigen Stellen Erfahrungsaustausch macht! Öffentlichkeitsarbeit soll noch gemacht werden in Verbindung mit der Pressestelle des Senats. Auch diese Stelle ist nicht erforderlich, denn es besteht ja die Pressestelle des Senats. Vielleicht sollte man einmal eine Journalistin, eine Frau, dorthin setzen, dann kann diese vielleicht schwerpunktmäßig die Öffentlichkeitsarbeit für die Belange der Frauen dort machen.

Es wird weiter ausgeführt als Aufgabe, daß die Zentralstelle Anregungen, Fragen und Beschwerden zu Problemen der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau entgegennimmt. Wunderbar, ein zweiter Petitionsausschuß, ein Kummerkasten! Sie nimmt also solche Dinge entgegen. Auch das, meine ich, ist nicht eine Rechtfertigung für eine solche Stelle.

Nun kommt es noch schlimmer, die Stelle sei berechtigt, sich über die Beantwortung und Erledigung von Beschwerden unterrichten zu lassen. Na, schön, da wird sie eben unterrichtet! Das wird offenbar hier als Überwachung dieser Fragen ver-

(C)

(D)

(A) standen. Aber was passiert denn, nachdem sie nun unterrichtet worden ist, nachdem einer solchen Beschwerde nicht abgeholfen wurde oder nachdem einer solchen Beschwerde unzulänglich abgeholfen wurde? Dann ist die Zentralstelle unterrichtet, und dann sitzt sie da mit ihrer Unterrichtung und weiß nicht weiter!

Wenn dann noch so etwas wie Akteneinsicht vorgesehen ist, so sind in der gesetzlichen Formulierung — ich will da nicht ins einzelne gehen, das nur für das Protokoll erwähnen — Regelungen für Bremerhaven getroffen, die dann nicht in gleicher Weise für die Stadtgemeinde Bremen vorgesehen sind, was meines Erachtens unzulässig ist. Hier wird ein Akteneinsichtsrecht zugestanden, aber was geschieht denn nun mit dem Akteneinsichtsrecht? Was geschieht mit der Kenntnis in einem einzelnen Fall, was macht die Zentralstelle damit? Ist sie zur Verschwiegenheit verpflichtet, darf sie diese Kenntnisse weitergeben? Wie kann sie denn diese Akteneinsicht verwerten? Wem darf das zugute kommen? Was macht man mit solchen Kenntnissen? Darüber finden wir in diesem Gesetz nichts.

Ein letzter Punkt, Frau Hüller hat es auch bereits erwähnt! In dem ursprünglichen Text war vorgesehen, daß ein Bericht der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten für diese Zentralstelle gegeben werden sollte. Daraus wurde nun ein Bericht, den der Senat an die Bürgerschaft erstattet, also die Landesbeauftragte hat dazu gar nichts mehr zu sagen, sie darf den Entwurf machen oder, wenn man es genau nimmt, wahrscheinlich den Vorschlag für den Entwurf.

(B) Meine Damen und Herren, mir klingt das wirklich wie blanker Zynismus in den Ohren, wenn ich dann den Abgeordneten Klatt heute gehört habe, wie er die Stelle in Hamburg kritisiert hat und dort gerade zum Berichtswesen gesagt hat, diese Dinge kämen dort nur durch den Senat gefiltert in die Bürgerschaft, nicht direkt. Genau das, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, haben Sie doch in diesen Entwurf jetzt hineingeschrieben! Für wie dumm halten Sie eigentlich die anderen Abgeordneten, daß sie so etwas nicht merken, daß sie so eine Heuchelei nicht durchschauen, auf der einen Seite das in Hamburg zu kritisieren und uns das in Bremen hier unterschieben zu wollen!

(Beifall bei BGL, CDU und FDP)

Das war kein kleiner Sprachfehler, oder wenn man so will, es war ein Freudscher Sprachfehler, daß der Abgeordnete Klatt dann auch in seiner Kritik über die Stellen in anderen Bundesländern hier gesagt hat, etwa das Beispiel Hessen habe ich mir notiert, das sei eine Stelle ohne Aufgabenbereich. Er meinte natürlich ohne Kompetenzen, aber genau das ist der Kern der Sache hier, man verwechselt Kompetenzen und Aufgaben und erzählt hier etwas, was die Aufgaben dieser Zentralstelle sein sollen, aber man bekommt keine Kompetenzen hier festgelegt, denn

(C) das, was hier tatsächlich nun verankert ist, ist ein Nichts, ein Kummerkasten!

Da kann man sich ausweinen, und dann wird der Vorgang in Akten geheftet, und da bleibt er, und dann bekommt die Bürgerschaft jedes Jahr vielleicht noch einen Bericht vom Senat, in dem er nun etwa im Sinne des Polizeiberichts die Sache dann anders darstellt, als sie vielleicht sogar in der Zentralstelle dargestellt wird, und dann hat sich die Sache. Dann ist auf dem Gebiet der Gleichberechtigung etwas getan worden. Man hat das hier zu einem eigenen Gebiet erklärt, so heißt es hier im Paragraphen 3, auf dem Gebiet der Gleichberechtigung.

Wir sind der Meinung, daß auf allen Gebieten Gleichberechtigung zu herrschen hat. Das kann man doch nicht als ein eigenes Gebiet, das Gebiet der Gleichberechtigung, hier verankern!

(Beifall bei BGL und FDP)

Dann sind das noch so juristisch — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Eine Frau ist dann da untergebracht!)

Eine Frau ist untergebracht, das stimmt, ja! Immerhin, dann haben wir nur noch,

(Abg. Klein [CDU]: Immerhin!)

ich glaube, 250 000, die nicht untergebracht sind in Bremen.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Als Alibi für die fehlenden Senatorinnen!)

(D)

Als Alibi für die fehlenden Senatorinnen! Ich habe mich letztes Mal darüber verbreitet, Frau Hänecke, Sie haben völlig recht. Man hat keine Senatorinnen, man hält keine Frau für senatorabel, aber als Staatsrätin B 3 soll nun eine gut genug sein. Sie war nicht einmal gut genug, den Bericht als Kommissionsvorsitzende dieser Arbeitskommission der SPD hier vorzutragen!

(Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört!)

Man schickt da den Abgeordneten Klatt vor, man meint, auch hier kann eine Frau wohl nicht ihren Mann stehen.

(Zuruf des Abg. Dittbrenner [SPD])

Meine Damen und Herren, juristische Mängel kann ich noch weiter aufzählen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Wo haben Sie denn Ihren Rock gelassen?)

Ja, sehen Sie das nicht hier? Ich habe heute einen an! Schlips und Kragen und einen Rock, sehen Sie einmal! Extra darauf vorbereitet!

Meine Damen und Herren, ich kann aus jedem einzelnen Satz dieses Gesetzentwurfs juristische Bedenken herausfiltern bis dahin, daß das Deputationsgesetz geändert werden müßte.

(Unruhe — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir verstehen hier oben überhaupt nichts mehr.

(Heiterkeit)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe! Wir sind alle daran interessiert, auch Sie, Herr Tepperwien, daß wir zu einem geordneten Ablauf der heutigen Sitzung kommen. — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz (BGL):** Wenn man jemanden, eine Behörde, zur Teilnahme an Deputationssitzungen verpflichtet, dann muß man das Deputationsgesetz ändern. Man kann dann nicht einfach hier hineinschreiben, sie sind dazu verpflichtet, aber die Deputation will sie hier vielleicht gar nicht haben. So geht das nun auch nicht!

Es sind in jedem Satz mehrere juristische Probleme versteckt, die hier natürlich auch nicht hineingehören in das Plenum. Ich weiß nicht, ob Gelegenheit bestehen wird oder auch nur Sinn darin ist, das bei der zweiten Lesung im einzelnen zu erörtern. Ich will das hier nur einmal andeuten, um zu zeigen, daß dieser Gesetzentwurf einfach juristisch schlecht ist. Da kann man zehnmal sagen, daß eine Gesetzesinitiative von Verbänden begrüßt wurde!

Meine Damen und Herren, das war vielleicht damals bei der Novellierung des Radio-Bremen-Gesetzes genauso! Nur, deswegen muß es doch erlaubt sein zu sagen, was ihr da nun als Lösung vorlegt, als Gesetzentwurf, das geht nun wirklich nicht, darin habt ihr Fehler über Fehler, nun zieht das noch einmal wieder zurück, und überdenkt das Ganze noch einmal, und laßt euch vielleicht von euren eigenen Hausjuristen die Sache erklären, vielleicht werden sie euch dazu verhelfen, daß ein ganz anderer Entwurf herauskommt.

Ich will nun ganz pauschal, weil die Redezeit gleich zu Ende ist, hier noch anmerken, in welche Richtung das gehen muß. Diese Stelle hat verfassungsrechtlich hier überhaupt keinen Standort. Aus der ursprünglich bei einer senatorischen Behörde angesiedelten Stelle — auch da hat man dann ja Probleme gesehen — ist nun eine Landesbehörde geworden, deren Ansiedlung bei einer senatorischen Behörde gestrichen wurde. Man hat auch den Passus weggestrichen der Weisungsfreiheit, man hat im Gegenteil das Beamtenrecht hineingenommen und im Grunde die beamtenrechtlichen Bindungen in diese Zentralstelle hineinverlagert. Trotzdem weiß man nun gar nicht, wo denn diese Stelle eigentlich angesiedelt ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, wenn jemand Kontrollbefugnisse habe als Behörde gegenüber dem Bürger oder anderen Behörden, Überwachungsbefugnisse, dann müsse, je stärker die Kontrollbefugnis einer solchen Behörde ist gegenüber anderen Verwaltungsinstanzen, desto mehr diese Instanz in die Gesamtverantwortung der Regierung einbezogen werden. Da muß doch dann eine parlamentarische Kontrolle sein. Wo kontrolliere

ich denn, wenn ich nur wählen kann, was der Senat mir vorschlägt, und dann noch auf zwölf Jahre, obwohl das Parlament in dieser Periode dreimal gewählt wird, der Senat in dieser Periode mindestens dreimal gewählt wird? Wo ist da denn noch parlamentarische Kontrolle über eine solche Instanz? Wo kann man da noch eine Regierungsverantwortung festmachen?

Nun wird hier gesagt, so verstehe ich es jetzt, das ist ja gar keine ministerialfreie Behörde, an der Regierungsverantwortung festgemacht werden muß, sondern das ist dem Parlament angegliedert. Meine Damen und Herren, wenn das dem Parlament angegliedert wäre, dann müßten wir einen Parlamentsausschuß bilden, der dann die Rechte des Parlaments wahrnimmt! Dann sind auch die Akteneinsichtsrechte übrigens nicht so möglich, wie sie hier vorgesehen sind. In dem Fall würde das Parlament auch nicht auf Vorschlag des Senats wählen, sondern auf eigene Vorschläge. Dann ist das eine Parlamentskommission, meinetwegen auch ein Unterausschuß, eine Parlamentsbehörde, was weiß ich!

Wenn man eine neue Struktur, einen Ombudsmann oder so etwas schaffen will, dann muß man das richtig machen, dann muß man das mit allen Konsequenzen machen, dann muß man ihm auch Befugnisse geben, zum Beispiel die Befugnis, Verwaltungsakte zu erlassen, zu sagen, so müßt ihr das jetzt anders machen, zum Beispiel, Frau Hüller hat es gesagt, Befugnisse, bei Gesetzesvorhaben wirklich einzugreifen.

Man muß ein Beanstandungsrecht hineinschreiben, damit anderen Behörden, etwa über den Senat, gesagt werden kann, so dürft ihr als Behörde das nicht machen, da muß der Senat als Rechtsaufsicht diese Behörde anweisen, etwas anders zu machen. Alles das fehlt in diesem Gesetz. Wir haben hier einen Zwitter, der in der Luft hängt, der aus dem Gewaltenteilungsmodell nach gegenwärtiger Rechtslage herausfällt, weder beim Senat angegliedert ist, bei einer senatorischen Dienststelle, noch beim Parlament angegliedert ist, noch richterliche Funktionen hat.

Meine Damen und Herren, dieser Entwurf, wie er jetzt vorgelegt worden ist, ist eine Verschlimmbesserung, und ich komme zum Schluß, eine Verschlimmbesserung, die sich bis in die Sprache hinein leider fortgesetzt hat. Ich möchte auf diese kleine, fast Anekdote doch hinweisen dürfen. Wir haben hier zum ersten Mal ein Gesetz, ich muß das so ausdrücken, in dem man sich abgebrochen hat bei jeder Formulierung, wenn es um die Landesbeauftragte dort geht, hineinzuschreiben „der/die Landesbeauftragte“, um deutlich zu machen, hier kommt doch auch einmal eine Frau in Frage.

Im Beamtengesetz heißt es, der Beamte hat Anspruch auf Urlaub. Da wird nicht hineingeschrieben, „der/die Beamte(in)“. Da hat man sich nicht so schwergetan,

(Beifall bei der FDP)

(A) hier hat man es gemacht, aber auch nur inkonsequent wie in dem ganzen Gesetzentwurf, denn — sehen wir uns einmal die Neuregelung an! — bis Paragraph 4 hat man es noch durchgehalten, im Paragraphen 5, Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, schlägt der alte Trott durch, denn wie will man es ändern? Man will hineinschreiben: „Hauptamtliche Magistratsmitglieder“ — und so weiter — „sollen auf die Dauer von zwölf Jahren und der Landesbeauftragte für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau soll auf zwölf Jahre gewählt werden.“ Da ist von „der/die Landesbeauftragte“ nicht mehr die Rede.

Frau Kerstein hat vergebens gehofft, sie mag da gewählt werden, aber im Beamtenrecht ist sie nicht berücksichtigt.

(Abg. Neumann [CDU]: Was, ist sie schon festgelegt?)

Das ist doch schon presseöffentlich, amtsbekannt, Herr Neumann!

(Abg. Neumann [CDU]: Ist das so? — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? Ihre Redezeit ist aber bereits abgelaufen!

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, gestatten Sie mir noch einige Ausführungen, ich weiß nicht, wie die Unterbrechung gewertet wurde bei der Redezeit!

(B) **Präsident Dr. Klink:** Sie wurde nicht berücksichtigt! Sagen Sie, wie lange brauchen Sie noch?

Abg. Adamietz (BGL): Ich habe einen winzigen Antrag, Sie sehen die Länge, den ich verlesen will, und ich würde auch gern eine Zwischenfrage beantworten. Ich möchte höflich sein!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Frau Leinemann!

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Herr — ich wußte eben nicht, ob ich Frau oder Herr sagen sollte!

(Abg. Adamietz [BGL]: Sagen Sie Kind, sächlich, das ist neutral! — Heiterkeit —

Abg. Adamietz [BGL]: Bei meiner Naivität!)

Herr Adamietz, kennen Sie das Bremische Beamtengesetz, kennen Sie das Bremische Besoldungsgesetz, und wissen Sie, daß es eine Präambel gibt?

Abg. Adamietz (BGL): Selbstverständlich! Und die Logik heißt, Weihnachtsmann im Sinne des Gesetzes ist auch der Osterhase! Ich habe das schon einmal zitiert, wenn da steht „der Beamte“, dann ist auch die Beamtin gemeint, selbstverständlich! Das meinen Sie, nehme ich an!

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine weitere Zwischenfrage beantworten?

Abg. Adamietz (BGL): Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Leinemann!

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Ist Ihnen bekannt, daß nur auf Bundesebene Beamten- und Besoldungsgesetze dahingehend geändert werden könnten, daß die Präambel entfernt wird und keine Präambel mehr erscheint, denn in der Präambel heißt es, daß dies für männliche und weibliche Beamte gilt?

Abg. Adamietz (BGL): Selbstverständlich! Es ist völlig richtig!

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Dann verstehe ich Ihre Ausdrücke eben nicht!)

Aber, verehrte Frau Kollegin, ich sagte doch gerade, in diesem Gesetz hat man die Präambel sozusagen hineingeschrieben bei jeder einzelnen Formulierung, wo dann steht „der/die Landesbeauftragte“!

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Das ist ja auch kein Beamtengesetz!)

Nur am Ende macht man das nicht.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. Adamietz (BGL): Herr Neumann, bitte schön!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Neumann!

Abg. Neumann (CDU): Herr Abgeordneter Adamietz, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie hier definitiv erklärt haben, daß die SPD-Abgeordnete Kerstein bereits für diese Position vorgesehen sei?

Abg. Adamietz (BGL): So verstehe ich sämtliche Indizien der politischen Öffentlichkeit! Ich habe das Radio Bremen, der „Morgenpost“ und aus dem Faktum, daß Frau Kerstein diese Debatte hier nicht mitverfolgt, entnommen.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Herr Neumann, Sie wollen sich auch bewerben?)

Nein, ich wollte das, angeregt durch Ihre Redebeiträge heute!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage von Herrn Neumann anzunehmen?

Abg. Adamietz (BGL): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Neumann!

Abg. Neumann (CDU): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, nachdem Sie auch festgestellt haben, daß die Abgeordnete Kerstein nicht dabei ist, sich wohl befangen fühlt, daß es doch recht eigentümlich ist, daß, ohne daß wir ein Gesetz überhaupt be-

(A) schlossen haben, bereits Posten vergeben worden sind?

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Neumann, ich bin Ihnen insofern dankbar für diese Frage! Ich habe das bereits zur Kenntnis genommen, und zwar in genau der Formulierung, die Sie gebraucht haben. Das ist etwas Bremen-SPD-Eigentümliches!

(Heiterkeit und Beifall bei BGL, CDU und FDP)

Wenn Sie sich erinnern mögen, ich habe gerade mein Redemanuskript zur Korrektur bekommen von der letzten Sitzung, da hatte ich dieses Problem angesprochen. Da hat sich meiner Erinnerung nach niemand in diesem Haus bemüht gefühlt, den Saal bei dieser Debatte zu verlassen. Es haben sich da inzwischen offensichtlich die Konkretisierungen ereignet, die ich vorausgeahnt habe. Ich meine, daß man das der Fairneß halber hier öffentlich sagen muß, damit all die anderen, die sich vielleicht Gedanken gemacht haben, sich dort zu bewerben, einschließlich, wie man hier ja unterstellt, der Frauen vom Frauenhaus, sich nun nicht falsche Hoffnungen machen.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist bedauerlich!)

(B) Bedauerlich, Herr Neumann, wir haben das auch gleich nachgerechnet, ist, daß natürlich, wenn Frau Kerstein aus der Bürgerschaft ausscheidet, ein Mann nachrückt. Das ist natürlich die Effektivität der Frauenpolitik der SPD!

(Heiterkeit und Beifall bei BGL, CDU und FDP — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Kommen Sie bitte zum Schluß, Herr Abgeordneter Adamietz!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, ich möchte noch einen Antrag stellen, der in wesentlicher Verbindung zu diesem Tagesordnungspunkt steht, unter Bezugnahme auf das, was ich vorhin gesagt habe über die Änderung des Beamtengesetzes.

Als Anmerkung: Ich halte diese Regelung im Beamtengesetz auch nicht für rechtlich korrekt, solche Regelungen müssen in einzelnen Sachgesetzen getroffen werden, also etwa im Gemeindegesetz von Niedersachsen, in der Gemeindeordnung wird verankert, daß der Gemeindedirektor Wahlbeamter auf Zeit ist. Im Beamtengesetz von Niedersachsen steht das nicht. Hier in Bremen hat man das anders gemacht, das halte ich für unrichtig. Man hat die Ortsamtsleiter, sie sind ja Stadtgemeindebeamte, und die Magistratsmitglieder hineingeschrieben und schreibt jetzt den oder die Landesbeauftragte für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau dort hinein als Mann, als der Landesbeauftragte.

Ich meine, daß dieses Haus Zeichen setzen sollte, um diesem sprachlichen Ausdruck der Diskriminierung der Frau entgegenzuwirken. Überall, wo es

(C) um solche Amtspositionen geht, nimmt man immer die männliche Bezeichnung, und man stellt dann allenfalls eine verschämte Präambel vornweg. Man sagt, der Beamte hat Anspruch auf Urlaub, und meint damit, wenn das einmal eine Frau ist, dann hat natürlich auch die Beamtin Anspruch auf Urlaub. Man sagt der Senator und meint auch die Senatorin.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, die Geschäftsordnung ist eine schwierige Sache. Ich rufe Sie jetzt zum dritten Mal dazu auf, Ihre Redezeit ist wesentlich überschritten!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, darf ich den Antrag verlesen?

Präsident Dr. Klink: Ja, bitte! Dazu habe ich ja schon aufgefordert!

Abg. **Adamietz** (BGL): „Antrag (Entschließung) der Gruppe der Bremer Grünen Liste. Thema: Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau.“

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft bekräftigt die Ernsthaftigkeit ihres Bemühens, die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen. Sie bedauert Benachteiligungen der Frauen, die diesem Ziel entgegenwirken und zum Beispiel selbst im allgemeinen Sprachgebrauch Ausdruck finden und durch ihn zugleich verfestigt werden. So werden namentlich in der sogenannten Amtssprache Stellen und Funktionen, die von einzelnen Personen wahrzunehmen sind, üblicherweise mit der männlichen Begriffsform bezeichnet, beispielsweise der Beamte, der Amtsleiter, der Senator. Um hier ein Zeichen zu setzen, bekennt sich die Bürgerschaft zu der Auffassung, daß bis auf weiteres für solche Positionen und Funktionen jeweils nunmehr die weibliche Bezeichnungsform verwendet wird.“

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Nur noch!)

In der Präambel wird klargestellt, daß, wenn da steht, die Beamtin hat Anspruch auf Urlaub, natürlich auch der Beamte gemeint ist, aber wenn wir das zehn Jahre durchhalten, dann haben wir mehr für die Gleichberechtigung der Frau getan, als alle Gleichberechtigungsstellen erreichen können.

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klatt, Sie begannen damit, die Programme der Bürgerschaftswahl hier zu zitieren. Ich muß Ihnen sagen, daß in solchen Programmen, die die CDU genau wie die anderen Parteien herausgegeben hatte für die Frauen, keine Lösungsmöglichkeiten angeboten werden können. Wahlprogramme sind für so diffizile Angelegenheiten überhaupt nicht geeignet. In der Regierungs-erklärung hingegen hat Herr Bürgermeister Kosch-

(C)

(D)

(A) nick die Gleichstellungsstelle beantragt, und wir haben ihm in etwa zugestimmt.

Als ich daraufhin unsere Vorschläge im Oktober machte, geschah das, was ich jetzt im folgenden kurz schildern möchte. Wenn in einer privaten Runde Argumente gebracht werden, die teilweise kontrovers sind, so ist es üblich, daß man die Ansichten des anderen insoweit würdigt, als man sie zur Kenntnis nimmt und sich entsprechend dazu äußert. Tut man hingegen so, dies immer noch privat, meine Damen und Herren, als habe man gar nichts gehört oder nicht zugehört, und geht auf die Ideen anderer nicht ein, so zeugt das von schlechtem Benehmen, und, immer noch privat, die so Brüskierten würden ihrerseits Konsequenzen ziehen, in denen solche nicht fruchtbaren Verbindungen abgebrochen werden.

Als ich im Jahre 1967 als neue Abgeordnete in die Bremische Bürgerschaft einzog, hatte ich noch die Vorstellung, daß in der politischen Auseinandersetzung eine gewisse Fairneß üblich sei. Spätestens bei der Behandlung des Antrags der SPD zum Gesetz zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau am 15. Oktober dieses Jahres gingen für mich die letzten Illusionen dahin.

Wie sah es in der politischen Auseinandersetzung aus? Das uns damals vorgelegte schmucklose Gebilde, auch Gesetz genannt, war noch nicht einmal juristisch haltbar. Die CDU-Fraktion hat sich nach vielen Beratungen auch mit anderen Gruppen und Interessierten die Mühe gemacht, Inhalte einzubringen, die offensichtlich fehlten. Zudem hat die CDU versucht, das Haus zu überzeugen, daß statt des Gesetzes eine Verordnung für ein Referat besser sei. Nach ordentlicher parlamentarischer Gepflogenheit hätte die antragstellende Partei auf die Punkte der CDU eingehen müssen. Es zeigt schon einen außergewöhnlich miserablen Stil, wenn sowohl der Antrag mit unseren Vorschlägen als auch unser Antrag auf einen nichtständigen Ausschuß ohne Debatte durch die Mehrheit dieses Hauses abgelehnt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich beugen wir uns einer Mehrheitsentscheidung. Nur die Art und Weise hinterläßt ein ungutes Gefühl. L'état c'est moi, sagte Ludwig der Vierzehnte. In etwa so sieht sich die Bremer SPD. Sie ist der Staat.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein
[CDU]: Ohne Qualifikation!)

Da die CDU-Fraktion bis heute für eine Gleichstellungsstelle war, hätten wir sogar die Kröte geschluckt und unseren Vorschlag für ein Referat zugunsten eines Gesetzes zurückgezogen. Das Wichtigste ist und war für uns und wird auch für uns bleiben, daß die Interessen der Frauen auf breiter Basis wahrgenommen werden. Wir behalten uns jedoch vor, daß wir dann, wenn diese Institution

einmal ins Leben gerufen wird, und das wird sie mit der Mehrheit dieses Hauses mit Sicherheit, mit Anträgen kommen, unsere Anträge wieder einbringen und Ihnen auch sagen, was wir im einzelnen wollen.

Zum Beispiel haben uns die Gutachten der Arbeiterkammer, auch die der Handelskammer und der Angestelltenkammer sehr geholfen. Auch sie forderten die Senatskanzlei als Anbindung für diese Stelle. Dies tat im übrigen auch die überwiegende Zahl der Frauenverbände. Alle, die bei den Hearings dabei waren, werden das bestätigen.

Die Dauer der Amtszeit — ich gehe jetzt auf die Inhalte ein und tue dies bewußt, damit Sie zumindest wissen, was wir wollen —, die Dauer der Amtszeit von zwölf Jahren, die uns vorgestern abend erst bekanntgegeben wurde, finden wir zu lang. Genau wie die Arbeiterkammer es sagte, finden wir eine Amtszeit von sechs Jahren lang genug, um dann festzustellen, ob diese Stelle ordentlich arbeitet, ob die Landesbeauftragte imstande ist, ihre Aufgabe zufriedenstellend zu erfüllen. Sie kann wiedergewählt werden, wenn sie den Erwartungen entspricht.

Mit der Arbeiterkammer stimmen wir ebenfalls überein, daß gemäß Paragraph 2 Absatz 2 die Betriebs- und Personalräte mitwirken sollten. Ich sagte das aber auch schon im Oktober. Hinzu kommt, daß Sie völlig vergessen hatten, daß die Hilfe in Einzelfällen nicht nur von uns gefordert wurde, sondern auch von sehr vielen Frauenverbänden.

Auch in der zweiten SPD-Fassung soll die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenwirken mit der Pressestelle des Senats geschehen. Es würde zur Klärung sehr beitragen, wenn man uns die Intention hierfür mitteilte. Wir meinen, daß die zukünftige Landesbeauftragte und die entsprechenden Mitarbeiter in der Lage sein müßten, von sich aus mit den Medien zu arbeiten, damit die Öffentlichkeit über die Anliegen der Frauen direkt informiert werden kann.

Der jährliche Bericht, ich erwähnte diesen auch im Oktober, sollte nicht vom Senat der Bürgerschaft vorgelegt werden, sondern von der Landesbeauftragten selbst, wie einige meiner Vorredner ebenfalls forderten. Wir setzen voraus, daß diese dazu vielleicht imstande wäre, eigene Interpretationen der jährlich geleisteten Arbeit zu geben, ohne daß der Senat diese korrigieren und dann absegnen müßte.

Sie haben erklärt, Herr Klatt, daß Sie den Kammern Konzessionen gemacht haben. Ihre Aussage über die planungsrelevanten Daten habe ich nicht so richtig verstanden. Vielleicht sind Sie so gütig und sagen dazu etwas für diejenigen, die es nicht verstanden haben!

Zum Schluß kann ich nur folgendes sagen: Entgegen unserer früheren Absicht, daß wir uns der Stimme enthalten wollten und zur zweiten Lesung im Dezember Anträge einbringen wollten, empfehle

(C)

(B)

(D)

(A) ich meiner Fraktion die Ablehnung. Ich hoffe, sie nimmt es mir nicht übel nach dieser Debatte, durch die wir alle klüger geworden sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie daher — das gilt für die CDU-Fraktion — abzulehnen, wenn hier abgestimmt wird. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Brox.

Abg. Josette Delphine **Brox** (BGL *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht viel nach dieser langen Debatte reden. Unsere ideologische Stellungnahme zu dieser Stelle haben wir das letzte Mal schon abgegeben. Ich hätte es viel besser und viel konstruktiver gefunden, wenn Sie auf meinen ernsthaften Vorschlag, das Jahr des Mannes einzurichten, richtig eingegangen wären. Dann würden wir wirklich dazu kommen zu untersuchen, daß kein Mensch in dieser Gesellschaft diskriminiert zu werden brauchte.

Aber zu Herrn Klatt! Er hat uns wieder gesagt, daß die SPD uns auch beglückt mit diesem Wahlversprechen, mit dieser Gleichstellungsstelle. Ich bin ein bißchen mit betroffen, irgendwann als unorganisierte Hausfrau bin ich eingeladen worden zur Diskussion, und ich betone, ob es Ihnen gefällt oder nicht, daß wir Hausfrauen immer noch die Mehrheit der Frauen in der Bundesrepublik bedeuten, auch wenn wir nicht organisiert sind. Dennoch haben wir wieder gerade bewiesen, daß wir ohne Gleichstellungsstelle der Frau doch viel Macht haben, denn wir haben — weil die Mehrheit der Männer in den deutschen Haushalten immer noch nicht kocht, wir Hausfrauen in der Bundesrepublik kochen immer noch — bereits dazu beigetragen, daß die Hälfte der deutschen Kälber eingefroren worden ist.

(Beifall bei der BGL)

Ich meine, es ist eine wirkliche Macht, wir können wirksamen Boykott organisieren, und das ohne eine Gleichstellungsstelle!

(Zurufe)

Lachen Sie nur, aber es ist Tatsache!

Zu dieser Gleichstellungsstelle! Ich meine, wir sollten sehen, wie es bei uns im Parlament überhaupt bestellt ist mit unserer Bereitschaft, der Frau dieselben Rechte einzuräumen, wie die Männer sie haben. Ich erinnere mich daran, vor den Sommerferien hat die SPD eine Anfrage gemacht, um zu erfahren, wieviel Frauen in leitender Stelle im öffentlichen Dienst sind. Die Fraktionsführung, nachdem sie die miserablen Ergebnisse gelesen hat, hat diesen Antrag zurückgestellt. Frau Hüller, und da-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

für sind wir ihr sehr dankbar, hat diesen Antrag wieder eingebracht, (C)

(Beifall bei der BGL)

und der Senat mußte uns auch die Wahrheit sagen.

Nun, der Senat macht eine Bemerkung, das ist zwar tatsächlich miserabel, daß im öffentlichen Dienst so wenig Frauen in führenden Positionen sind, aber dafür haben wir doch die Gleichstellungsstelle der Frau, und sie wird die Gründe untersuchen, warum so viele Frauen keine leitende Stelle haben.

Meine Damen und Herren, im Oktober haben in Bremen die Hochschultage stattgefunden. Die Bremer Universität arbeitet auch gut, und während dieser Hochschultage wurde eine Broschüre erarbeitet, Sie können diese Broschüre für zehn DM erwerben, in der alle Gründe aufgeführt sind, warum auch in Bremen so wenig Frauen in leitenden Stellen des öffentlichen Dienstes sind. Also, dafür brauchen wir wirklich nicht diese Stelle.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Dann schenken wir der SPD das Buch und streichen die Stelle!)

Ich könnte vielleicht Herrn Wedemeier oder Herrn Kunick dieses Buch geben, und dann würden wir auch etwas Geld sparen dabei.

Nun die Frage mit der Dame, die die Stelle übernehmen sollte: Man hat von Frau Kerstein gesprochen. Sicherlich, in diesem Parlament gibt es wenig Frauen, mit denen ich soviel Verbindung, Affinitäten wie mit Frau Kerstein habe. Ich habe einfach nicht! Nun, diese Frau, die auch meine Meinung in unserer Problematik und in vielen anderen Sachfragen teilt, hat nicht ein einziges Mal mit mir abstimmen können, weil sie nicht frei ist. Wird diese Dame, die mit dieser Partei verbunden ist, überhaupt einmal die Freiheit haben, etwas anderes wahrzunehmen als das, was die SPD-Führung für gleich oder ungleich hält? (D)

(Beifall bei BGL, CDU und FDP)

Also, ich meine, auch Frau Kerstein zuliebe, ich will sie nicht verurteilen — —.

(Abg. **Anneliese Leinemann** [SPD]: Herr Wedemeier ist doch heute auch gar nicht da! — Abg. **Adamietz** [BGL]: Kandidiert der auch? — Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte, fahren Sie fort, Frau Brox!

Abg. Josette Delphine **Brox** (BGL): Also, ich kann es nicht akzeptieren, daß man uns von oben herab, daß Männer — —. Stellen Sie sich das vor! Die Männer des Senats machen einen Vorschlag für uns Frauen, und wir Frauen im Parlament akzeptieren glatt diesen Vorschlag, das kann ich nicht! Wir werden weiter diese Stelle ablehnen. Wir werden dem

(A) Antrag der FDP zustimmen. Wir haben dazu einen Ergänzungsantrag gestellt, in dem wir die konkrete Maßnahme erwähnen, in dem wir darum bitten, daß dieses Frauenhaus in Bremen, das sich schließlich seit 1976 einige Ehre erworben hat — ich bitte darum, daß man diesen Antrag unterstützt —, nicht weiter diskriminiert wird, indem es mit Pflegesätzen auch unterstützt wird.

Dieses Frauenhaus braucht eine finanzielle Autonomie. Diese Frauen, die sich selbst helfen wollen, können selbst entscheiden, wie sie die Gelder verwenden oder nicht. In der Art, wie man das hier regulieren will, will man ihnen einfach ihre Autonomie absprechen. Sie sehen, daß diese Frauen, die dazu zu den relevanten Frauengruppen gehören, schließlich waren sie anwesend bei den Anhörungen, Sie sehen, daß diese Frauen auf keine Weise einer Gleichstellungsstelle zustimmen könnten, die gar nicht der Autonomie und den Bedürfnissen der Frauen in Bremen entspricht.

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lütjen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind jetzt alle damit einverstanden, wenn wir gemeinsam versuchen, heute diesen Tagesordnungspunkt bis 18.15 Uhr zum Abschluß zu bringen. Es liegen jetzt noch mehrere Wortmeldungen vor. — Bitte sehr!

(B)

Abg. Hede **Lütjen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wenig hilfreich, hier noch mit vielen Worten seine eigene Position oder auch seine Minderwertigkeitskomplexe darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir deshalb, auf ein paar Argumente noch einzugehen, die im Laufe dieser Debatte hier von den Rednern vorgebracht wurden, und auch auf die vorliegenden Änderungsanträge!

Frau Hüller hatte sehr vehement dargestellt, welche Initiativen die FDP in der Vergangenheit in Angriff genommen hat. Ich glaube, wir brauchen uns nicht über das Erstgeburtsrecht zu streiten, ob es nun die Unterhaltsvorschubkassen oder Pro Familia ist, es ist letztendlich bestimmend, ob finanziell alles darstellbar ist, und da muß es sich dann immer an den Realitäten reiben. Wir hätten auch gern mehr gehabt bei den Unterhaltsvorschubkassen und auch, was Pro Familia anbetrifft, das ist gar nicht die Frage.

Ich möchte einmal zu dem von Ihnen geforderten Antidiskriminierungsgesetz etwas sagen, das ja immer wieder von der FDP in die Diskussion eingebracht wird. Da heißt es dann, grundgesetzliche Regelungen sollen im praktischen Leben befolgt werden. Die Frage ist: Da, wo es in den privaten Bereich geht, hat auch die FDP keine Vorschläge, wie

das eigentlich aussehen soll, sondern es soll eine Festlegung und Definition von Diskriminierung in Bildung, Beruf, Politik, Medien, Werbung erfolgen. Es hat schon ein bißchen den Anschein eines Warenhauskataloges, aber darüber, wo Benachteiligung, Diskriminierung in der Familie vorkommt, wird auch im Antidiskriminierungsgesetz und in dem Katalog, den Sie fordern, nichts gesagt.

(C)

Zum Schluß muß man dann auch noch einmal fragen: Wie soll denn das Ganze überwacht werden? Da hat die FDP die Vorstellung, daß eine Kommission auf Bundesebene eingesetzt werden soll, die über die Verstöße berichten soll und die dann natürlich auch darauf angewiesen ist, daß von den Ländern, daß von der Basis her Informationen gegeben werden. Ja, ich bitte Sie, wer soll denn diese Informationen geben, wenn nicht diejenigen, die unmittelbar mit solchen Fragen zu tun haben? Das wird ja nicht billiger, Frau Hüller, wenn man jetzt über die bestehenden Gesetze noch ein weiteres Gesetz setzt, und das ist das Neueste eben, in den Koalitionsverhandlungen ist dieses Antidiskriminierungsgesetz nicht akzeptiert worden, das heißt, es ist zumindest für diese Legislaturperiode des Bundestages nicht zu realisieren. Wollen wir denn wirklich noch so lange warten?

Das zweite, darauf ist auch schon der Kollege Klatt eingegangen, woher nehmen Sie eigentlich die Behauptung, daß die ganze Stelle nur mit zwei bis drei Mitarbeitern ausgestattet werden sollte? Intention ist, diese erst einmal so anfangen zu lassen und sie natürlich dann weiter aufzustocken, aber wir waren der Meinung, es sollte nicht von vornherein ein großer Apparat hingestellt werden, sondern es sollte dieser Stelle selbst auch überlassen bleiben, dann zu sehen in der konkreten Arbeit, was eigentlich noch an Mitarbeitern notwendig ist.

(D)

Jetzt zum Antrag der FDP! Dieser Antrag, das hat Herr Kollege Klatt schon gesagt, basiert auf den Ergebnissen der Enquetekommission, insofern ist er auch richtig und gut, und ich hätte das auch begrüßt, wenn dieser Antrag zu einem anderen Zeitpunkt vorgelegen hätte, damit man sich inhaltlich mit den einzelnen Punkten auseinandersetzen kann. Dies aber sozusagen als Alternative zu der Gleichstellungsstelle anzubieten ist schier unmöglich. Deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen. Ich will Ihnen das auch einmal an ein paar Punkten aufzeigen.

(Zuruf der Abg. Josette Delphine Brox
[BGL])

Da passiert schon eine ganze Menge. Es ist nicht so, daß bisher gar nichts getan worden ist in den Punkten, die Sie hier fordern. Natürlich kann mehr getan werden. Was zum Beispiel den ersten Spiegelstrich anbetrifft, da fordern Sie, bei Vorlage der Bilanz auch über die Personalstruktur des Unternehmens zu berichten. Das geschieht bei Ansiedlung. Im Mustergrundstücksvertrag lehnen Sie das aber

- (A) ab. Die FDP ist gar nicht bereit, den Mustergrundstücksvertrag zu akzeptieren, der solche Forderungen mit aufstellt.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir diskutieren hier über Gleichberechtigung. Nun demonstrieren Sie doch einmal Gleichberechtigung, indem Sie mehr Aufmerksamkeit an den Tag legen!

(Beifall bei SPD, CDU und FDP — Abg. Werner Fischer [CDU]: Gut, daß Sie den Genossen das sagen!)

Ich habe es dem ganzen Haus gesagt.

Abg. Hede Lütjen (SPD): Der zweite Spiegelstrich: Das betrifft die Öffnung neuer Berufswege für Mädchen und Frauen. Da zeige ich Ihnen jetzt nur einmal das Jahrbuch des Senats, was uns allen zugegangen ist. Darin steht eine Fülle von Aufgaben, die der Senat bereits in Angriff genommen hat, die sich gerade mit diesen Fragen beschäftigen.

(Abg. Jäger [FDP]: Alles zu der Gleichberechtigungsstelle!)

Es kann natürlich noch mehr getan werden, da gebe ich Ihnen ja recht. Was die gerechte Lohnfindung anbetrifft, kann man diese natürlich fordern, das ist aber in erster Linie eine Aufgabe der Tarifpartner, sprich der Gewerkschaften und der Arbeitgeber.

(Beifall bei der SPD)

Was die berufliche Bildung bei außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten anbetrifft, haben sich die Kammern bisher dagegen gewehrt. Was die verstärkte Anstrengung für mehr Teilzeitarbeitsplätze anbetrifft, ist schon eine ganze Menge vom Senat getan worden.

Jetzt kommen wir zum letzten Spiegelstrich, bei dem auch Frau Brox sagt, es sei auf Betreiben des Fraktionsvorstandes der SPD seinerzeit die Kleine Anfrage wieder zurückgezogen worden. Dies ist bereits Inhalt eines großen Berichts gewesen, den wir 1978, Frau Förster wird sich daran sicher auch erinnern, inhaltlich breit diskutiert haben und der eine Reihe dieser Fragen beantwortet hat. Wir sahen es aufgrund dessen nicht für notwendig an, die Verwaltung noch einmal mit einem Wust von Aufgaben zu belasten, nur damit hier der einzelne nicht angehalten zu werden braucht, das einmal zu lesen, was 1978 bereits niedergeschrieben worden ist.

Was Ihre Kritik an dem Paragraphen 1 Absatz 2 anbetrifft, da heißt es: „Der Landesbeauftragte wird auf Vorschlag des Senats von der Bürgerschaft gewählt und vom Senat ernannt.“ Da sind Sie der Meinung, dies sei eine Amputation des Parlaments. Ich sage Ihnen, dies ist ein politischer Beamter, der natürlich dem Senat Rechenschaft abzulegen hat, und

- jetzt hat jeder von Ihnen die Möglichkeit, Vorschläge zu machen. Wir haben auch unseren Vorschlag gemacht. Dagegen gibt es doch wohl überhaupt nichts zu sagen. (C)

Die Frauenverbände können natürlich dem Senat Vorschläge machen und sagen, wen sie eigentlich gern auf diese Stelle haben möchten. Wenn wir unseren Vorschlag öffentlich machen, heißt das noch lange nicht, daß damit jemand möglicherweise schon befangen wäre, denn letztendlich entscheidet der Senat darüber, wer dann, wenn die Gleichstellungsstelle eingerichtet worden ist, dies auch wird.

(Abg. Adamietz [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Abg. Hede Lütjen (SPD): Nein! Er ist insofern dem Senat verantwortlich, weil er eine Wahlfunktion auf zwölf Jahre bekommt.

(Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Beim Abgeordneten Adamietz wollten Sie keine Zwischenfrage annehmen, und hier nehmen Sie eine Zwischenfrage an. Ist das richtig? (D)

Abg. Hede Lütjen (SPD): Das habe ich eben nicht gesehen, das tut mir leid! Ich hatte nur Herrn Klein gesehen. — Bitte schön!

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, vom Abgeordneten Adamietz eine Zwischenfrage anzunehmen? — Bitte sehr!

Abg. Adamietz (BGL): Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie einen Vorschlag gemacht haben zum Gesetz und zu dieser Stelle? Darf ich jetzt nun die Frage daran anschließen, ob der Senat für die Besetzung dieser Stelle auch schon Zusagen gemacht hat, gleich in welcher Form?

(Abg. Neumann [CDU]: Was soll sie denn sagen? Soll sie ja sagen?)

Abg. Hede Lütjen (SPD): Der Senat hat uns noch nicht einmal eine klare Stellungnahme gegeben, was die Ansiedlung anbetrifft, wobei, jetzt will ich Ihnen einmal meine persönliche Meinung sagen, mir das völlig egal ist, wo die Stelle angesiedelt ist, sondern mir ist wichtig, daß durch dieses Gesetz die Möglichkeit gegeben ist, daß sie möglichst frei und ohne große Einwirkung arbeiten kann.

(Abg. Dr. Monnerjahn [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Klein, wollten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Klein [CDU]: Wenn ich an der Reihe bin! — Abg. Beckmeyer [SPD]: Herr Präsident, er stand doch gar nicht mehr!)

Bitte, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Frau Kollegin, ich möchte auf Ihre Bemerkung zurückkommen, in der Vorlage sei die Leiterin der Zentralstelle als politischer Beamter ausgewiesen. Darf ich zur Klarstellung folgendes fragen: Sind Sie mit mir der Auffassung, daß es sich hier ausweislich Ihrer eigenen Vorlage nicht um einen politischen Beamten, sondern um einen Beamten auf Zeit handelt?

Abg. Hede Lütjen (SPD): Ich habe mich bereits verbessert, Herr Klein. Entschuldigung!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zwischenfrage von Herrn Dr. Monnerjahn!

Abg. Dr. Monnerjahn (SPD): Frau Kollegin Lütjen, können Sie mir bestätigen, daß wir das Problem, ob die Leiterin oder der Leiter dieser Stelle auf Vorschlag des Senats ernannt werden soll, von der Bürgerschaft gewählt werden soll, lange diskutiert haben und daß wir schließlich mit einem Blick in die Bremische Landesverfassung in Artikel 118 Absatz 2, worin steht: „Soweit die Verfassung nichts anderes bestimmt, ist der Senat Dienstvorgesetzter aller in Dienste der Freien Hansestadt Bremen stehenden Personen, er“ — und zwar er allein — „stellt sie ein und entläßt sie“, dazu gekommen sind, „auf Vorschlag des Senats“ mit in den Entwurf hineinzunehmen?

Abg. Hede Lütjen (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Dr. Monnerjahn, für diese Hilfe, da ich juristisch überhaupt nicht vorgebildet bin. Es ist sehr hilfreich, wenn dann solche unterstützenden juristischen Äußerungen dazukommen.

(Abg. Neumann [CDU]: Sehr hilfreich, das stimmt!)

Lassen Sie mich noch einige Punkte zu dem sagen, was Frau Förster gesagt hat!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. Hede Lütjen (SPD): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Adamietz!

Abg. Adamietz (BGL): Frau Kollegin, sind Sie bereit, dann auch von mir zur Kenntnis zu nehmen, daß ich dieses Problem auch lange mit mir beraten habe und zu dem Ergebnis gekommen bin, daß ein wesentlicher Unterschied darin liegt, daß zwar der

Senat nach der Verfassung selbstverständlich die Beamten zu ernennen hat, daß es aber eine ganz andere Frage ist, wenn es sich um einen Wahlbeamten handelt, wer nun wählt und auf wessen Vorschlag gewählt wird?

Daß dann die Ernennungsurkunde selbstverständlich vom Senat ausgehändigt und vom Senat ausgefertigt wird, ist natürlich ein Unterschied, so daß also in der Argumentation, die ich hier vorgetragen habe, deswegen auch schlüssig ist zu sagen, wir wollen, daß hier das Vorschlagsrecht im Hause bleibt! Selbstverständlich, wenn gewählt ist, ernennt der Senat dann die gewählten Personen. Das ist die Auslegung — —.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Damit ist die Frage gestellt! — Bitte sehr!

(Abg. Neumann [CDU]: Monnerjahn, nun mal ran hier!)

Abg. Hede Lütjen (SPD): Ja, ja, ich weiß! Also, es ist ja schon deutlich geworden, zwei Juristen und schon gleich zwei Meinungen, trotzdem weise ich noch einmal darauf hin, wir wählen hier, das steht in Paragraph 1 Absatz 2, aber der Senat macht Vorschläge, und wiederum alle hier im Hause haben die Möglichkeit, dem Senat auch Vorschläge zu machen. Welchen Vorschlag er daraus auswählt, entscheidet der Senat, denn er soll letztendlich dann auch mit dieser Stelle zusammenarbeiten. Es ist nicht so, daß diese Stelle dann mit dem Parlament allein zusammenarbeitet.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze — hier leuchtet das Lämpchen nämlich schon auf — noch zu dem sagen, was Frau Förster vorgebracht hat! Ich habe das sehr bedauert, Frau Förster, daß die Schlußfolgerung Ihrer Äußerungen gewesen ist, daß Sie jetzt Ablehnung empfehlen. Wir sind durchaus bereit, zur zweiten Lesung die Argumente, die hier gefallen sind, und auch einen Teil dessen, was noch kurzfristig eingegangen ist, noch einmal kritisch zu überprüfen. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß solch eine Forderung, auch Betriebs- und Personalräte mit aufzunehmen, durchaus bei inhaltlicher Diskussion für uns ein Punkt wäre, über den man noch einmal reden könnte.

Wir haben auch nicht die Einbeziehung der Pressestelle des Senats so verstanden, daß die Pressestelle des Senats nun vor- oder nachdenken soll, sondern für uns war das eigentlich mehr die Überlegung, den technischen Apparat dieser Pressestelle auch dieser Gleichstellungsstelle zur Verfügung zu stellen, und insofern kann man durchaus darüber diskutieren.

Wir halten allerdings eine Wahlperiode von sechs Jahren für zu wenig. Man kann nach dem Ablauf dieser zwölf Jahre darüber inhaltlich noch einmal diskutieren, aber jetzt schon von vornherein dies auf einen so kurzen Zeitraum bei der Fülle von Auf-

(C)

(D)

(A) gaben, die möglicherweise auf die Stelle zukommen, zu begrenzen, halten wir nicht für sinnvoll. Deshalb bleiben wir also bei den zwölf Jahren, die wir hier formuliert haben.

Ein Letztes zu dem Antrag der Bremer Grünen Liste zur Frage des Bremer Frauenhauses! Diesen werden wir natürlich ablehnen. Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem Bremer Frauenhaus und dem Senator für Soziales, Jugend und Sport. Wenn das inhaltlich noch breiter diskutiert werden soll, ich bin ganz sicher, dann steht Senator Scherf dazu noch zur Verfügung. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß es längere Debatten schon darüber gegeben hat.

Das Frauenhaus hat bisher Globalmittel erhalten bis Anfang dieses Jahres. Das hat uns große Schwierigkeiten gemacht, weil das Bremer Frauenhaus natürlich nicht wollte, daß auf jede Rechnungsstelle direkt Einfluß genommen wird. Das würde nämlich beinhalten, wenn sie im öffentlichen Haushalt stehen, daß natürlich der Rechnungshof hier sofort zugreifen kann und über jeden Beleg sich dann auch Akten und Nachweise erbitten würde. Insofern glaube ich nicht, wenn sich das Bremer Frauenhaus inhaltlich damit auseinandersetzen würde, daß es das für so hilfreich hielte. Die Vereinbarungen, die jetzt getroffen worden sind, sind für das Bremer Frauenhaus, was die finanziellen Mittel betrifft, sehr viel günstiger, als die Globalzuteilung im Haushalt wäre.

(B) (Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben noch, wenn wir 18.15 Uhr zum Ziel haben, 15 Minuten. Wir haben drei Wortmeldungen. Wir müssen uns also anstrengen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Monnerjahn.

Abg. Dr. Monnerjahn (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn sich wiederum ein Mann für die SPD-Fraktion gemeldet hat, so bitte ich, daraus keine falschen Schlüsse zu ziehen. Das ist einfach darauf zurückzuführen, daß bei uns auch die Personen männlichen Geschlechts in der Fraktion das Anliegen der Frauen, nämlich Gleichberechtigung und Antidiskriminierung, zu ihrem eigenen gemacht haben und deswegen diesen Antrag mit unterstützen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Haha!)

Ich habe mich aber insbesondere durch die Fragen von Herrn Adamietz provoziert gefühlt, die er lieber hätte an einen Juristen stellen sollen, nicht an Frau Lütjen.

Vielleicht einige Sätze zunächst an Frau Broxl. Auch meine Freunde und ich sind der Auffassung, daß in der Tat das Problem primär ein gesellschaftspolitisches ist. Wir sind aber nicht so naiv anzu-

nehmen, daß durch die Schaffung einer solchen Stelle in absehbarer Frist die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau beseitigt wird. Nur, vor welcher Alternative stehen wir? Die Hände in den Schoß zu legen oder irgend etwas zu tun!

Kurz zu der Frage, die hier Frau Förster noch einmal aufgeworfen hat, warum ein Gesetz erlassen werde, es reiche doch im Grunde eine Verordnung aus! Das ist richtig. Diese Frage haben wir sehr lange erörtert und die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen. Wir meinten aber, dadurch, daß wir hier die Gesetzesform wählen, ein Zeichen zu setzen, weil wir doch vor dem Problem stehen, daß sowohl im Grundgesetz, und zwar an vorderster Stelle in Artikel 3 Absatz 2 und Absatz 3, als auch in der Bremischen Landesverfassung in Artikel 2 bereits die Gleichberechtigung der Frau postuliert ist, die gesellschaftliche Realität aber anders aussieht. Deswegen meinen wir, durch die Wahl der Gesetzesform nach außen zu dokumentieren, wie ernst uns dieses Anliegen ist.

Frau Förster beanstandet weiter, daß wir in das Gesetz aufgenommen haben, daß die Zentralstelle im Zusammenwirken mit der Senatspressestelle arbeiten soll, und problematisiert, ob die Zentralstelle nicht in der Lage ist, von sich aus die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Das hat einfach den Grund, daß unserer Meinung nach die Zentralstelle, um effektiv Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu leisten — und das ist das Entscheidende, um wirklich in die gesellschaftlichen Bereiche hineinwirken zu können —, sich des Know-how der Pressestelle des Senats und der technischen Hilfsmittel bedienen soll, damit in der Tat nicht das, was Frau Hüller hier apostrophiert hat, eintritt, daß wir einen riesigen neuen Apparat, eventuell sogar mit eigener Pressestelle, aufbauen. Nur dies steckt an Überlegungen dahinter. Wir haben das im übrigen sehr sorgfältig abgewogen.

(Abg. Klein [CDU]: Das Wichtigste wäre aber ihre Unabhängigkeit!)

Weiter beanstanden Sie den Ausdruck — und bitten da um Erläuterung, was er bedeutet — planungsrelevante Daten. Ich gebe zu, daß man vielleicht eine etwas mehr der deutschen Sprache angemessene Formulierung hätte wählen können.

Dahinter steckt folgendes: Der Datenschutz hat aufgrund des Bremischen Datenschutzgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes unsere besondere Aufmerksamkeit gewonnen und einen ganz besonderen Stellenwert erhalten. Die Überlegung, die dahintersteckt, ist, daß wir nicht durch eine zu weite Ausgestaltung der Rechte der Gleichstellungsstelle in den Datenschutzbereich kommen und wir durch die Wahl des Begriffs planungsrelevante Daten einfach eine Abgrenzung zum Datenschutz vornehmen wollen. Nur diese Überlegung war unsere Motivation. Ich glaube deshalb, daß Sie unsere Position insoweit durchaus akzeptieren können.

(C)

(D)

(A) Jetzt zu einigen Beanstandungen rechtlicher, ich würde mehr sagen, rechtspolitischer Art von Herrn Adamietz! Herr Adamietz beanstandet zunächst, ich möchte es einmal so formulieren, daß im Gesetzentwurf ein Deputationsteilnahmerecht vorgesehen ist oder besser die Pflicht der Leiterin der Zentralstelle, an Deputationssitzungen teilzunehmen. Er meint, eine solche Bestimmung hätte an sich in das Deputationsgesetz gehört.

Darüber kann man diskutieren, das ist aber mehr eine Frage der Gesetzestechnik, zwingend erforderlich ist es nicht. Wir können das Teilnahmerecht oder die Teilnahmepflicht auch in einem anderen Gesetz statuieren, wie beispielsweise eine große Zahl von Straftatbeständen etwa im Strafbuch geregelt ist, sondern in einer Vielzahl von strafrechtlichen Nebengesetzen. Man kann aber darüber nachdenken, ob man das vielleicht später bei einer Novellierung des Deputationsgesetzes dort mit hineinnimmt.

Herr Adamietz, ich darf dann noch einige Sätze zu Ihrer weiteren Beanstandung, nämlich zur Formulierung „auf Vorschlag des Senats“, sagen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß wir verfassungsrechtlich, und zwar landesverfassungsrechtlich, nicht darum herumkommen, daß nach Artikel 118 abschließlich der Senat die bremischen Bediensteten einstellt und entläßt. Daraus folgt die Überlegung, ob es zwingend erforderlich ist, daß auch der Senat vorschlägt, oder kann die Bürgerschaft von sich aus irgend jemanden wählen, und ist dann der Senat verpflichtet, diese Person einzustellen? Herr Lahmann wies bereits eben darauf hin, daß wir die Regelung beim Datenschutzbeauftragten genauso getroffen haben.

(B) Wir haben bei der Vorbereitung des Gesetzes dieses Problem ausführlich diskutiert und haben dann gemeint, um alle verfassungsrechtlichen Bedenken zurückzustellen, diesen Vorschlag zu unterbreiten, wobei ich politisch realistisch genug sehe, daß natürlich eine gewisse politische Abstimmung zwischen Mehrheitsfraktion und dem von ihm getragenen Senat vorhanden ist. Das ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit.

Sie haben weiter beanstandet, daß diese Zentralstelle möglicherweise in einer Art rechtsfreiem Raum hängt. Das, meine ich, kann man aus dem Gesetz nicht herauslesen. Diese Landesbehörde ist wie jede andere Behörde eingebettet in die Regierungsverantwortung des Senats. Entschieden ist noch nicht die Frage, zu welchem Senatsressort die Gleichstellungsstelle gehören wird, insbesondere ob sie der Senatskanzlei zugeordnet wird. Das ist Sache der Geschäftsverteilung des Senats, die wir durch dieses Gesetz nicht ändern können.

Als letztes haben Sie beanstandet, daß der Bericht, den diese Stelle abzugeben hat, nicht von der oder dem Landesbeauftragten selbst, sondern vom Senat gegeben wird. Auch diese Beanstandung halte ich nicht für zwingend, denn wenn sich diese Lan-

desbehörde nicht in einem rechtsfreien Raum befindet, dann ergibt sich logischerweise, daß sie diesen Bericht nur über den Senat abgeben kann. Ich glaube, daß wir da d'accord gehen. — Ich danke Ihnen! (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann. Wir haben noch drei Wortmeldungen.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als der Bürgermeister in seiner Regierungserklärung das Vorhaben ankündigte, eine Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau einzurichten, und wir dies in der Fraktion behandelten, waren wir — mindestens ich selbst — nicht von vornherein der Auffassung, daß das ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau sein könnte. Dennoch haben wir uns positiv geäußert, weil es mindestens im Ansatz eine Möglichkeit bieten könnte, die Problematik deutlicher ins Bewußtsein zu heben.

Ich muß sagen, daß ich im Laufe der Debatten, die wir hier geführt haben, dem konkreten Plan, den die SPD zu verwirklichen vorhat, immer kritischer gegenüberstehe.

(Beifall bei der CDU)

(D) Wir hatten, meine Damen und Herren, ursprünglich vor, der Stelle als solcher zuzustimmen. Wir haben in den Beratungen vor zwei Tagen fraktionsintern beschlossen, uns bei dieser Lesung der Stimme zu enthalten. Nun ist es ja noch hin und wieder üblich, daß man in einer Debatte überzeugt werden kann. Wir sind nach dieser Debatte, insbesondere nach dem Beitrag des Kollegen Klatt, aber auch durch die Beiträge der Oppositionsredner, zur Auffassung gekommen, daß eine Zustimmung nicht mehr sinnvoll ist.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Zum einen ist das eine Ablehnung des Verfahrens. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn dies schon eine so bedeutende Stelle sein soll, wenn dies nun eine Sache ist, die — ich nehme an, daß Sie das mindestens verbal wollen — sich der Parteipolitik entziehen möge, dann wäre es doch in diesem Fall wirklich sinnvoll gewesen, daß Sie, wie das üblich ist, in einem nichtständigen Ausschuß uns die Möglichkeit gegeben hätten, die rechtlichen wie auch die anderen Fragen zu erörtern.

(Beifall bei CDU und BGL)

Diese Debatte — Herr Dr. Monnerjahn, Sie sind Ihrer Kollegin ja zu Hilfe gekommen, mit Recht — hätte sehr sorgsam zum Beispiel in einem Ausschuß vorbereitet werden können. Meine Damen und Herren, Sie haben auf die Mitarbeit der anderen Fraktionen überhaupt keinen Wert gelegt. Sie wollten ein groß angekündigtes Wahlversprechen so schnell

(A) wie möglich durchziehen, um nach außen hin dann die große Schau zu haben! Das ist die reine Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, unsere Bedenken in der Sache sind von Frau Förster angesprochen worden. Es ist offen die Frage der Ansiedlung. Wir sollen hier etwas beschließen und wissen nach wie vor nicht, in welchem Senatsbereich diese Stelle anzusiedeln ist.

(Abg. Klatt [SPD]: Das entscheidet der Senat!)

Ja, das entscheidet der Senat, aber vielleicht haben Sie auch einmal eine Meinung! Sonst legen Sie den Senat ja auch fest. Hier wäre es doch einmal gut, daß Sie sagen, wohin das kommen soll! In welchem Haushalt kommt das unter? Das muß man doch wissen, bevor man dieses Gesetz verabschiedet!

Pressestelle des Senats! Meine Damen und Herren, das haben Sie so abgetan. Mir ist nicht ganz wohl dabei, daß solche Institutionen nun auch noch gefiltert werden sollen durch die Pressestelle des Senats. Wozu die Pressestelle fähig ist, wissen wir ja!

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt! Wir wollen nicht, daß diese Institution nur Anlaufstelle für relevante Gruppierungen ist, sondern auch für einzelne. Warum nicht? Dies lehnen Sie ab.

(B)

(Abg. Klatt [SPD]: Steht im Gesetz!)

Meine Damen und Herren, zwölf Jahre für eine solche Position sind zu lang! Ich gehe davon aus, daß dies eine Person sein müßte, nach meiner Vorstellung, die noch nicht so einbezogen ist in die langjährige Maschinerie des Parlamentarismus, eine Dame, die zu besonderen Innovationen noch fähig ist. Wenn sie dies sechs Jahre macht, dann hat sie in der Tat viel zu tun. Hier von vornherein sich auf zwölf Jahre festzulegen, sieht so aus, als sollte jemand untergebracht werden!

(Beifall bei der CDU)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum eigentlichen Punkt. Ich habe wenigstens gehofft, daß, als diese Zwischenfrage von mir an Herrn Adamietz gerichtet wurde, Sie von der SPD gesagt hätten, wir haben überhaupt noch keine Meinung, was die Person betrifft, denn jetzt sind wir erst einmal bei der Sache, jetzt wollen wir erst einmal das Gesetz verabschieden. Ich hatte gemeint, die Abwesenheit von Frau Kerstein habe nichts zu tun mit Befangenheit, sondern sie habe andere Gründe.

Aber wenn nun noch Frau Lütjen — und das spricht für sich — erklärt, jawohl, wir haben bereits unseren Vorschlag gemacht, meine Damen und Herren, dann muß ich Sie doch fragen, was für ein Ver-

ständnis haben Sie eigentlich von Gesetzen, was für ein Verständnis haben Sie von Parlamentarismus? Wir befinden uns noch nicht einmal am Ende der ersten Lesung, und bei Ihnen steht fest, wer es werden soll! Dies macht deutlich, wohin die Reise gehen soll!

(C)

(Beifall bei CDU, FDP und BGL — Abg. Seifriz [SPD]: Das ist die reinste Blauäugigkeit!)

Falls noch einer von Ihnen redet — Herr Senator Seifriz, Sie sind ja auch recht firm —, möchte ich wenigstens einmal beantwortet haben, was denn besonders für Frau Kerstein spricht, wenn sie schon von Ihnen gewählt werden soll. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich das einmal in den Kopf gesetzt haben, das kennen Sie doch selbst, dann setzen Sie dies auch durch! Seien Sie doch nicht so scheinheilig und sagen, wir könnten ja auch Vorschläge machen! Schreiben Sie die Stelle einmal ordentlich aus,

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Das werden wir auch, beziehungsweise der Senat muß das!)

und dann lassen Sie uns einmal vernünftig darüber beraten, aber legen Sie sich doch nicht schon vorher fest! Hier soll jemand abgefunden werden auf zwölf Jahre. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei der CDU)

Zu den einzelnen Anträgen ist zu sagen: Wir machen den FDP-Antrag mit. Verehrte Frau Lütjen, ich verstehe Sie in dem Punkt gar nicht mehr. Ich habe Sie wirklich für eine Kämpferin für die Gleichberechtigung der Frau gehalten.

(D)

(Abg. Dinné [BGL]: Was?)

Herr Dinné, nach den Kenntnissen, die ich habe!

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun macht eine Fraktion Nägel mit Köpfen, führt ganz konkrete Punkte auf, die nicht nur — das hat sie gar nicht behauptet — aus der eigenen Weisheit kommen, sondern die sich auf andere, bereits von Sachverständigen beschlossene Vorschläge beziehen. Da sagen Sie, die lehnen wir ab.

Verehrte Frau Lütjen, wenn Sie sagen, wir machen es deshalb nicht mit, weil das möglicherweise alternativ gesehen wird von der FDP, entweder die Gleichstellungsstelle oder die konkreten Vorschläge, dann schlage ich Ihnen vor, beantragen Sie doch, über den ersten Absatz der FDP getrennt abzustimmen. Den könnten Sie ja ablehnen, und dann lassen Sie uns die anderen Forderungen mitmachen, wenn Sie in der Sache der Meinung sind, daß man wirklich konkrete Schritte praktizieren sollte!

Meine Damen und Herren von der SPD, ich finde, Sie könnten auch den ersten Absatz mitmachen, denn

(A) ich glaube nicht, daß Sie das nicht wollen. Was steht im ersten Absatz der FDP? „Die Bürgerschaft ist der Auffassung, daß die vorhandene Ungleichbehandlung der Frau in unserer Gesellschaft nach wie vor besteht.“ Der Auffassung waren wir bisher ja noch alle! „Sie kann aber nicht durch Deklamationen oder besondere Beauftragte, die letztlich alle Beruhigungs- und Alibifunktion haben, beseitigt werden, sondern nur durch konkrete Maßnahmen.“ Dem müßte man auch noch zustimmen! Natürlich kann das nicht durch eine solche Institution beseitigt werden, sondern durch konkrete Maßnahmen. Ich fände es logisch, wenn Sie es ernst meinen, daß Sie diesem Antrag zustimmen.

Zu dem Antrag der Grünen! Bezogen auf das Frauenhaus, Herr Adamietz, weiß ich — dazu müßte Senator Scherf vielleicht etwas sagen —, daß Ihre Forderung, daß Zuschüsse aus dem öffentlichen Haushalt gegeben werden oder, wie Sie formulieren, daß das im öffentlichen Haushalt abzusichern ist, gar nicht einmal strittig wäre, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt würden, ohne die es einfach nicht geht.

Nach meinen Informationen sind da bereits Zuschüsse in einem Wert von 200 000 bis 300 000 DM gegeben worden. Nur, die Betroffenen weigern sich, diese Beträge abzurechnen. Das ist meine Information. Für den Fall, Herr Senator Scherf, daß dies so zutrifft, muß ich sagen, muß man dies verlangen. Jeder, der vom Staat Geld bekommt, muß den Nachweis dafür liefern, wofür er es ausgegeben hat.

(Beifall)

Das muß also auch geklärt werden.

Letzte Bemerkung zum Antrag der Bremer Grünen Liste betreffend Bezeichnung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst! Herr Kollege Adamietz, Sie haben recht, daß immer nur vom männlichen Geschlecht gesprochen wird. Wir wären bereit, Ihrem Antrag zu folgen, wenn Sie dies auch ausdehnen — auch ausdehnen! — auf das weibliche Geschlecht. Ich finde es auch ein bißchen komisch, wenn da nur steht „der Beamte“. Sie haben gesagt, jetzt wollen wir das einmal zwei Jahre umgekehrt machen.

Nun könnte man sagen, das ist besonders frapierend, oder es sollte ein besonderes Zeichen gesetzt werden. Ihre eigentliche Meinung kann das ja nicht sein. Wenn wir zwei gleichberechtigte Geschlechter haben, müssen diese beide aufgeführt werden. Wir wären bereit, Ihrem Antrag zuzustimmen und einen Schritt, mindestens formalen Schritt im Außenverhältnis, zur Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst zu tun, wenn Sie hinter das Wort „nunmehr“ in der letzten Zeile „auch“ setzen, so daß es heißt, „nunmehr auch die weibliche Bezeichnungsform verwendet wird“. Ich möchte bitten, Herr Präsident, dies als Änderungsantrag aufzufassen.

Abschließend, meine Damen und Herren: Die Absicht, auch mit Hilfe einer solchen Stelle, Gleichbe-

rechtigung zu fördern, ist positiv. Nur nach den Beiträgen, die hier insbesondere seitens der SPD geleistet worden sind, und nach der Absicht, die personalpolitisch bereits klar ist, ist es uns unmöglich, einem solchen Vorhaben zuzustimmen, weil dies nichts anderes ist als das Alibi, das man bisher im Senat nicht hatte.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Präsident Dr. Klink: Da soll nur das Wörtchen „auch“ hinein? Ist das richtig?

(Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Ich frage den Abgeordneten Adamietz: Übernimmt das der Antragsteller?

(Abg. Adamietz [BGL]: Ich will dazu gleich etwas sagen!)

Als nächste — und wir haben damit die Rednerliste wieder verlängert — hat das Wort die Abgeordnete Frau Hüller.

Abg. Gisela Hüller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich ganz kurz fassen und möchte nur noch einmal Bezug nehmen auf den Antrag der Bremer Grünen Liste mit der Drucksachen-Nummer 10/365, der uns während der Debatte vorgelegt wurde.

Wir finden diesen Antrag, Herr Kollege Adamietz, zwar sehr humorig, aber uns ist das Thema Gleichberechtigung und der Weg, zur tatsächlichen Gleichbehandlung zu kommen, so wertvoll und steht bei uns so hoch im Kurs, daß wir nicht verantworten möchten, durch humorige Anträge diese Geschichte ins Lächerliche zu ziehen. Wir wären sehr damit einverstanden, wenn der Senat die verbindliche Erklärung abgeben würde, daß zumindest Stellenausschreibungen für den öffentlichen Dienst geschlechtsneutral sind, damit nicht von Anfang an der Eindruck erweckt wird, daß diese Stelle nur geschlechtsspezifisch besetzt werden kann.

Abschließend möchte ich nach diesen Diskussionen feststellen, daß die parlamentarische Debatte noch lebt, wenn es um die Sache geht, daß Politiker noch zu überzeugen sind. Wir als FDP-Fraktion sind froh und dankbar dafür, daß andere Fraktionen nach Abschluß dieser Debatte zu einer anderen Auffassung gekommen sind und bereit, unserem Antrag zuzustimmen, das Gesetz in dieser Form abzulehnen. — Vielen Dank!

(Beifall bei FDP und BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klatt.

Abg. Klatt (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz fassen. Dem Antrag der Gruppe der BGL mit dem Änderungsantrag von Herrn Neumann stimmen wir zu, daß nunmehr auch die weibliche Bezeichnungsform im Beamten-gesetz verwendet wird.

(A) Dann zum Antrag der BGL! Es geht um das Frauenhaus. Herr Adamietz, ich halte diese Formulierung, daß derjenige, der Sozialhilfeleistungen bekommt, diskriminiert ist und daß die Frauen im Frauenhaus allein dadurch, daß sie Sozialhilfe nach einem BSHG erhalten, sich diskriminiert fühlen, schlechterdings für eine Schweinerei! Das muß ich offen sagen!

(Beifall bei der SPD)

Sie diskriminieren nämlich damit eine gesamte Bevölkerungsschicht, die einmal in Not gerät und Rechtsansprüche auf BSHG-Leistungen hat. Wenn alle diese Personen sich diskriminiert fühlen würden, dann weiß ich nicht, in welcher Gesellschaft wir leben! Insofern bitte ich Sie wirklich ernsthaft, sich dies zu überlegen und den Antrag zurückzuziehen, weil ich es einfach nicht hinnehmen kann, daß eine gesamte Gesellschaftsschicht hier durch Ihre Formulierung diskriminiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dann zu Herrn Neumann! Herr Neumann sagte, daß die Zentralstelle nicht berechtigt sei, sich mit Einzelfragen zu beschäftigen. Herr Neumann, Sie haben, ich nehme an, aus zeitlichen Gründen, das nicht lesen können, aber der, der es für Sie gelesen hat, hat es auch nicht richtig verstanden. In Paragraph 2 Absatz 2 steht, daß die Zentralstelle Anregungen, Fragen und Beschwerden zu Problemen der Gleichberechtigung entgegennehmen kann. Sie ist berechtigt, sich über die Beantwortung zu informieren. Das heißt, auch in Einzelfragen kann diese Stelle tätig werden. Das sollten Sie vielleicht auch einmal genauer lesen!

(B)

Zu dem Problem des Vorschlagsrechts der Fraktion wird mein Kollege Kunick gleich etwas sagen. Ich kann nur noch einmal die Bitte äußern, daß Sie sich dem Gesetzentwurf anschließen, weil Sie sich sonst gegen alle relevanten Organisationen stellen und wahrscheinlich das auch bei der nächsten Bürgerschaftswahl merken werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So, wie die Debatte ist, sieht es wohl so aus, daß wir dieses Gesetz hier als Sozialdemokraten allein tragen werden.

(Zuruf des Abg. Jackisch [CDU])

Richtig, Herr Kollege Jackisch, wir werden das jetzt allein beschließen. Ich möchte nur an diese Beschluslage hier im Haus einige Bemerkungen anknüpfen.

Erstens: Wir sind der Auffassung, daß das Aufgreifen der Frauenprobleme im Land Bremen eine viel zu wichtige Angelegenheit ist, als daß nach dem Beschluß über ein solches Gesetz diese Insti-

tution lange nur von einer Partei aus diesem Haus unterstützt werden wird. Sie wird nach meiner Einschätzung sehr bald dann auch die Unterstützung der Parteien erfahren, die hier aus parteipolitisch gefärbten Gründen heute nein sagen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Daß es zur Funktion einer Opposition gehört, eine Angelegenheit, die eine Partei zum Gegenstand von Wahlaussagen gemacht hat, auch abzulehnen, auch zu versuchen, hier und da etwas auszusetzen im Gesetzgebungsprozeß, ist in allen Parlamenten üblich, wird von uns respektiert in dem Maß, wie das die Wahrnehmung ihrer Oppositionsfunktion ist. Wir bieten aber an, daß im weiteren Verfahren — ganz gleich, wie Sie hier abstimmen — wir als Parteien im Land Bremen diese wichtige Aufgabe, die eingefahrene und nur so schwer zu verändernde Diskriminierung der Frau abzubauen, wir dies dann doch — ganz egal, wie die Abstimmung hier heute läuft — gemeinsam tragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen das zu den Parteien hier im Haus, und wir sagen das auch auf die Frauenverbände hin, die natürlich aus ihrer Interessenlage sich schon viel positiver geäußert haben, als aus parteipolitischen Gründen das hier und da gegenwärtig passiert. Wir sehen, daß dies eine Aufgabe ist, bei der man nicht sagen kann, das machen die, weil keine Frau im Senat ist. Dies ist eine Aufgabe, unabhängig davon, ob Männer oder Frauen in der Verantwortung sind, die gelöst werden muß, wenn man die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ernst nimmt und sagt, es muß tatsächlich Gleichheit zwischen Mann und Frau hergestellt werden.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, man muß darüber nachdenken, wie es überhaupt angehen kann, daß eine doch so liberal ausgeprägte Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht in der Lage war, die Gleichberechtigung der Frau weiterzubringen, als sie gebracht ist bis jetzt. Meine Damen und Herren, da nun zu sagen, dieser Ansatz ist uns zu mager, das ist natürlich edel, aber das würde bedingen, daß man sagt, der Ansatz muß bedeutend größer gemacht werden, und es muß viel mehr passieren, und es muß auch viel härter eingegriffen werden. Das als Argumentation halte ich für akzeptabel, aber wenn dann die Möglichkeit zunächst sich bietet, einen Schritt zu machen, halte ich es für nicht ganz logisch, den ersten abzulehnen und zu sagen, wir wollen vier Schritte machen, sondern dann macht man, so meine ich, den ersten gemeinsam.

Wir, wie gesagt, Herr Kollege Klein, meinen, daß diese Aufgabe nicht nur zwölf Jahre, sondern leider noch länger

(Abg. Klein [CDU]: Zwölf Jahre sind zu-
viell)

(A) uns beschäftigen wird, überall da, wo gesellschaftliche Verantwortung getragen wird. Wir wollen mit dieser Gleichstellungsstelle einen ersten Schritt tun.

Wir nehmen übrigens, Herr Adamietz, Ihren Antrag wörtlich, den man auch interpretieren könnte als den Versuch, wieder in Eulenspiegelerei ein Problem, nicht ganz ernsthaft, aber doch so aufgeschrieben, daß es nicht auffällt, zu behandeln. Wir nehmen ihn ernst, wir nehmen ihn in der Weise ernst, daß wir sagen, ja, gut, dann wollen wir das einmal wörtlich nehmen und allen Verdacht der Eulenspiegelerei herausnehmen, wenn Sie — —.

(Abg. Willers [BGL]: Eulenspiegel war ein sehr ernsthafter Mann!)

Eulenspiegel war ein sehr ernsthafter Mann, aber Sie haben nicht das Format, Herr Willers!

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen den in der Form an, die Herr Neumann hier vorgeschlagen hat.

(Abg. Neumann [CDU]: Bei Neuauf-
lage!)

In dieser Form, meinen wir, kann man das so nehmen, wie es da aufgeschrieben ist. Man kann natürlich nicht damit verbinden, daß alle Telefonbücher morgen eingestampft werden, sondern es ist dann die Frage der Herausgabe des nächsten, und man sollte damit auch nicht die Erwartung verbinden, daß alle Formulare, die im Land Bremen benutzt werden, morgen in die Papierkörbe gehen und die Druckereien neu anrollen, aber wir meinen, dies ist in der Tendenz durchaus richtig.

(Beifall bei der SPD)

So, und dann darf ich noch ein letztes Wort sagen zu der Frage von Personen. Heuchler wären diejenigen, die behaupteten, daß Überlegungen, Institutionen zu schaffen, nirgendwo im parlamentarischen politischen Leben irgendwo auch nur verbunden würden mit der Frage, ob die Institutionen auch besetzt werden und durch wen sie besetzt werden. Wer das als Parlamentarier behauptet, disqualifiziert sich insofern, als zum Parlamentarismus doch auch ein Bezug zur Wahrheit gehört.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens, die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Frauen, die sich sehr energisch eingesetzt haben für diese Gleichstellungsstelle, auch bereits Vorschläge öffentlich gemacht haben, wird meiner Fraktion sicherlich ein wichtiges Indiz in den Beratungen sein, sage ich deutlich. Ich sage ebenso deutlich, Frau Kerstein ist nicht befangen, denn soweit ist der Willensbildungsprozeß nicht gediehen, obgleich ich der Kollegin Kerstein hier attestieren möchte, daß sie für uns eine sehr ernsthafte Bewerberin ist, wenn sie sich bewerben sollte.

Im übrigen wird das Verfahren ja, wenn dieser Gesetzentwurf beschlossen wird, so sein, daß der Senat ausschreibt, daß der Senat beschließt, daß der Bürgerschaft Vorschläge gemacht werden, daß die hier zu erwägen sind, und in diesem Findungsprozeß kann auch Frau Kerstein am Ende als Kandidatin herauskommen. Es muß nicht so sein, obgleich, Herr Neumann, ich Ihnen gern zugestehe, daß ich für Frau Kerstein hohe Wertschätzung habe. Ich muß Ihnen das aber hier einmal so deutlich sagen, weil Ihre Art, das Problem darzustellen, nämlich eine ganz üble Miesmacherei gegenüber einer Kollegin war,

(Beifall bei der SPD)

und das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kunick, noch einmal jetzt zu dem Änderungswunsch! Der Abgeordnete Beckmeyer gab mir den Hinweis, daß jetzt das, wie Sie gerade wünschten, so aussehen soll, ich kann einmal vorlesen:

Es sollte also gestrichen werden „bis auf weiteres“ in der vorletzten Zeile, dann kommt „nunmehr auch“, die Einfügung, „die weibliche Bezeichnungsförm verwendet werden kann“, statt „wird“. Das ist jetzt das, was Sie beantragten. Ist es so?

(Abg. Neumann [CDU]: Wie bitte?)

Also, ich muß jetzt Klarheit haben! — Bitte sehr! (D)

Abg. Kunick (SPD): Ich glaube, Herr Präsident, darf ich dann als richtig mitschreiben, was Herr Kollege Neumann gesagt hat, wenn ich hier lese zu der Aufforderung, daß für solche Positionen und Funktionen jeweils nunmehr „auch die weibliche Bezeichnungsförm verwendet werden kann“? Wenn das so wäre, dann, Herr Präsident, Übereinstimmung!

(Abg. Klein [CDU]: Das haben wir doch schon beantragt!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, das habe ich nicht beantragt. Ich habe beantragt, was ernst gemeint ist: „wird“. Ich gebe dem Kollegen Kunick allerdings recht, schließlich ist auch für den Senat die Interpretation hier im Parlament, daß das nun nicht bedeuten muß, daß alle Dinge ab sofort neu zu drucken sind. Ich gehe davon aus, daß dies die Verpflichtung ist für alle neu zu erstellenden Formulare. Das ist doch sinnvoll! Aber da sollte allerdings „wird“ stehen, wenn man das ernst meint.

Präsident Dr. Klink: Also stelle ich fest, es bleibt bei dem Ursprungsänderungswunsch der CDU unverändert, daß da nur das Wörtchen „auch“ dazwischengeschoben wird, und „bis auf weiteres“ wird gestrichen. Ich glaube, das ist eine Frage der Logik.

(A) Dann hat jetzt das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wäre vielleicht etwas leichter gewesen, wenn ich gleich dazu hätte etwas sagen können.

Wir haben diesen Antrag sehr wohl ernst gemeint, und wenn man meine letzte Bemerkung in meinem vorigen Redebeitrag aufmerksam gehört hätte, glaube ich, wäre das deutlich geworden. Wir sind der Meinung — das an Sie, Frau Hüller! —, daß durch solche Sprachregelungen sich durchaus in der Gesellschaft etwas verfestigt. Natürlich wird nicht nur allein durch Sprachregelungen diskriminiert, sondern die Sprachregelungen sind Ausdruck einer vorhandenen realen Diskriminierung, aber das ist ein Wechselprozeß.

So etwas verstärkt sich, so etwas geht sozusagen in Fleisch und Blut über, eben in die natürliche Sprachregelung, um das einmal so formal auszudrücken, und deswegen sind wir der Meinung gewesen, daß man hier einmal ein Zeichen setzen sollte, es umgekehrt zu machen.

Nun wollen wir auch, da sich abzeichnet, daß wohl unsere Formulierung einigen etwas zu weit geht im Sinne eines Gegenschlags eines Pendels, einmal, um wenigstens einen konkreten Schritt zu machen, den Änderungsvorschlag der CDU übernehmen. Dazu sind wir bereit, wobei dann in der Tat diese Worte „bis auf weiteres“ zu streichen sind.

(B)

Das Pendel soll dann sozusagen schon richtig stehen und das Wort „auch“ da hineinkommen, und, wie Herr Neumann deutlich gemacht hat, dann muß da stehen, das „wird“ so verwendet. Wir können es dann nicht wiederum im Belieben lassen, ob das jemand macht. Das Belieben ist heute auch so, daß man diese Form verwendet oder nicht, etwa in Stellenausschreibungen.

Das ist gerade nicht der Kern der Sache, denn wenn wir es ins Belieben stellen, dann sagen wir ja gerade wieder, Gleichberechtigung ist eine Sache der Willkür. Nein, wir sagen gerade, das muß so sein, das wird so gemacht, das soll die Auffassung der Bürgerschaft sein.

Also, wir übernehmen die Anträge so, wie die CDU sie gestellt hat.

Zwei Worte zu den übrigen Dingen muß ich hier noch anfügen.

(Unruhe)

Heute keine Glocke?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wenn alles gut läuft, ist das jetzt der letzte Diskussionspunkt. Dann kommen wir zur Abstimmung, und dann machen wir für heute Schluß. Ich bitte,

*) Vom Redner nicht überprüft.

daß wir uns solange noch konzentrieren. — Bitte sehr! (C)

Abg. **Adamietz** (BGL): Meine Damen und Herren, ich muß doch noch einmal antworten auf die letzten Stellungnahmen der SPD, weil sie gerade mit dem, was Herr Kunick hier sagte, noch einmal darauf abgehoben hat, daß — nachdem diese Stelle dann eingerichtet sein wird — nun auch die anderen Parteien vielleicht doch mitarbeiten werden.

Selbstverständlich, wenn in diesem Land Institutionen sind, werden sich alle politischen Kräfte darum bemühen zu sehen, was da passiert, und Einfluß darauf zu nehmen. In der Tat, und das muß ich hier einfach einmal betonen, wäre es doch ehrlicher gewesen, wenn die SPD-Fraktion ihren Willen, daß auch die anderen politischen Kräfte in diesem Land sich daran beteiligen, deutlich machen würde, indem sie das auch vorher so tut, indem sie sich nicht Jubelbriefe vom DGB schreiben läßt, sondern indem sie tatsächlich die anderen —

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Unverschämtheit!)

Ach, natürlich ist es das, der DGB, wenn der das aufs äußerste bejubelt, dann mögen Sie das unter sich ausmachen, ob Sie den angefordert haben oder ob der das von sich aus schon tut, das vorwegnimmt!

Aber wenn Sie ernsthaft daran interessiert sind, daß die anderen, die doch hier auch Kritik in der ersten Lesung geübt haben, nun da mitmachen, dann hätten Sie das doch ganz anders machen müssen. Da wäre es, das muß ich hier leider auch noch einmal anfügen, auch ein Zeichen gewesen, das Sie hätten setzen können, indem Sie nun nicht gerade für eine solche Position wiederum eine Parteipolitikerin favorisieren, jemanden, der auf Ihrer Liste kandidiert hat, der im Parlament sitzt, der also ganz vehement engagiert ist als Parteipolitikerin!

(D)

Da muß man doch die Vorstellung bekommen, Gleichberechtigung der Frau ist für Sie eine Parteisache, das ist für Sie sozusagen eine Sache, bei der sozusagen die SPD-Frauen wieder gleichberechtigter sein werden. Das verbirgt sich doch dahinter, wenn man jemanden in dieser Weise wie Sie auf den Schild hebt.

Ich persönlich, ich muß das sagen, möchte das hier auch loswerden. Wenn wir das kritisieren — ich habe das auch angebracht, daß ich das so sehe, daß Frau Kerstein das machen soll —, dann hat das einen ganz anderen Hintergrund. Ich weiß nicht, ob Sie mir das abnehmen, aber Sie sollten sich das vielleicht wenigstens einmal anhören.

Ich finde es in höchstem Maß bedauerlich, wie Sie mit einer Parlamentskollegin in dieser Weise umgehen. Sie sind es doch gerade erst, die diese Kollegin unmöglich machen, die hier noch im Parlament sitzt, der sozusagen eine Stelle in Aussicht gestellt wird, und kein Mensch in Bremen

(A) kann doch sagen, daß sie die Stelle dann nicht bekommt. Es ist doch lächerlich, wenn man sagt, der Senat schreibt noch aus, und er wird vielleicht noch jemand anderen vorschlagen, womöglich Frau Brox. Wie sie mit dieser Kollegin hier umgehen, das, meine ich, ist höchst bedauerlich, höchst befremdlich.

Sie gehen hin, Sie schreiben eine B-3-Stelle aus. Bei der ganzen Kritik, die hieran geübt wird, weiß man, das sind 6 000 DM oder wieviel immer, die da bezahlt werden. Man kennt diese ganzen Vorgänge, man weiß, was dahinter steht. Dann kommen sogar noch die Namen an die Öffentlichkeit, und Sie treiben das so weit, daß Sie sogar schon die Vorschläge machen, obwohl Sie im Verfahren, wie das hier dargestellt worden ist, sogar ablehnen, daß ein nichtständiger Ausschuß der Bürgerschaft überhaupt noch einmal gründlich über dieses Gesetz nachdenkt.

Frau Lütjen hat völlig recht, wenn da zwei Juristen sind, haben sie drei Meinungen, und wenn in diesem Fall vielleicht Herr Dr. Monnerjahn und ich unterschiedlicher juristischer Meinung sind, dann zeigt das doch gerade, daß man vielleicht doch einmal hingehen sollte und sich darüber so lange die Köpfe heiß reden sollte, bis man sich einigen kann. Alles das machen Sie nicht!

Ich fordere Sie auf, noch einmal Stellung zu nehmen, wie Sie sich das weitere Verfahren eigentlich vorstellen, wie Sie heute hier diese erste Lesung abschließen wollen, im Dezember wahrscheinlich die zweite Lesung, ohne daß diese ganzen Fragen geklärt sind, wie Sie diese ganzen Anregungen aus diesem Haus sozusagen ins stille Kämmerlein nehmen und dann mit Ihrem politischen Weitblick als SPD-Parteipolitik das alles wieder durchhauen wollen! Dann wird doch wirklich nicht das herauskommen, was Sie hier vorgeben, daß nämlich alle beteiligt werden können.

(B) Ich meine, daß Sie sich das wirklich noch einmal überlegen sollten, daß Sie sozusagen noch einmal eine Kehrtwendung machen sollten, und ich fordere im Grunde die CDU auf, ihren Antrag zu erneuern, zumindest frage ich die SPD, ob sie nicht bereit ist, doch noch in letzter Sekunde dieses Instrument des nichtständigen Ausschusses, in dem wir wieder nicht vertreten sein werden, wenigstens aus Verfahrensgründen für das Haus einzusetzen, der die Sache noch einmal berät.

Sie haben bereits im Haushalt 1980 diese Stelle angekündigt für 1980. Sie haben das alles schon vorgeplant. Das wurde nun nichts, jetzt soll es 1981 werden. Nun, die paar Monate, die noch ins Land gehen, um das dann gründlich und richtig zu machen, werden sicherlich der Stelle mehr nützen als schaden.

Wenn ich dann noch ein Argument in die Debatte einführen darf: Auf der anderen Seite höre ich doch vom Herrn Finanzsenator, daß neun Monate Einstellungsstopp sein soll. Soll denn die Frau Kerstein am 1. Januar anfangen oder erst am 1. Sep-

tember? Dann haben wir doch noch Zeit, dieses Gesetz einmal gründlich zu beraten, dann brauchen wir doch nichts übers Knie zu brechen, zu Weihnachten ihr nun diese B-3-Stelle unter den Weihnachtsbaum legen und sie sozusagen auf diese Art und Weise elegant aus dem Parlament verabschieden.

Ich meine, daß man das wirklich noch einmal überlegen sollte, und ich fordere die SPD auf, von sich aus jetzt noch einmal zu sagen oder zu signalisieren, wir richten doch so einen Ausschuß ein, damit man dieses Verfahren in anständiger Weise über die Bühne bringen kann.

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Doch? — Bitte sehr!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Erklärung für meine Person allein, nicht für meine Fraktion!

Ich halte es nicht für möglich, daß das Landesparlament von Bremen eine meines Wissens tausend Jahre lange Übung so einfach im Nebensatz erledigt. Es ist in Deutschland und im deutschen Sprachgebrauch durchaus üblich gewesen zu sagen, der Bürgermeister. Im südlichen Teil Deutschlands wird unter Bürgermeisterin die Frau des Bürgermeisters verstanden.

Ich möchte für meine Person erklären, ich werde mich bei der Abstimmung enthalten, weil ich es für nicht gut halte, daß wir so im Nebensatz zwar das Gute wollen, aber die Begriffe durcheinanderbringen und sie im Sprachgebrauch im deutschsprachigen Raum, nicht nur in Bremen, dann völlig verwirren.

Das nur zur Erklärung, weshalb ich im Gegensatz zu einem großen Teil meiner Fraktion mich der Stimme enthalten will!

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Gesetzesantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/355, Neufassung, in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz über die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP und BGL)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Zählen!)

(C)

(D)

(A) Es wird Auszählung gewünscht.
 Ich bitte, noch einmal die Hand zu erheben, wer für das Gesetz in erster Lesung in der Neufassung ist!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP und BGL)

50 dafür, 47 dagegen!

Das Gesetz ist in erster Lesung angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Antrag der Fraktion der FDP. Dazu liegt ein Änderungsantrag vor der Gruppe der BGL, Drucksache 10/364.

Wer diesem Änderungsantrag der Gruppe der BGL seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Neujahr [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

(B) Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/359.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Nunmehr kommen wir zum Entschließungsantrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/365 in der geringfügig geänderten Fassung im letzten Satz.

(Abg. Klein [CDU]: Nicht geringfügig!)

Herr Abgeordneter Klein, ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß „bis auf weiteres“ gestrichen ist und das Wörtchen „auch“ hinzugefügt wird. Das hat selbstverständlich eine ungeheure inhaltliche Bedeutung. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß im Antrag nicht wesentlich viel geändert wurde.

Wer also dem so geänderten Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Teile von SPD und FDP)

Ich stelle fest, bei einigen Stimmenthaltungen stimmt die Bürgerschaft (Landtag) dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, damit ist der Tagesordnungspunkt vier erledigt. Wir haben heute noch nicht viel geschafft. Morgen müssen wir fleißig sein, um die Tagesordnung abzuarbeiten.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 18.47 Uhr)

(D)